

Protokoll 20 des Grossen Stadtrates von Luzern

– Donnerstag, 29. Januar 2026, 08.15 – 15.05 Uhr
– Rathaus am Kornmarkt

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 21. Mai 2026

Vorsitz	Ratspräsidentin Mirjam Fries
Präsenz	Anwesend sind 48 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Der Grosse Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtschreiberin / Stv.	Michèle Bucher
Protokoll	Nadine Mathis

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen der Ratspräsidentin	3
2	Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Patricia Almela)	4
3	Wahl eines Mitgliedes in die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (Nachfolge Karin Pfenninger)	4
4	Wahl eines Mitgliedes in die Sozial- und Sicherheitskommission (Nachfolge Maël Leuenberger)	4
5	Wahl eines Mitgliedes in die Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission (Nachfolge Simon Roth)	4
6	Genehmigung des Protokolls 16 vom 23. Oktober 2025	5
7	Bericht 48 vom 22. Oktober 2025: Planungsbericht «Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern». Kenntnisnahme	5
8	Bericht und Antrag 51 vom 3. Dezember 2025: Sanierung und Neubau Lidostrasse. Aufwertung Strassenraum. Sanierung Infrastruktur. Entsiegelung und Begrünung. Sonderkredit für die Bauausführung	12
9	Bericht und Antrag 52 vom 10. Dezember 2025: Treibhaus der Zukunft. Zusätzliche Personalressourcen. Sonder- und Nachtragskredit	19
10	Interpellation 85, Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 10. Juni 2025: Konsequenzen aus dem Bericht des kantonalen Datenschutzbeauftragten	24

11	Interpellation 120, Adrian Häfliger vom 23. September 2025: Datenschutzsituation App «Bontrebo» für Soziale Dienste	26
12	Interpellation 89, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. Juni 2025: Strategische Entwicklung von LuzernPlus	28
13	Interpellation 106, Anna-Sophia Spieler namens der FDP-Fraktion vom 30. Juli 2025: Kürzung der Bundesmittel bei Jugend+Sport: Welche Folgen hat dies für Luzerner Vereine und den städtischen Jugendsport?	28
14	Postulat 102, Karin Pfenninger namens der SP/JUSO-Fraktion, Martin Huber namens der GLP-Fraktion und Christov Rolla namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 22. Juli 2025: Zentrales Standortmodell Logopädie	28
15	Postulat 111, Marta Lehmann und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. August 2025: Barrierefreier Kurzhalteplatz direkt am Haupteingang des Bahnhofs Luzern – für einen gleichberechtigten Zugang von Personen mit Mobilitätseinschränkungen	29
16	Postulat 92, Elias Steiner namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 23. Juni 2025: Beleuchtung für Menschen statt für Autos	32
–	Postulat 152, Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion: Mediale Grundversorgung als Basis einer intakten direkten Demokratie	35
17	Interpellation 91, Christian Hochstrasser namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 20. Juni 2025: Übergangslösungen bei der Umsetzung der klimafreundlichen Heizlösungen	37
18	Postulat 95, Marco Müller und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 26. Juni 2025: Elektrische Löschfahrzeuge für die Luzerner Feuerwehr	40
19	Postulat 88, Marco Müller und Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 12. Juni 2025: Notfallplätze für städtische Kinder und Jugendliche im Utenberg	43
20	Motion 109, Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion, Chantal Brauchli und Yolanda Ammann-Korner namens der FDP-Fraktion sowie Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 11. August 2025: Ausbau und Weiterentwicklung der SIP Luzern im Kontext aktueller Herausforderungen im öffentlichen Raum	48
21	Postulat 99, Selina Frey und Marco Müller namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Marta Lehmann und Patricia Almela namens der SP/JUSO-Fraktion, Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion vom 16. Juli 2025: Schliessfächer für die Gepäckaufbewahrung für obdach- und wohnungslose Menschen	48
22	Interpellation 112, Mirjam Fries und Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion vom 20. August 2025: Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes – Barrierefreiheit für hörbehinderte Menschen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Luzern	50

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Mirjam Fries freut sich, dass es wieder losgeht. Sie empfand die Pause als sehr lang. Die heutige Sitzung ist die 20. des Grossen Stadtrates hier im Rathaus am Kornmarkt, und dauert bis 17.30 Uhr. Zum letzten Mal mit dabei sind Judit Aregger und Branka Kaiser. Sie werden am Schluss der heutigen Sitzung verabschiedet.

Wegen des Rücktritts von Elias Steiner aus dem Grossen Stadtrat gab es eine Änderung in der Zusammensetzung der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates: Die GRÜNE/JG-Fraktion hat seit 1. Januar 2026 mit Chiara Peyer und Adrian Häfliger eine neue Co-Leitung. In den Geschäftsleitungssitzungen wird die Fraktion in der Regel von Chiara Peyer vertreten.

Die Sprechende kündigt noch einen Gast an: Gisela Widmer-Reichlin, die aktuelle Präsidentin des Kantonsrates und somit höchste Luzernerin, wird dem Grossen Stadtrat heute nach dem Mittag einen Besuch abstatten.

Vereidigungen

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Patricia Almela, Simon Roth und Elias Steiner sind per 28. Januar 2026 zurückgetreten. Ihre Nachfolgerinnen im Grossen Stadtrat sind Pascale Koch, Anina Koch und Erbil Günes. Sie haben alle das Gelübde gewählt.

Pascale Koch, Anina Koch und Erbil Günes treten nach vorne. Die Anwesenden erheben sich.

Ratspräsidentin Mirjam Fries verliest die Gelübdeformel: «Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.»

Pascale Koch, Anina Koch und Erbil Günes: «Das alles gelobe ich».

Die Anwesenden empfangen ihre neuen Kolleginnen mit einem herzlichen Applaus.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Interpellation 151, Luzi Andreas Meyer und Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion:
Verdichtung der Schulanlage Wartegg

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Luzi Meyer hält an der Dringlichkeit fest.

Der Grosse Stadtrat lehnt die dringliche Behandlung der Interpellation 151 ab.

- Postulat 152, Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion:
Mediale Grundversorgung als Basis einer intakten direkten Demokratie

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat stimmt der dringlichen Behandlung zu, und wird das Postulat 152 nach der Mittagspause behandeln.

2 Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Patricia Almela)

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Patricia Almela ist per 28. Januar 2026 aus dem Grossen Stadtrat zurückgetreten. Sie war Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Die SP/JUSO-Fraktion schlägt Karin Pfenninger als Nachfolgerin vor.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat wählt Karin Pfenninger für den Rest der Amtsdauer als Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

3 Wahl eines Mitgliedes in die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (Nachfolge Karin Pfenninger)

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Als Nachfolger von Karin Pfenninger in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission schlägt die SP/JUSO-Fraktion Maël Leuenberger vor.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat wählt Maël Leuenberger für den Rest der Amtsdauer als Mitglied in die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission.

4 Wahl eines Mitgliedes in die Sozial- und Sicherheitskommission (Nachfolge Maël Leuenberger)

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Als Nachfolger von Maël Leuenberger in der Sozial- und Sicherheitskommission schlägt die SP/JUSO-Fraktion Christoph Landolt vor.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat wählt Christoph Landolt für den Rest der Amtsdauer als Mitglied in die Sozial- und Sicherheitskommission.

5 Wahl eines Mitgliedes in die Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission (Nachfolge Simon Roth)

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Simon Roth ist per 28. Januar 2026 aus dem Grossen Stadtrat zurückgetreten. Er war Mitglied der Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission. Die SP/JUSO-Fraktion schlägt Anina Koch als Nachfolgerin vor.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat wählt Anina Koch für den Rest der Amtsdauer als Mitglied in die Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission.

6 Genehmigung des Protokolls 16 vom 23. Oktober 2025

Es sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

7 Bericht 48 vom 22. Oktober 2025: Planungsbericht «Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern». Kenntnisnahme

EINTRETEN

BUK-Präsident Roger Sonderegger: Der Grosse Stadtrat hat den Stadtrat von Luzern in einer Motion aufgefordert, seine Kriterien für die Aufhebung von öffentlichen Parkplätzen in der Stadt Luzern offenzulegen. Das Anliegen der Motion war, einen ungeordneten Parkplatzabbau zu verhindern. Dieser Planungsbericht liegt nun vor, und die Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission hat ihn am 8. Januar 2026 behandelt.

Im vorliegenden Bericht zeigt der Stadtrat auf, nach welchen Grundsätzen er öffentliche Autoparkplätze in der Stadt Luzern in Zukunft aufheben oder umnutzen möchte. Der Stadtrat zeigt im Bericht zudem mit einer detaillierten Modellierung auf, wie sich die Anwendung dieser Grundsätze auf die Verteilung des Abbaus auswirken würde – und zwar pro Quartier. Aus dieser Analyse wird deutlich, dass innerstädtische Quartiere deutlich stärker betroffen sind als Aussenquartiere.

Im vorliegenden Planungsbericht wird der Abbau nicht direkt geplant, wie man vielleicht meinen könnte, sondern es werden nur die Regeln dafür festgelegt. Ein konkreter Abbau wird immer im Rahmen eines Projekts passieren, weil dann konkret ein Strassenabschnitt neu geplant wird und weil dann auch die Akzeptanz am besten ist.

Eine abgelehnte Protokollbemerkung wird als Minderheitsantrag im Rat eingebracht. In der Kommission hat sich in der Schlussabstimmung der Antrag des Stadtrates auf zustimmende Kenntnisnahme mit 7:4 Stimmen durchgesetzt. Die Bau-, Umwelt und Mobilitätskommission empfiehlt also, den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Patricia Lang dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieses Planungsberichts. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion wird nachvollziehbar darlegt, nach welchen Kriterien und Grundsätzen öffentliche Parkplätze aufgehoben werden, oder eben bestehen bleiben sollen, und wie berechnet worden ist, in welchem Quartier ungefähr wie viele Parkplätze aufgehoben werden sollen. Was im Bericht, aber auch in Diskussionen und Medienberichterstattungen zu diesem Thema immer wieder stört, ist die Wortwahl. Von einem Parkplatzabbau kann in Anbetracht der Gesamtentwicklung eigentlich keine Rede sein. Was passiert, ist eine Verlagerung. Die Gesamtzahl der Parkplätze nimmt in der Stadt Luzern sogar kontinuierlich zu und bei der Anzahl Parkplätze pro immatrikulierte Auto gehört die Stadt Luzern schweizweit zu den Spitzenreitern. Öffentliche Parkflächen werden aufgehoben, um punktuell die Sicherheit von Verkehr- und Schulwegen zu erhöhen, den Fuss- und Veloverkehr zu fördern, Klimaanpassungsmassnahmen umzusetzen oder die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Gerne ruft die Sprechende an dieser Stelle das Bild in den Kopf, von 12 Personen, die auf einem ehemaligen Parkfeld, beispielsweise gegenüber der Jazzkantine, jetzt das lokale Gewerbe mit einem Restaurantbesuch unterstützen können.

Die SP/JUSO-Fraktion schätzt die Transparenz, welche mit dem Bericht geschaffen wird, und somit eine gute Grundlage für sachliche Diskussionen ist, und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Patrick Zibung ist der Ansicht, dass er den Bericht gar nicht hätte lesen müssen, da es für ihn schon klar war, was in diesem Bericht in etwa stehen wird. Er hat ihn aber trotzdem gelesen und seine Erwartungen wurden tatsächlich nicht enttäuscht. Aus diesem Grund verdankt die SVP-Fraktion den Bericht explizit nicht.

Bei der Behandlung der als dringlich eingereichten Motion Ende Oktober 2024 sagte der Sprechende, dass es um die Mutter aller Parkplatzdiskussionen gehe. Nun, da der Bericht vorliegt, muss er sich korrigieren: Es geht nicht um die Mutter aller Parkplatzdiskussionen, sondern um die Stiefmutter – die böse. Die SVP-Fraktion kommt aufgrund des Berichts zum Schluss, dass der Stadt damit massiv geschadet wird. Nicht nur dem Gewerbe, sondern insbesondere auch den Bewohnenden der Stadt. Es wird für viele, die auf einen Parkplatz angewiesen sind, künftig nicht mehr möglich sein, in der Stadt zu wohnen. Das widerspricht der mantraartigen beschworenen sozialen Durchmischung, welche sonst bei allen anderen Themen immer als Argument herbeigezogen wird. Auch das Gewerbe wird massiv leiden. Es läuft niemand 20 Minuten durch die halbe Stadt, weil er in einem Parkhaus parkieren muss, um nur eine Flasche Wein oder sonst etwas Kleines zu besorgen. Dann geht man lieber irgendwo in der Agglomeration in ein Einkaufszentrum, wo man bequem im Warmen, gerade wenn es draussen kalt ist, im Parkhaus parkieren kann und das eine oder andere erledigen kann. Es ist zudem widersprüchlich, dass man die öffentlichen Parkplätze so masslos aufheben möchte. Es besteht nämlich ein Reglement über die private Parkierung, welches in weiten Teilen der Stadt, wenn überhaupt, nur maximal 0.7 Parkplätze pro Wohnung erlaubt – in manchen Stadtteilen ist es sogar noch weniger. Nun sagt man, man möchte es ins Private verlagern und gleichzeitig hat man Reglemente, die dem widersprechen. Da fragt sich die SVP-Fraktion, wo man dann noch parkieren kann. Der ganze Parkplatzabbau wird zudem auch dazu führen – dazu gibt es schon Beispiele – dass einfach private Grünflächen verschwinden, weil man irgendwo noch ein altes Haus hat, wo es keine Parkplätze hat, aber der eine oder andere noch bauen kann – dann verschwinden die privaten Grünflächen. Und das möchten wohl alle hier im Rat nicht unbedingt. Es wird also unter dem Strich sogar dazu führen, dass wenn man diesem masslosen Parkplatzabbau so zustimmt, dass viele Grünflächen im privaten Raum verschwinden werden. Die Gesamtzahl von rund 65'000 Parkplätzen wird im Bericht herbeigezogen. Das ist für die SVP-Fraktion eine Beruhigungsspielle – denn diese Parkplätze stehen der Öffentlichkeit gar nicht zur Verfügung. Da kann man noch lange sagen, es habe genügend Parkplätze, das stimmt einfach nicht. Denn auch hier bestehen im Parkreglement Vorgaben. Selbst wenn man diese Parkplätze irgendwie noch der Öffentlichkeit zugänglich machen würde. Parkplätze im privaten Raum dürfen nur an Leute vermietet werden, welche maximal 300 Meter davon entfernt wohnen. An Auswertige ist es sogar verboten. Neben den reglementarischen Einschränkungen wäre es aber auch schlicht nicht praktikabel, private Parkplätze öffentlich zugänglich zu machen.

Die SVP-Fraktion fragte sich, wie man denn das organisieren würde? Wie wäre die Bezahlung? Wie wäre es, wenn jemand in den Ferien ist? Oder wenn ein Auswertiger oder ein Besucher aus irgendeinem Grund den Parkplatz zu lange mietet? Es ist schlicht nicht durchdacht. Daher dürfen die privaten Parkplätze aus Sicht der SVP-Fraktion nicht in die Betrachtung miteinbezogen werden.

Die Verharmlosung dieses Kahlschlages ist für die SVP-Fraktion schlicht nicht akzeptabel. Dazu kommt, dass private Parkplätze in Teilen der Stadt gar nicht vorhanden sind. Gerade in der Innenstadt, wo es ältere Liegenschaften hat, zum Teil aus dem 19. Jahrhundert, hat es schlicht keine privaten Parkplätze. Damals wusste man noch nicht, dass man Tiefgaragen bauen kann – oder man konnte es noch nicht. Das Ganze widerspricht auch dem Leitsatz, welcher die Stadt verfolgt – dass Luzern eine Stadt für alle sein soll. Man bildet sich ein, dass alle genau so leben, wie sich das die Links/Grüne-Bubble vorstellt. Dass man mit dem Velo und zu Fuss zur Arbeit geht und seinen Hobbys nachgeht – aber das ist nicht die Realität. Der Sprechende stellt die Frage, wie es denn wäre, wenn ein Paar zusammenzieht und jemand in Zug und jemand in Luzern arbeitet, oder doch auch ausserhalb? Diese Leute sind dann auf ein Auto angewiesen. Die Lebensentwürfe sind sehr unterschiedlich. Es gibt Leute, die arbeiten Schicht, oder brauchen aus anderen beruflichen Gründen ein Auto. Die Lebensentwürfe sind so unterschiedlich, dass man das einfach nicht auf alle übertragen kann. Hinzukommt, dass man bis ins Jahr 2040 diese Parkplätze abbaut. Bis dann wird ein Grossteil der Fahrzeuge so oder so elektrisch unterwegs sein – also ist auch das Klima-Argument für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel.

Weiter betont der Sprechende Folgendes: Im Jahr 2024 tönte die SVP-Fraktion an, dass sie an der Ausarbeitung einer Initiative ist. Die SVP-Fraktion ist in diesem Bereich schon kompromissbereit, und

sieht, dass es gewisse berechnigte Argumente gibt, wo es einen Parkplatzabbau benötigt. Es bestehen auch parlamentarisch legitimierte Ansprüche und denen widerspricht die SVP-Fraktion nicht grundsätzlich. Es geht einfach um die masslose Haltung, welche man nun aus der Klima- und Energiestrategie versucht abzuleiten. Daran stört sich die SVP-Fraktion und daher wird sie auch weiterhin den Parkplatzabbau vehement bekämpfen.

Es werden diverse Argumente herbeigezogen – gewisse sind berechnigt – aber es gibt auch sehr sehr fragwürdige Sachen. Wenn man z. B. sagt, man könne dann auf diesen Parkplätzen Pärke errichten und Aufenthaltsflächen generieren. Alle wissen, dass Pop-up-Parks ein völliger Flop sind. Auch das, was man an der Winkelriedstrasse macht, mit den Bänken, die so unbequem sind, dass man fast nicht darauf sitzen kann – da sitzt niemand. Niemand sitzt an eine Strasse, wenn das Vögeligärtli gefühlt 50 Meter entfernt ist. Das will man einfach nicht einsehen. Man nimmt jedes an den Haaren herbeigezogene Argument, um die Parkplatzabbauten zu legitimieren. Daran stört sich die SVP-Fraktion. Es geht schlussendlich um ein paar Quadratmeter am Strassenrand. Nebenan hat es riesige Grünflächen, es hat eine Badi und man hat das Gefühl, man müsse unbedingt die Parkplätze am Strassenrand abbauen. Wer möchte am Strassenrand sitzen? Niemand! Also vielleicht der Sprechende selbst – denn er hat Freude an Autos, aber sonst will wohl niemand dort sitzen.

Die SVP-Fraktion hofft, dass wenn es zur möglicherweise unumgänglichen Umsetzung kommt, es Widerstand aus den Quartieren gibt – an gewissen Orten tut sich da schon was. Im letzten Jahr bei der Abstimmung «Autofreie Innenstadt» sah man, dass Quartiervereine auf die Barrikade gingen. Die SVP-Fraktion hofft, dass das hier auch der Fall sein wird. Und die SVP-Fraktion hofft weiter, dass das Gewerbe sich weiterhin so engagiert, wie man es im letzten August und September sah.

Die SVP-Fraktion wird natürlich auch den Minderheitsantrag unterstützen, welcher fordert, dass man die Handwerker- und Serviceparkplätze zu den abgebauten Parkplätzen zählt. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass diese nicht mehr öffentlich zugänglich sind für den Grossteil der Bevölkerung und daher sollen sie zum abgebauten Zielwert zählen.

Zum Schluss: Der Sprechende versucht ja immer etwas Positives zu sehen – aber das ist ihm hier nicht gelungen. Am ehesten vielleicht das Logo der Stadt Luzern oben links auf der Titelseite – aber sonst nichts. Der Bericht ist schlicht schlecht und die SVP-Fraktion kann damit nichts anfangen. Aus diesem Grund lehnt **die SVP-Fraktion** den Bericht ab und **beantragt ablehnende Kenntnisnahme**.

Anna-Sophia Spieler: Im Gegensatz zur SVP-Fraktion kann die FDP-Fraktion dem Stadtrat für den vorliegenden Planungsbericht danken. Eines möchte aber auch die FDP-Fraktion klar festhalten: Ohne die Motion der FDP-Fraktion zum Parkplatzabbaukonzept würde heute keine verlässliche Grundlage bestehen. Man wüsste weder, wie viele Parkplätze es überhaupt gibt, noch wie viele bereits abgebaut wurden oder noch abgebaut werden müssen. Erst dieser politische Auftrag schaffte Transparenz, und erst dadurch wissen die Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner überhaupt, wie stark ihr eigenes Quartier vom Parkplatzabbau betroffen sein wird. Diese Transparenz ist wichtig. Aber sie macht auch unmissverständlich klar: Der geplante Parkplatzabbau ist für die Bevölkerung tiefgreifend und einschneidend. Parkieren ist für viele Menschen in der Stadt Luzern eine tägliche Realität – sei das für Anwohnende, Familien, ältere Menschen, das Gewerbe oder auch für Dienstleistende. Genau darum ist das Thema auch so hoch emotional – wie es das klare Nein zu den autobefreiten Quartieren deutlich zeigte. Dieses Signal darf man politisch nicht ignorieren. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass der Bericht nun erstmals Kriterien und eine Systematik für den Abbau festlegt. Die Kriterien sind für die FDP-Fraktion sachlich nachvollziehbar und ermöglichen künftige Einzelprojekte differenziert zu beurteilen. Grundlagen zu haben, bedeutet aber noch lange nicht, den eingeschlagenen Kurs auch politisch zu befürworten. Der Bericht zeigt selbst auf, wie unterschiedlich die Quartiere betroffen sind, und wie stark die Auswirkungen variieren. Gerade deswegen warnt die FDP-Fraktion auch davor, den Parkplatzabbau als ein reines Steuerungsinstrument zu behandeln. Für viele Quartiere bedeutet er konkret: Mehr Druck, längere Wege und weniger Flexibilität. Die negativen Auswirkungen dürfen nicht vergessen gehen. Hinzukommt eine Entwicklung, welche politisch zu wenig ernstgenommen wurde und welche auch der Sprecher der SVP-Fraktion erwähnte. Der motorisierte Individualverkehr verändert sich. Die Elektrifizierung nimmt zu. Das unterstützen auch alle. Aber auch Elektroautos benötigen einen Parkplatz. Ein pauschaler Parkplatzabbau, welcher diese Realität nicht mitdenkt, löst keine Probleme, sondern verursacht neue. Vor diesem Hintergrund tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und anerkennt seinen

Informationswert. Gleichzeitig verweigert sich die Fraktion aber bewusst, jeder politischen Bestätigung eines flächendeckenden Parkplatzabbaus, welcher an der Lebensrealität der Bevölkerung vorbeiführt. Die FDP-Fraktion unterstützt daher den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme.

Judit Aregger: Ziel des Planungsberichts ist es, aufzuzeigen, nach welchen Kriterien und Grundsätzen die Stadt Luzern beim Parkplatzabbau vorgehen wird. Es handelt sich nicht um eine Grundsatzdiskussion: Parkplatzabbau Ja oder Nein.

Für die GRÜNE/JG-Fraktion ist es erfreulich zu lesen, dass der Stadtrat nun, nachdem er nochmals über die Bücher gegangen ist, auch zum Schluss gekommen ist, dass $5'180 : 2 = 2'590$ gibt und dementsprechend 2'590 Parkplätze abgebaut werden müssen.

Ein Ziel des Parkplatzabbaus ist, dass es weniger attraktiv ist, mit dem Auto in die Stadt zu fahren, weil es schwieriger ist, einen Parkplatz zu finden. Dadurch können die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Es ist also ein wichtiger Beitrag, um das Ziel netto null bis 2040 zu erreichen. Durch diese Massnahme soll es ruhiger in der Stadt werden. Der Modalsplit wird sich in Richtung Langsamverkehr verschieben, weil es mehr Platz gibt für den Veloverkehr und dieser sicherer wird. Die Lebensqualität der Stadtbewohnenden, aber auch von Besuchenden wird erhöht. Auch Elektroautos brauchen Platz und können genauso gefährlich sein, wie Autos mit Verbrennungsmotor.

Mit dem vorliegenden Bericht zeigt der Stadtrat nachvollziehbar auf, dass Parkplätze nicht willkürlich abgebaut werden, sondern dass es einen ganzen Kriterienkatalog zum Abbau von jedem einzelnen Parkplatz gibt. Es geht unter anderem um den Ausbau des Velonetzes, um durchgehende Busspuren, um mehr Übersicht und Sicherheit, um den Einbau von Schwammstadtelementen, mehr Grünflächen und den Ausbau des See-Energie-Netzes, aber auch um Gastro-Boulevardflächen. Also aus jedem abgebauten Parkplatz wird etwas Gescheites gemacht.

Dass Güterabstellflächen oder Spezialparkplätze erhalten bleiben sollen und auch noch ausgebaut werden, ist wichtig und notwendig. Der Verkehr, welcher die Stadt erreichen muss, zum Beispiel für die Versorgung oder Handwerksbetriebe, soll möglichst ungehindert in die Stadt fahren und dort parkieren können.

Im Bericht steht, dass parallel zum Parkplatzabbau die Reglemente angepasst werden müssen. Die GRÜNE/JG-Fraktion wird da dann wieder sehr genau hinschauen. Die Tarifstruktur muss unbedingt kritisch hinterfragt werden. Platzsparende, emissionsarme Autos sollten bevorteilt werden, übergrosse SUV, welche den Platz versperren und ein Sicherheitsrisiko darstellen, sollten markant höhere Parkgebühren bezahlen. Ein Postulat der GRÜNE/JG-Fraktion, welches genau das verlangt, wurde im Dezember überwiesen.

Zudem sind die Dauerparkkarten mit Fr. 600.– Jahresgebühr viel zu günstig. Die öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt sollten nicht vorwiegend von Dauerparkierenden besetzt sein, sondern sie sollten auch denen zur Verfügung stehen, welche von aussen kommen und kurzzeitig einen Parkplatz brauchen. Für Anwohnende braucht es neue, kreative Lösungen. Im Bericht steht, dass in den nächsten Jahren geprüft werden soll, wie bestehende Parkieranlagen effizienter genutzt werden könnten, beispielsweise durch gezielte Angebote für Anwohnende, aber auch für Beschäftigte, z.B. durch Mehrfachnutzung von Parkplätzen. Das begrüsst die GRÜNE/JG-Fraktion sehr.

Der vorliegende Bericht hilft, die ganze Parkplatzdiskussion zu versachlichen. Es ist eine objektive Sicht auf ein emotionsgeladenes Thema. Er zeigt nachvollziehbar auf, aus welchen Gründen Parkplätze aufgehoben werden und welche Auswirkungen das hat. Somit kann man nicht von einem ungeplanten, willkürlichen Parkplatzabbau sprechen, sondern von einem fundierten, durchdachten und transparenten Plan. Hinter diesem kann die GRÜNE/JG-Fraktion voll und ganz stehen.

Die GRÜNE/JG-Fraktion nimmt den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion dankt für den ausführlichen und detaillierten Planungsbericht. Die Transparenz, welche aus dem Parlament gefordert wurde, ist mit diesem Bericht gut ausgearbeitet. Auch begrüssenswert ist die Systematik, dass die Reduktion von Parkplätzen stets in Zusammenhang mit weiteren Infrastrukturprojekten geschehen wird und eine Interessensabwägung die Grundlage bildet. Es wird festgestellt, dass der Motion 7 grossmehrheitlich nachgekommen wurde.

Die Mitte-Fraktion erachtet eine Wirksamkeitskontrolle und eine laufende Analyse als zielführend, um auch eine Akzeptanz zu erreichen. Die Mitte-Fraktion appelliert an den Stadtrat, dass die

Interessensabwägung stets verständlich und nachvollziehbar ist. Und zwar nicht nur für die Parlamentarier*innen, sondern auch für die breite Bevölkerung. Der Ansatz, dass Projekte den Abbau der Parkplätze vorgeben, wird begrüsst. Das fördert die Akzeptanz und es geht nicht primär um den Parkplatzabbau, sondern um den daraus resultierenden Mehrwert.

Insofern ist es für die Fraktion erstrebenswert, die Quartier-Richtwerte nicht als fixe Zielvorgaben, sondern als flexible Planungsgrössen zu betrachten. Der Mitte-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass der Einbezug von Anwohner*innen und dem Gewerbe frühzeitig stattfindet und die Kommunikation da ist und auch verbessert wird.

Zur Einordnung: Man spricht in Bezug auf die genannten Parkplätze im Bericht von ca. 10 % der effektiven Parkplätze der Stadt Luzern und folglich von einer Halbierung dieser 10 %. Keine wilde Sache, dennoch aber gilt es, den Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt und den Anforderungen des Gewerbes, welches teilweise auf Kundschaft mit Autos angewiesen ist, längerfristig mit Augenmass zu lösen.

Nicht aufgrund der Erarbeitung des Berichts, sondern angesichts der Massnahmen **stellt die Mitte-Fraktion bloss eine Kenntnisnahme** des Berichts fest.

Martin Huber dankt dem Stadtrat für den Bericht und dem Vorredner Luzi Meyer, welcher die Einordnung relativ gut machte und zu einer «Entemotionalisierung» dieses Themas beitrug.

Die GLP-Fraktion unterstützt den Planungsbericht und stimmt der beantragten Kenntnisnahme zu. Der Bericht stellt ein wichtiges strategisches Instrument dar, um die beschlossene Klimastrategie konsequent umzusetzen. Insbesondere die Halbierung der öffentlichen Parkplätze bis ins Jahr 2040 als Beitrag unter anderem zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses. Die Herleitung der Zielwerte, die nachvollziehbare Methodik sowie die digitale Modellierung der betroffenen Quartiere schaffen eine transparente und sachliche Entscheidungsgrundlage für die kommenden Projekte.

Die formulierten Grundsätze im Bericht sind ausgewogen und fördern eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung, schaffen gleichzeitig Raum für mehr Aufenthaltsqualität, Begrünung und vor allem auch einen Beitrag an die Verkehrssicherheit. Dabei berücksichtigen sie auch die Bedürfnisse der Anwohnenden, des Gewerbes, der Blaulichtdienste und der Personen, mit eingeschränkter Mobilität. Zudem begrüsst die GLP-Fraktion, dass die Berücksichtigung der Synergien mit dem Ausbau der Veloinfrastruktur und des See-Energie-Netzes hier Eingang finden. Die GLP-Fraktion betont zudem die Bedeutung einer attraktiven, lebenswerten Innenstadt und dem öffentlichen Raum für die Bevölkerung, aber auch für das Gewerbe. Der Abbau von Autoparkplätzen zugunsten von Grünflächen, sicheren Schulwegen und Veloachsen stärkt die Stadt Luzern als moderner, nachhaltiger und trotzdem auch wirtschaftsfreundlichen Lebensraum. Die GLP-Fraktion erwartet, dass die Umsetzung der einzelnen Projekte weiterhin pragmatisch und lösungsorientiert, aber auch partizipativ angegangen wird, und unter Einbezug der Betroffenen und mit der Offenheit für technische Innovationen und neue Mobilitätsformen. Noch eine genauere Betrachtung zum Abstimmungsverhalten der Bevölkerung zu den autobefreiten Quartieren: Das klare Nein der Bevölkerung stammte nicht primär aus den betroffenen Quartieren, sondern aus den Aussenquartieren. Auch das ist ein Hinweis darauf, wie die Quartiere unter Verkehrsbelastungen leiden müssen.

In diesem Sinne: Die GLP-Fraktion stimmt dem Planungsbericht zu. Er ist ein wichtiger Baustein für eine lebenswerte, klimafreundliche und vor allem zukunftsorientierte Stadt Luzern.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt zuerst für die vielen positiven, aber auch für die wenigen kritischen Rückmeldungen. Man kann vehement gegen die geplante Halbierung und gegen die geplanten Massnahmen sein, aber der Bericht ist darum nicht schlecht. Der Sprechende ist überzeugt, dass der Stadtrat einen qualitätsvollen Bericht vorgelegt hat, in den auch sehr viel Arbeit gesteckt wurde. Der Sprechende dankt, wenn das honoriert wird.

Luzern steht vor grossen Herausforderungen: In der Mobilität, beim Klimaschutz, bei der Klimaanpassung und in der Stadtentwicklung. Es beschäftigen darum auch stark die Fragen wie «Wie viel Parkfläche braucht es?» oder «Wo bekommen wir noch Fläche oder Raum für andere Nutzungen her?» Es herrscht ein enormer Dichtestress und daher ist man immer wieder auf der Suche nach mehr Flächen, welche für andere sehr berechnete Nutzungen und Anliegen gebraucht werden können.

Die Klima- und Energiestrategie und die Mobilitätstrategie sehen darum die Halbierung der Parkplätze auf öffentlichem Grund bis 2040 vor, die vom Stadtrat, vom Grossen Stadtrat und implizit auch vom Volk als verhältnismässig beurteilt wird. Der Sprechende betont aber, dass man bei der Umsetzung natürlich auch den neu bestätigten Volkswillen respektiert, dass kein vollständiger Abbau in den Quartieren erfolgen soll. Das wurde im Planungsbericht auch so aufgezeigt. Es gibt nach wie vor genug Parkplätze auf privatem Grund wie z. B. in Parkhäusern. Man wird auch weiterhin die Hälfte der öffentlichen Parkplätze zur Verfügung stellen und daher ist der vorgesehene Abbau verhältnismässig.

Der vorliegende Planungsbericht zeigt nachvollziehbar und transparent auf, wie die vorgesehene Parkplatzreduktion auf öffentlichem Grund umgesetzt wird. Darin ist zu finden, nach welchen Kriterien abgebaut bzw. Parkplätze erhalten werden sollen, für was die freiwerdende Fläche genutzt werden soll und wie der ungefähre Abbaupfad bis 2040 aussieht. Auch wird aufgezeigt, wie stark die verschiedenen Quartiere vom Abbau betroffen sind. Diese Daten konnte man mittels Modellierungen von GIS-Daten erheben. Der Sprechende betont aber, dass man hier absichtlich einen gewissen Spielraum festlegte. Daher sagte man bei den Quartierzahlen, dass man +/- 20 % als Grösse weiterverfolgen möchte. Schlussendlich war es dem Stadtrat auch ein Anliegen, die finanziellen Auswirkungen, sprich Ertragsausfälle (wegfallende Gebühreneinnahmen), bis 2040 zu berechnen. Diese werden zusammen mit dem Abbaupfad inskünftig im Aufgaben- und Finanzplan ausgewiesen.

Ziel des Planungsberichtes ist es, die doch sehr emotionale Debatte zu versachlichen, was heute anscheinend noch nicht gelungen ist. Der Sprechende hofft, dass das im weiteren Verlauf der Umsetzung noch gelingt. Der Planungsbericht bietet aber sicher eine gute Grundlage, damit die Diskussion vertieft werden kann und man sich in den Details um konkrete Massnahmen kümmern kann und man dann auch diskutieren kann, was sinnvoll oder verhältnismässig ist, und wo noch Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Die im Planungsbericht definierten Grundsätze und Modellierungen fliessen in die weiteren Projektierungen von Strassenprojekten ein. Das bedeutet, dass so bald Strassenabschnitte geplant werden, vor allem im Ausbau der See-Energie, diese Grundsätze angewendet werden. Wichtig bei der Detailplanung ist dem Stadtrat auch der Einbezug der Bevölkerung und des Gewerbes mittels Mitwirkungsveranstaltungen, damit deren Anliegen bestmöglich berücksichtigt werden, damit im Dialog bei jedem Strassenabschnitt gute Lösungen gefunden werden können.

Der Sprechende dankt, wenn dieser aufgezeigte Weg weitergeführt werden kann und der Grosse Stadtrat den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Der Grosse Stadtrat ist somit auf den B 48/2025: «Planungsbericht «Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern». Kenntnisnahme» eingetreten.

DETAILBERATUNG

Seite 21 4.3 Mögliche Umnutzungen für die frei gewordenen Flächen

BUK-Präsident Roger Sonderegger: Aus der Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission kommt folgender **Minderheitsantrag**:

«Die Umnutzung von öffentlichen Parkplätzen zu Güterumschlagflächen oder Handwerks- und Serviceparkplätzen wird im Zielwert eingerechnet und diese Flächen zählen als abgebaute Parkplätze.»

Die **Protokollbemerkung** wurde in der Kommission mit 5:6:0 Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 39 der Protokollbemerkung.

Judit Aregger: Die GRÜNE/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ganz klar ab. Vielleicht wissen es nicht alle, aber Güterumschlagflächen und Handwerksparkplätze haben eine Art «Zwitterfunktion». Sie können von Anwohnenden mit Parkkarte am Abend und am Wochenende genutzt werden. Das bedeutet, dass sie zu diesen Zeiten als ganz normale Parkplätze zur Verfügung stehen. Die GRÜNE/JG-Fraktion versteht daher nicht, warum sie zu den abgebauten Parkplätzen zählen sollen. Es sind normale

Parkplätze, welche am Tag durch Handwerker*innen und dem Gewerbe genutzt werden können und am Abend und am Wochenende von den Anwohnenden.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung (Minderheitsantrag)

«Die Umnutzung von öffentlichen Parkplätzen zu Güterumschlagflächen oder Handwerks- und Serviceparkplätzen wird im Zielwert eingerechnet und diese Flächen zählen als abgebaute Parkplätze.»

ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Seite 35 10 Beschluss und Antrag

Ratspräsidentin Mirjam Fries fasst zusammen: Folgende Anträge liegen vor:

Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme des Planungsberichts,

Antrag der Mitte-Fraktion auf blosse Kenntnisnahme und

Antrag des Stadtrates auf zustimmende Kenntnisnahme.

In Gegenüberstellung der ablehnenden oder blossen Kenntnisnahme obsiegt die blosse Kenntnisnahme.

In Gegenüberstellung der blossen oder zustimmenden Kenntnisnahme obsiegt die zustimmende Kenntnisnahme.

Der Grosse Stadtrat nimmt somit den Planungsbericht «Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern» zustimmend zur Kenntnis.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes 48 vom 22. Oktober 2025 betreffend

Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern

– Kenntnisnahme Planungsbericht,

gestützt auf den Bericht der Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Der vorliegende Planungsbericht «Standards für Autoparkplätze in der Stadt Luzern» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

8 Bericht und Antrag 51 vom 3. Dezember 2025:
Sanierung und Neubau Lidostrasse. Aufwertung Strassenraum. Sanierung Infrastruktur.
Entsiegelung und Begrünung. Sonderkredit für die Bauausführung

EINTRETEN

BUK-Präsident Roger Sonderegger: Auch dieser Bericht und Antrag wurde an der Sitzung vom 8. Januar 2026 behandelt. Der Stadtrat will die Lidostrasse sanieren und neugestalten und beantragt dafür einen Sonderkredit von 7,34 Mio. Franken. Die Bau-, Umwelt und Mobilitätskommission empfiehlt mit 8:0:3 Stimmen den Sonderkredit zu bewilligen.

Die Lidostrasse ist sanierungsbedürftig und Teil eines wichtigen Entwicklungsraums am rechten Seeufer. Hier befinden sich das Verkehrshaus, das Strandbad Lido, der Campingplatz, die Minigolfanlage und der Tennisclub Lido, die Lidowiese und die Bahn- und die Schiffsstation – allesamt wichtige, frequenzstarke Orte in der Stadt Luzern. Neben vielen Gästen von nah und fern sind hier auch viele Kinder unterwegs, was an die Sicherheit besondere Anforderungen stellt.

Das Projekt für die Lidostrasse umfasst wie die letzten Strassenprojekte eine ganzheitliche Planung, unter anderem die Anordnung der Parkierung, Massnahmen zur Verkehrssicherheit, Entwässerung sowie eine gestalterische Aufwertung. Die Kommission würdigte die sorgfältige Ausarbeitung des Projekts und die Lösungsfindung in den Bereichen Verkehrshaus, Lido und Tennisclub Lido, wo mit einem so genannten Shared Space ein neues Regime für alle Verkehrsteilnehmenden eingeführt werden soll. Ausführlich diskutiert wurde die Kombination des bestehenden grossen Parkplatzes mit einer neuen Wohnnutzung. Dazu hat die Kommission eine Protokollbemerkung überwiesen, welche den Stadtrat mit der Prüfung einer Wohnnutzung im Perimeter Lido/Brüelmoos beauftragt. Einen weiteren Minderheitsantrag aus der Kommission zum Abbau von Parkplätzen bringt der Sprechende in der Detailberatung.

Judit Aregger dankt für den Bericht und Antrag. Die Neugestaltung der Lidostrasse ist aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion ein klarer Beitrag zu einer nachhaltigen, lebendigen und klimaresilienten Stadtentwicklung. Das Projekt setzt einen ersten, wichtigen Impuls zur Umsetzung des Entwicklungskonzepts Würzenbach und verbindet städtebauliche Qualität mit ökologischen und verkehrspolitischen Zielen. Auch bei diesem Projekt werden wieder Synergien genutzt. Mehrere Vorhaben werden zu einem Gesamtprojekt verwoben. Dies schont Ressourcen und ist effizient. Besonders begrüsst die GRÜNE/JG-Fraktion die Entsiegelung von rund 4'250 m² Strassenraum und die Pflanzung von rund 84 zusätzlichen Bäumen. Diese Massnahmen verbessern die lokale Biodiversität, erhöhen die Versickerung von Regenwasser und reduzieren Hitze im Sommer. Für die GRÜNE/JG-Fraktion sind solche Eingriffe zentral. Durch diese Klimaanpassungen erhöht sich die Lebens- und Aufenthaltsqualität unmittelbar.

Auf der Lidostrasse halten sich viele Personen auf. Das Verkehrshaus wird von Menschen aus der ganzen Schweiz besucht. Insofern vermittelt die Lidostrasse auch ein bisschen ein Bild der Stadt Luzern. Es ist schön, dass das Verkehrshaus für eine gemeinsame Gestaltung des Strassenraums und der Vorzone gewonnen werden konnte. Damit erhält die Lidostrasse ein einheitliches Erscheinungsbild und wird als verbindendes Element zwischen Strandbad, Verkehrshaus, Tennisclub und weiteren Nutzungen am Seeufer erlebbar.

Die Schaffung von Shared Spaces ist interessant. Die Illustrationen im Bericht und Antrag sehen vielversprechend aus. Man kann sich dort begegnen, der Fuss- und Veloverkehr wird gestärkt und die Aufenthaltsqualität entlang des Seeufers wird attraktiver.

Die Lidostrasse ist im Gegenvorschlag zur Veloinitiative als Velohauptroute ausgewiesen. Dass dieser Teil nun gebaut wird, ist ein wichtiger Schritt, um den Veloverkehr sicherer und attraktiver zu machen. Die Schaffung von 400 zusätzlichen Veloabstellplätzen und die Reduktion bzw. Umnutzung von 178 Parkplätzen zeigen, dass es vorwärts geht mit der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie.

Fazit: Durch die Aufwertung des Strassenraums entsteht Raum für mehr Grün, Begegnung und aktive Mobilität. Das Projekt fördert eine lebenswerte Uferzone, welche sowohl die Stadtbevölkerung als auch Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Schweiz zum Verweilen einlädt.

Die GRÜNE/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Martin Huber dankt für den Bericht und Antrag, welchen die GLP-Fraktion vollumfänglich unterstützt.

Das vorliegende Projekt ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um eine zukunftsfähige und qualitativ hochwertige Entwicklung im Bereich Lido und Würzenbach anzustossen. Die Lidostrasse ist heute in mehrfacher Hinsicht ein Problemraum. Infrastrukturell ist sie sanierungsbedürftig, städtebaulich verschneidet sie einen Aufenthaltsraum mit einer hohen Qualität und verkehrlich ist sie schlichtweg nicht mehr zeitgemäss. Gleichzeitig erschliesst sie einige der publikumsintensivsten Orte der Stadt Luzern – vom Verkehrshaus, über das Strandbad Lido bis zur Lidowiese. Dass die zentrale Achse nun gesamtheitlich betrachtet und nicht bloss technisch instand gestellt wird, ist aus Sicht der GLP-Fraktion zentral. Der Bericht zeigt überzeugend auf, dass es hier nicht nur um eine Sanierung einer Strasse geht, sondern dass ein öffentlicher Raum neu gedacht wird. Mit der S-Bahn-Haltestelle und der Schiff-Station ist die ÖV-Anbindung dieses zentralen Raums wirklich ausgezeichnet. Besonders positiv würdigt die GLP-Fraktion auch die konsequente Ausrichtung auf den Langsamverkehr. Die Lidostrasse ist als Velohauptroute Teil des Gegenvorschlages zur Veloinitiative und dieser politische Auftrag wird in diesem Projekt ernstgenommen und qualitativ hochwertig umgesetzt. Tempo-30 im Mischverkehr, eine reduzierte Fahrbahnbreite, klar strukturierte Räume und die Aufhebung sicherheitskritischer Parkieranlagen tragen zu mehr Verkehrssicherheit für alle bei. Dass gleichzeitig rund 400 neue Veloabstellplätze geschaffen werden, ist ein starkes Signal für die Mobilitätswende mit Augenmass.

Ein weiterer zentraler Punkt für die GLP-Fraktion ist die ökologische und klimatische Qualität dieses Projekts. Die Entsiegelung von über 4'000 m² Strassenraum, die Bepflanzung von netto 84 zusätzlichen Bäumen, und die Integration von Schwammstadtelementen leisten einen konkreten Beitrag zur Klimaanpassung. Dass die Stadt Luzern dieses Projekt zudem als Pilot nach den «Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS)» umsetzt, begrüsst die GLP-Fraktion ausdrücklich. Nachhaltigkeit wird hier nicht nur behauptet, sondern auch systematisch geprüft und weiterentwickelt. Auch der städtebauliche Ansatz überzeugt. Die sogenannten Shared Spaces bei Verkehrshaus, Strandbad und Tennisclub brechen die Linearität der Strasse auf und schaffen Aufenthaltsort, anstatt reine Verkehrsfläche. Die enge Koordination mit den angrenzenden Nutzungen, insbesondere mit dem Verkehrshaus, aber auch dem Lido, zeigt, dass man hier über den Strassenraum hinausdenkt. Solche Synergien sind aus Sicht der GLP-Fraktion vorbildlich und erhöhen die Qualität der Akzeptanz dieses Projekts.

Selbstverständlich sieht die GLP-Fraktion auch kritische Punkte. Insbesondere natürlich die Kosten und Folgekosten. Der Sonderkredit von 7,34 Mio. Franken ist kein kleiner Betrag. Die jährlichen Mindererträge durch den Abbau der Parkplätze wurden aber transparent ausgewiesen. Für die GLP-Fraktion ist entscheidend, dass die Kosten in einem klaren Verhältnis zum langfristigen Nutzen stehen. Eine sichere Velohauptroute und ein hochwertiger öffentlicher Raum, mehr Stadtgrün und robustere Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft der Stadt – ökologisch, gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich.

Der Sprechende fasst zusammen: Der Bericht und Antrag ist für die GLP-Fraktion schlüssig, strategisch gut abgestützt und qualitativ überzeugend. Das Projekt setzt zentrale politische Ziele um, verbindet Sanierung mit Aufwertung und zeigt, wie eine nachhaltige Stadtentwicklung konkret aussehen könnte. Aus diesen Gründen unterstützt die GLP-Fraktion den Bericht und Antrag.

Patricia Lang: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Berichtes und Antrages zur Sanierung und dem Neubau der Lidostrasse. Es liegt ein abermals überzeugendes und gut koordiniertes Projekt vor, welches spürbare Verbesserungen in mehreren Bereichen bringt. Die Neugestaltung der Achse nach dem Shared Space-Prinzip fördert eine langsame Fahrweise, und durch die Behebung von diversen Verkehrssicherheitsdefiziten entsteht eine attraktive Velohauptroute, was bei diesem Projekt eine Vorgabe war. Mit der gesamtheitlichen Gestaltung über die Projektperimetergrenze hinaus, z. B. bei der Vorzone des Verkehrshauses und auch der zusätzlichen Begrünung und der modernen Beleuchtung wird ein attraktiver Raum geschaffen, der zum Verweilen und Entlangspazieren einlädt.

Alle haben wohl noch Bilder der Überschwemmungen in diesem Gebiet zum Beispiel aus dem Sommer 2021 im Kopf. Das verdeutlicht, dass bei der Entwässerung dringender Handlungsbedarf besteht. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich darum, dass bei diesem Projekt neben der zwingenden Erneuerung von Wasserleitungen auch bei der Entsiegelung aus dem Vollen geschöpft wird. Zusammen mit den zusätzlichen 84 Bäumen, gepflanzt in Baumgruben für eine verbesserte Versickerung, wird damit ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie der Stadt Luzern geleistet. Ebenfalls

erfreut zur Kenntnis nimmt die SP/JUSO-Fraktion den sorgsam Umgang mit Ressourcen dank der konsequenten Anwendung der «Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS)» bei diesem Projekt. Dass es genügend und vor allem genügend bezahlbaren Wohnraum gibt, gehört zu den Kernanliegen der SP/JUSO-Fraktion und sie begrüsst deshalb, dass die Kommission eine Protokollbemerkung zur Prüfung von zusätzlichem Wohnraum im Gebiet Lido/ Brüelmoos überwiesen hat. Der Stadtrat zeigt in seinem Beschluss jetzt auf, dass der Nutzungsdruck dort, und ganz allgemein in den ausgewiesenen Zonen für öffentliche Nutzungen, sehr hoch ist und aktuell zentrale Projekte wie eine weitere Dreifachturnhalle in Kombination mit einer See-Energie-Zentrale geprüft werden. Noch in diesem Jahr will der Stadtrat mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur räumlichen Weiterentwicklung des Perimeters Lido/Brüelmoos starten. In der Folge wird noch detailliert erläutert, weshalb auch mit den Zonen für öffentliche Nutzungen sehr sorgsam umgegangen werden muss. Die SP/JUSO-Fraktion wird die Protokollbemerkung daher ablehnen. Auf den Bericht und Antrag tritt sie aber ein, wird dem beantragten Kredit zustimmen und sie ist gespannt auf die weitere Entwicklung im Gebiet Lido/Würzenbach.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion dankt für den übersichtlichen Bericht und Antrag mit gutem Planmaterial. Insgesamt ist die Umgestaltung stimmig und unterstützungswürdig. Die Mitte-Fraktion stellte sich einige Fragen in Bezug auf die Erreichbarkeit, die Sicherheit, und das Konfliktpotential Veloroute und Eingänge. Wichtig war vor allem die Frage nach der Nutzung eines Parkplatzes, welcher auf Bauland steht. Hier wünscht sich die Mitte-Fraktion eine breit gefächerte Untersuchung, ob nicht zusätzlich zur Parkierung auch eine Wohnnutzung oder andere Nutzungen mit untergebracht werden können. Die Antworten in der Kommission seitens Verwaltung waren fundiert und es zeigte sich, dass an dem Projekt vertieft gearbeitet wurde und so musste die Mitte-Fraktion viele Protokollbemerkungen gar nicht erst stellen. Auf folgende Punkte geht der Sprechende aber dennoch kurz ein, auch wenn die Erläuterungen plausibel und nachvollziehbar waren.

Das Shared Space-Konzept der Lidostrasse erachtet die Mitte-Fraktion, gerade in Bezug auf die Besucherströme in den Eingangsbereichen des Verkehrshauses und des Lidos als kritisch. Die Antwort mit einem Referenzbeispiel aus der Westschweiz überzeugte die Mitte-Fraktion jedoch. Sie lässt sich daher gerne nach Bauvollendung vor Ort überzeugen, dass das auch in Luzern funktioniert. Die Mitte-Fraktion wird aber ein Auge darauf halten, ob dem wirklich so ist und ob die vorgesehenen Massnahmen eine Begegnungs- und keine Kollisionszone entstehen lassen.

Die Mitte-Fraktion war auch überrascht. Sie schlug nämlich ein Durchfahrtsverbot des motorisierten Individualverkehrs beim Vorplatz des Lidos vor. Aufgrund der Argumentation von Umwegfahrten wurde dieser Vorschlag aber abgelehnt.

Ebenso wird die Mitte-Fraktion ein Auge auf die Folgen des Parkplatzabbaus haben und darauf, ob betreffend Parkierung Druck auf die umliegenden Quartiere ausgeübt wird.

Das Fehlen von Veloparkplätzen in unmittelbarer Nähe der Hauptzugänge wurde von der Stadtverwaltung bereits erkannt und wird für die weitere Planung aufgenommen.

Die Mitte-Fraktion würde zukünftig gerne mehr darüber erfahren, wie Grossprojekte (See-Energie, Revitalisierung Würzenbach und das Parkierungs- und Erschliessungskonzept Lido/Brüelmoos) in die vorliegende Planung mit einfließen werden.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt diesem zu.

Chantal Brauchli: Die Lidostrasse ist sanierungsbedürftig. Belag, Entwässerung und Beleuchtung müssen erneuert werden. Dass hier gehandelt werden muss, ist unbestritten. Die FDP-Fraktion anerkennt diesen Sanierungsbedarf klar. Der Bericht und Antrag zeigt nachvollziehbar auf, dass die Sanierung mit weiteren wichtigen Zielen verbunden ist: Mehr Verkehrssicherheit, Entsiegelung und Begrünung. Positiv ist auch, dass die Sanierung mit den Werkleitungen und mit angrenzenden Projekten koordiniert wird. Gerade in diesem Gebiet ist das wichtig, weil mehrere Entwicklungen parallel gedacht werden müssen. Im Raum Lido und Brüelmoos stehen verschiedene langfristige Überlegungen und Abklärungen im Fokus. Diskutiert werden mögliche Entwicklungen wie eine Dreifachturnhalle, schulische Nutzungen sowie die künftige Unterbringung einzelner Infrastrukturen. Konkret geplant ist aktuell die See-Energiezentrale.

Diese Überlegungen zeigen, dass sich das Quartier Lido/Würzenbach in einer Phase der Weiterentwicklung befindet und dass der verfügbare Raum auch künftig für unterschiedliche öffentliche

Bedürfnisse benötigt wird. Gleichzeitig geht das Projekt weit über eine reine Strassensanierung hinaus. Der Strassenraum wird grundlegend neugestaltet. Damit verändern sich auch Nutzung und Erschliessung dieses Gebiets. Für die FDP-Fraktion ist dabei zentral, dass die Lidostrasse eine Erschliessungsstrasse bleibt. Sie erschliesst das Verkehrshaus mit jährlich über einer Million Besuchern, das Strandbad Lido, den Tennisclub sowie den Segelclub. Diese Orte müssen für Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Schweiz gut erreichbar bleiben.

Ein wichtiger Punkt ist die Parkierung. Im Projekt werden 178 Parkplätze aufgehoben. Der Stadtrat hält fest, dass dieser Abbau Teil der städtischen Klima- und Mobilitätsstrategie ist und dass im Gebiet insgesamt weiterhin ausreichend Parkplätze vorhanden seien. Die Sprechende ist im Sommer ab und zu in diesem Gebiet und findet nie einen Parkplatz.

Gleichzeitig ist klar: Das Parkierungs- und Erschliessungskonzept Lido/Brüelmoos ist noch in Erarbeitung. Für die FDP-Fraktion ist klar: Ohne ein rasch vorliegendes Gesamtkonzept fehlt die nötige Planungssicherheit. Dieses Gesamtkonzept muss transparent und nachvollziehbar aufzeigen, wie die Erreichbarkeit dieses sehr gut besuchten Gebiets langfristig und verlässlich sichergestellt wird. Nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag – für die Besucherinnen und Besucher, für Familien und Schulklassen, für Betriebe, Vereine und Veranstaltungen, und auch für die angrenzenden Quartiere. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion den Minderheitsantrag, welcher verlangt, dass diese Fragen im Rahmen eines Berichts klar aufgezeigt werden. Auch die Kosten sind für die FDP-Fraktion ein wichtiger Punkt. Mit 7,34 Millionen Franken Investitionskosten und jährlichen Folgekosten von rund Fr. 720'000.– handelt es sich um ein grosses Projekt. Gerade bei Investitionen dieser Grössenordnung ist es zentral, dass Funktion, Erschliessung und langfristige Nutzung stimmen. Die FDP-Fraktion anerkennt die Ziele des Projekts und die Notwendigkeit der Sanierung. Gleichzeitig erwartet sie, dass die weiteren Planungen – insbesondere zu Erschliessung, Parkierung, Kosten und angrenzenden Projekten – gut aufeinander abgestimmt erfolgen.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und unterstützt diesen mehrheitlich.

Patrick Zibung schliesst sich am Votum seiner Vorrednerin, besonders bezüglich der Parkplatzsituation an und nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion den Minderheitsantrag unterstützen und die Protokollbemerkung ablehnen wird.

Der Sprechende hebt hervor, dass dem Bericht und Antrag auch das eine oder andere Positive zu entnehmen ist. Es ist gut, dass die Strassenentwässerung und die Sanierung der Kanalisation in ein Projekt zusammengefasst wird und so Synergien genutzt werden können. Und, es hätte noch viel schlimmer kommen können. Wie gehört wurde ein Fahrverbot oder noch mehr Parkplatzabbau diskutiert – es wären noch 222 mehr möglich gewesen. Der Sprechende dankt Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann, dass er hier nicht Vollgas gegeben hat. Nichtsdestotrotz ist die SVP-Fraktion auch mit dem reduzierten Parkplatzabbau gar nicht einverstanden. Das Gebiet ist sehr gut mit dem ÖV und dem Schiff erschlossen, und natürlich auch mit dem Velo oder zu Fuss, aber nichtsdestotrotz gibt es viele Leute, die aus der ganzen Schweiz hierherkommen, wie es auch die Sprechende der GRÜNE/JG-Fraktion erwähnte, und die kommen nicht nur aus Städten und Gebieten, wo sie am Wohnort gut mit dem ÖV erschlossen sind, und reisen vielleicht auch mit mehr als einem Kind an – und wenn man dann keinen guten Anschluss hat, ist es nicht so einfach. Die SVP-Fraktion sieht hier das Risiko, dass diese Leute dann irgendwo im Quartier wildparkieren. Chantal Brauchli sagte es bereits, dass es heute im Sommer schon schwierig ist, einen Parkplatz zu finden. Der Nutzungsdruck auf die Parkplätze in den Quartieren rund um das Verkehrshaus und das Lido wird zunehmen – insbesondere, wenn man auch noch die Parkplätze in diesen Gebieten abbauen möchte. Die SVP-Fraktion sieht einen grossen Nutzungskonflikt und unterstützt das grundsätzlich nicht.

Weiter schliesst sich der Sprechende an der Kritik des Mitte-Sprechenden bezüglich der Shared Spaces an. Ein Begriff, über welchen der Sprechende vorher noch nie gelesen hatte. Der Sprechende versteht es so, dass hier Regeln, welche bisher allgemein bekannt waren, aufgeweicht werden. Gleichzeitig sagt man, es soll sicherer werden – hier sieht die SVP-Fraktion nicht, wie das funktionieren soll und sie ist der Meinung, dass es klare Regeln braucht, welche überall gelten, insbesondere wenn es um Kinder geht. Wie soll ein Kind wissen, ob es nun ein Shared Space ist, oder eine Begegnungszone oder es eine Hauptstrasse ist? Hier sieht die SVP-Fraktion Gefahren. Jemand sprach von einer Kollisionszone. Das sieht die SVP-Fraktion auch so und ist daher sehr skeptisch. Die SVP-Fraktion wird das entsprechend

verfolgen. So viel der Sprechende weiss, gab es auf der Lidostrasse bisher nie grosse Unfälle. Ob es nun besser wird, oder nicht eher schlechter, wird sich zeigen.

Patricia Lang sagte, man habe hier einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen. Der Sprechende erachtet städtische Finanzen aber auch als Ressourcen. Hier ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass man nicht effizient damit umgeht. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion den Sonderkredit über 7,34 Mio. Franken ab, aber tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt für die positiven Rückmeldungen zur guten Planungsarbeit, welche er gerne an die verantwortlichen Projektleiter weiterleitet. Die Lidostrasse ist Bestandteil des Quartierentwicklungskonzepts Würzenbach, welches für die Lidostrasse eine Aufwertung und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität vorsieht. Zudem ist die Lidostrasse auch im Gegenvorschlag zur Velonetzinitiative als Velohauptroute ausgewiesen. Das wurde beim Gesamtprojekt mitberücksichtigt. Die Lidostrasse weist diverse Mängel an der Infrastruktur auf. Der Belag ist stellenweise in einem schlechten Zustand, die Strassenentwässerung ist unterdimensioniert und die Beleuchtung ist veraltet. Die bestehende Wasserleitung muss ebenfalls erneuert werden. Mit dem Gesamtprojekt sollen all diese Vorhaben in einem koordinierten Bauprojekt umgesetzt und Synergien genutzt werden.

Die heutige Gestaltung der Lidostrasse wird diesem Raum nicht gerecht und hat eine stark zerschneidende Wirkung. Dem möchte man mit den neuen sogenannten Shared Spaces entgegenwirken. Mit diesem Konzept soll der öffentliche Strassenraum lebenswerter, sicherer sowie im Verkehrsfluss verbessert werden. Im Unterschied zu einer Begegnungszone sind die Verkehrsteilnehmenden auf der Strasse gegenüber den zu Fussgehenden nach wie vor bevorzugt, was für eine attraktive Velohauptroute wichtig ist. Daher hat man sich bewusst gegen eine Begegnungszone entschieden, sondern für das Tempo-30-Regime, welches erlaubt, dass man flächendeckend als Zufussgehende queren kann, aber gerade, die erwähnte Flaniermeile auf dem Trottoir stattfinden wird. Der Sprechende hörte aus verschiedenen Kommentaren heraus, dass das nicht ganz klar war. Man nahm an, dass die Flaniermeile auf der Strasse umgesetzt wird, aber das ist sicher nicht so. Das ist dem Sprechenden auch wichtig zu betonen. Die heute bestehenden Trottoirs werden attraktiver gestaltet und verbreitert. Durch die sogenannten Shared Spaces wird einfach an drei verschiedenen Stellen ein platzartiger Charakter entstehen – nämlich beim Verkehrshaus, beim Strandbad und beim Bereich des Tennisclubs. Im vorliegenden Projekt wird diese auffällige Gestaltung vor allem durch den eingefärbten Belag erreicht und auch die Trottoirs werden erhöht sein. Man kann weiterhin eine Unterscheidung feststellen. Auch als Velo- oder Autofahrende wird man merken, wenn man auf diesen Platz mit dem eingefärbten Belag fährt. Es wird auch ein Übergang ausgestaltet, mit anderer Materialisierung. So erhofft man sich, dass diese Shared Spaces dazu dienen, dass die Verkehrsteilnehmenden auf der Strasse aufmerksamer sind und sich automatisch anders verhalten, wenn sie auf einen anders eingefärbten Belag fahren oder auf eine andere Materialisierung.

Der Sprechende ist einig mit gewissen Fraktionssprechenden, welche finden, dass man das gut beobachten soll. Das wird man machen. Man wird prüfen, wie sich das entwickelt und wenn sich zeigen sollte, dass Probleme geschaffen wurden, bestehen schnell Möglichkeiten, in Form von anderen Signalisationen, aber auch von Markierungen darauf zu reagieren. Wie gesagt ist man hier aber der Meinung, dass man mit dieser Gestaltung einen positiven Effekt erzielen wird. Dass mehr Bewusstsein bei den Verkehrsteilnehmenden geschaffen wird und durch die grosszügigen Sichtweiten eben auch ermöglicht wird, dass die Verkehrssicherheit dadurch verbessert wird.

Im Rahmen der Neugestaltung der Lidostrasse werden 178 von aktuell 758 Autoabstellplätzen aufgehoben bzw. umgenutzt. Somit stehen also immer noch genügend Parkplätze vor Ort zur Verfügung. Daher sieht der Stadtrat das als verhältnismässig. Was auch entscheidend ist: Es werden insgesamt 4'250 Quadratmeter Strassenraum entsiegelt und über 84 zusätzliche Bäume gepflanzt, was der Klimaanpassung vor Ort dienen wird.

Der Sprechende dankt, wenn das Projekt unterstützt und dem Sonderkredit zugestimmt wird.

Der Grosse Stadtrat ist somit auf den B+A 51/2025: «Sanierung und Neubau Lidostrasse. Aufwertung Strassenraum. Sanierung Infrastruktur. Entsiegelung und Begrünung. Sonderkredit für die Bauausführung» eingetreten.

DETAILBERATUNG

Seite 8 f. 3.2 Angrenzende Projekte

BUK-Präsident Roger Sonderegger: Die Bau-, Umwelt,- und Mobilitätskommission hat mit 7:3:1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

«Es soll geprüft werden, ob auf dem Perimeter Lido/Brüelmoos eine Wohnnutzung realisiert werden kann.»

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 56 der Protokollbemerkung.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann möchte begründen, warum der Stadtrat dieser Protokollbemerkung opponiert. Das Nutzungsspektrum ist heute schon mit Familiengärten, Minigolfanlage, Campingplatz, Tennissportanlagen und Parkierungsanlagen entlang des Würzenbachs sehr breit. Zudem hat man in diesem Gebiet auch noch sehr viel vor. Es besteht bereits ein Nutzungsdruck, aber es zeichnet sich ab, dass der noch intensiviert wird.

Zum Beispiel ist das Gebiet Lido als Sportcluster ausgewiesen, in dem ein Bedarf für eine zusätzliche Dreifachturnhalle besteht und geprüft werden soll, ob beim Tennisclub Luzern Lido während des Winterhalbjahrs zusätzliche gedeckte Tennisfelder ermöglicht werden können. Der Bedarf dafür ist ausgewiesen. Weiter gibt es noch zwei weitere Projekte: Die See-Energiezentrale soll in diesem Gebiet vorangetrieben werden und es sollen zusammen mit der Dreifachturnhalle, wie auch mit einer geplanten Erweiterung und Auslagerung des Feuerwehrdepots Synergien genutzt werden.

Weiter möchte man zusätzliche Wohnmobil-Stellplätze schaffen – was ebenfalls auf einen Vorstoss aus dem Grossen Stadtrat zurückzuführen ist. Das wurde nun in einem Pilotprojekt geprüft und man möchte das so weiterführen. Das alles zeigt, dass in diesem Raum schon sehr viele aktuelle und künftige Bedürfnisse berücksichtigt und in Einklang gebracht werden müssen, und man daher den verfügbaren Boden haushälterisch nutzen muss.

Der Stadtrat wird aber im Jahr 2026 ein Gesamtkonzept erarbeiten, damit man sieht, wie man den Raum im Perimeter Lido/Brüelmoos weiterentwickeln kann. Dabei ist die Realisierung von Wohnraum nicht vorgesehen, da die bestehenden öffentlichen Nutzungen im Gebiet nur bedingt mit Wohnnutzungen kompatibel sind.

Rieska Dommann unterstützt alles, was Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann ausführte, möchte aber den Rat an die Sitzung vom 28. September 2023 erinnern. An dieser Sitzung hat der Rat zum Bericht und Antrag 22, Entwicklungskonzept Würzenbach, Zukunftsbild und Umsetzungsstrategie, eine Protokollbemerkung beschlossen. Offenbar weiss das niemand mehr – auch der Stadtrat nicht mehr. Diese lautete: «Für das Fokusgebiet Lido/Brüelmoos wird geprüft, wie die Nutzung als Freizeit-, Sport- und Naherholungsraum mit einem Anteil an gemeinnützigem Wohnbau und Wohnen im Alter kombiniert werden kann.» Also genau diese Protokollbemerkung, über die jetzt diskutiert wird, hat das Parlament bereits überwiesen – vor gut zwei Jahren. Damals lehnte der Sprechende die Protokollbemerkung ab und er lehnt sie auch heute ab. In diesem Fall ist sie unnötig, weil der Stadtrat bereits den Auftrag dafür hat. Der Sprechende ist trotzdem der Ansicht, dass es gut wäre, die Protokollbemerkung abzulehnen, weil die Begründung des Stadtrates zeigt, dass es dort nicht wirklich Platz hat für zusätzliche Nutzungen. Es ging auch nicht aus dem Bevölkerungsantrag hervor, dass sich das Quartier wünschen würde, dass man hier Wohnraum für ältere Menschen schafft. Der Wohnraum für ältere Menschen soll im Quartierzentrum entstehen und nicht im Brüelmoos.

Luzi Meyer: Es handelt sich um einen Prüfauftrag und es geht einfach darum, dass man den Gedanken «Wohnraum» noch mitnimmt und prüft. Eine Seewassernutzung ist nicht im Erdgeschoss und auch nicht oberirdisch, Parkplätze können auch unterirdisch umgesetzt werden, Wohnen könnte man auf eine Turnhalle stellen. Es geht darum, den Fächer zu öffnen. Daher plädiert der Sprechende, dass die Protokollbemerkung überwiesen wird, damit der Stadtrat alle Möglichkeiten prüfen kann.

Die Abstimmung über die Protokollbemerkung ergibt das Stimmenverhältnis 22:22:4.

Im zweiten Durchgang überweist der Grosse Stadtrat mit 25:22:1 Stimmen die Protokollbemerkung

«Es soll geprüft werden, ob auf dem Perimeter Lido/Brüelmoos eine Wohnnutzung realisiert werden kann.»

Seite 9 3.2.3 Parkierungs- und Erschliessungskonzept Lido/Brüelmoos

BUK-Präsident Roger Sonderegger: Aus der Bau-, Umwelt,- und Mobilitätskommission kommt folgender **Minderheitsantrag:**

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat mittels Bericht aufzuzeigen, wie im Rahmen des Parkierungs- und Erschliessungskonzepts Lido/Brüelmoos ein Teil der im Projekt Lidostrasse aufgehobenen Autoabstellplätze kompensiert werden kann; insbesondere sind Umfang, Standorte und zeitliche Umsetzung darzulegen.»

Der **Auftrag** wurde in der Kommission mit 4:6:1 abgelehnt.

Der Stadtrat opponiert gemäss StB 56 dem Auftrag.

Patricia Lang: Nach dem Abschluss des Neubaus und dem Sanierungsprojekt werden neben den 400 neuen Parkplätzen für Velos und einigen zusätzlichen Töff-Parkplätzen immer noch über 600 Parkplätze für PWs zur Verfügung stehen. Die SP/JUSO-Fraktion sieht schlicht nicht, dass das Bedürfnis für mehr entsprechenden Parkflächen da ist. Zudem geht es hier um strategisch wichtige Flächen für öffentliche Nutzungen – wie man es bereits hörte. Eine Kompensation wäre eine reine Geld- und Platzverschwendung und die SP/JUSO-Fraktion lehnt den Auftrag entschieden ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Auftrag (Minderheitsantrag)

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat mittels Bericht aufzuzeigen, wie im Rahmen des Parkierungs- und Erschliessungskonzepts Lido/Brüelmoos ein Teil der im Projekt Lidostrasse aufgehobenen Autoabstellplätze kompensiert werden kann; insbesondere sind Umfang, Standorte und zeitliche Umsetzung darzulegen.»

ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 38:9:1 Stimmen für das Gesamtprojekt «Sanierung und Neubau Lidostrasse» einen Sonderkredit von 7,34 Mio. Franken.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 51 vom 3. Dezember 2025 betreffend

**Sanierung und Neubau Lidostrasse
– Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für das Gesamtprojekt «Sanierung und Neubau Lidostrasse» wird ein Sonderkredit von 7,34 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**9 Bericht und Antrag 52 vom 10. Dezember 2025:
Treibhaus der Zukunft. Zusätzliche Personalressourcen. Sonder- und Nachtragskredit**

EINTRETEN

SSK-Präsidentin Selina Frey: Die Sozial- und Sicherheitskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 8. Januar 2026 den Bericht und Antrag 52/2025: «Treibhaus der Zukunft. Zusätzliche Personalressourcen. Sonder- und Nachtragskredit.» behandelt. Die Kommission folgt den Anträgen des Stadtrats und empfiehlt dem Grossen Stadtrat, der Pensenerhöhung der soziokulturellen Animation Treibhaus, sowie dem damit verbundenen Sonder- und Nachtragskredit, zuzustimmen.

Das Jugendkulturhaus Treibhaus ist seit über 20 Jahren ein zentraler Treffpunkt für junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren. Seit der Eröffnung im Jahr 2004 wurde das Angebot kontinuierlich erweitert und professionalisiert. Die Anzahl der Veranstaltungen hat sich mehr als verdreifacht und die Anforderungen haben sich durch Themen wie Inklusion, Diversität, Sicherheit und Nachbarschaftspflege deutlich erhöht. Insgesamt sind die Angebote vielfältiger, aber auch anspruchsvoller geworden. Trotz dieser Entwicklungen ist der Personalbestand seit Beginn unverändert geblieben und stösst mittlerweile an seine Grenzen. Um das bestehende Angebot zu sichern und den gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, beantragt der Stadtrat eine Erhöhung des Stellenetats um 100 Stellenprozent. Die zusätzlichen personellen Ressourcen sollen vor allem in den Bereichen Soziokulturelle Animation, Ausbildungsbegleitung, Projektentwicklung und -umsetzung sowie Netzwerkpflege und Kooperationen eingesetzt werden.

Durch die Erhöhung des Stellenetats kann das Treibhaus seine Wirkung als relevanter Kultur-, Freizeit- und Entwicklungsort für junge Menschen voll ausschöpfen. Die Sozial- und Sicherheitskommission betont die grosse Bedeutung des Treibhauses als Ort der Vernetzung und der Kreativität sowie als Raum, in dem junge Menschen erste Erwerbs- und Projekterfahrungen sammeln können. Für viele stellt das Treibhaus die erste Referenz im Lebenslauf dar und leistet einen wichtigen Beitrag zu ihrem persönlichen Wachstum und ihrer weiteren beruflichen Laufbahn. Die geleistete Arbeit des Treibhaus-Teams wurde von der Sozial- und Sicherheitskommission gelobt.

Für die Kommission sind die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll. Der Kommission ist es wichtig, dass junge Menschen weiterhin Zugang zu einem analogen Treffpunkt haben, an dem sie ihre

Projektideen verwirklichen können. Die fachliche Begleitung durch qualifizierte Personen ist dabei von zentraler Bedeutung. Auch Eltern sollen ihre Kinder im Treibhaus an einem sicheren Ort wissen, wenn diese erste Erfahrungen im Ausgang machen. Zudem ist es der Sozial- und Sicherheitskommission ein wichtiges Anliegen, dass das Treibhaus künftig noch mehr junge Menschen erreicht. Schliesslich ist es ein wichtiger Ort der Integration.

Die Sozial- und Sicherheitskommission hat den ihr vorgelegten Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis genommen. Dem Sonderkredit von 1,525 Mio. Franken stimmte die Kommission mit 9:0 Stimmen zu und bewilligte den Nachtragskredit von Fr. 76'000.– ebenfalls mit 9:0 Stimmen.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion würdigt die Bedeutung dieser Institution für die Stadt Luzern. Seit über zwei Jahrzehnten ist das Treibhaus ein zentraler Ort für Jugendkultur, Bildung und Begegnung. Es bietet jungen Menschen Raum, Verantwortung zu übernehmen, Kreativität zu entfalten und gesellschaftliche Teilhabe zu erleben. Die FDP-Fraktion anerkennt den hohen Stellenwert dieses Hauses als Bestandteil der städtischen Kinder- und Jugendförderung und als wichtigen Beitrag zu einer lebendigen Luzerner Kulturszene. In den vergangenen Jahren haben aber Umfang und Komplexität der Aufgaben des Treibhauses stark zugenommen. Die Zahl der Veranstaltungen hat sich mehr als verdreifacht, während die personellen Ressourcen seit dem Jahr 2008 unverändert blieben. Damit gerät die Qualität der Begleitung und Ausbildung in der Projektarbeit zunehmen unter Druck. Der beantragte Ausbau des Stellenetats um 100 Stellenprozent ist aus Sicht der FDP-Fraktion sachlich begründet und notwendig, um den gewachsenen Ansprüchen an Sicherheit, Qualität und Professionalität gerecht zu werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die im Bericht formulierte Vision eines Treibhauses der Zukunft, welches jungen Menschen nicht nur kulturelle Betätigung, sondern auch persönliche und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Besonders begrüsst wird die stärkere Vernetzung mit der Luzerner Kulturszene, der Ausbau von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen sowie die Förderung von Vielfalt und Eigenverantwortung. Damit wird die Wirkung des Treibhauses nachhaltig gestärkt und es ist ein wichtiger Beitrag für die Integration und die Chancengerechtigkeit junger Menschen. Die FDP-Fraktion erwartet, dass die zusätzlichen Mittel gezielt eingesetzt werden, um eine nachhaltige Entlastung des bestehenden Teams zu erreichen, die Qualität der Ausbildung zu sichern und die Wirksamkeit der eingesetzten öffentlichen Gelder regelmässig überprüfbar zu machen. Transparente Evaluation und eine effiziente Ressourcennutzung sind für die FDP-Fraktion zentrale Voraussetzungen für ihre Unterstützung. Gestützt auf diese Überlegungen tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt sowohl dem Sonderkredit als auch dem Nachtragskredit zu.

Christov Rolla: Die GRÜNE/JG-Fraktion erachtet das Treibhaus als einen wichtigen Pfeiler der städtischen Jugendförderung und schätzt seine Bedeutung als Treffpunkt und Entwicklungsort für junge Menschen sehr hoch ein. Die Fraktion ist überzeugt, dass dort eine äusserst wichtige Arbeit geleistet wird – und dass die Stadt damit gleichzeitig einen «Fiebermesser» oder einen «Seismografen» hat, um mitzubekommen, wie es den Jugendlichen geht und was sie beschäftigt. Der Sprechende richtet an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Beteiligten, an alle Leitungspersonen und an alle «Triibis» für ihren Einsatz und ihre Arbeit.

Der Sprechende persönlich hat früher viele Stunden im Treibhaus verbracht – als Gast, Besucher und zwei- oder dreimal auch als Auftretender – und er denkt gerne an diese Zeit zurück. Heutzutage, in seinem doch schon etwas gesetzteren Alter, ist er eher im Theaterpavillon vis-à-vis anzutreffen, der sich allerdings den Garten mit dem Treibhaus teilt. So bekommt er immer noch einiges von der faszinierenden Vielfalt des Angebots, von den Veranstaltungen und von den Menschen mit. Und ganz ehrlich: Manchmal, nicht immer, aber manchmal, bedauert es der Sprechende, dass er nicht mehr zur Zielgruppe gehört.

Es ist unerlässlich, dass eine solche Institution – bei allem Bewährten – wach und flexibel bleibt und auf veränderte Bedürfnisse und Realitäten reagieren kann und auch reagiert. Der Bericht und Antrag ist ein begrüssenswerter Ausdruck davon. Er umfasst eine Auslegeordnung, die gut nachvollziehbar ist, Leitlinien, die überzeugen, sowie Massnahmen, die sinnvoll sind.

Es ist auch in Ordnung, dass das Treibhaus mit dem Kredit einen gewissen Spielraum hat, wie es die Pensen bedarfsgerecht aufteilen kann. Die GRÜNE/JG-Fraktion möchte an dieser Stelle jedoch den Wunsch äussern, dass ein substanzieller Teil davon dem soziokulturellen Bereich zugutekommt. Dieser

erscheint derzeit eher unterdotiert. Schon allein aus diesem Grund tritt die GRÜNE/JG-Fraktion gerne auf den Bericht ein und stimmt dem beantragten Kredit zu.

Sophia Müller: Das Treibhaus ist ein sehr vielfältiger Ort – wie das im Bericht und Antrag klar aufgezeigt wird, und wie es die Sprechende auch bei der Führung im Rahmen der Kommissionssitzung erleben durfte. Es ist ein Ort der Vernetzung, der Kreativität und der Kultur. Ein Ort, wo Diversität und Inklusion grossgeschrieben werden, wo jeder und jede willkommen ist und sich einbringen kann. Das Treibhaus ist ein Ort, wo Jugendliche ihren Freiraum haben, in einer Phase, wo Freunde wichtiger werden und die Eltern vielleicht nicht mehr immer im Zentrum stehen. Das Treibhaus ist auch ein Ort, wo Jugendliche erste Berufserfahrungen sammeln können. Junge Menschen können Erfahrungen sammeln, Schritt für Schritt Verantwortung übernehmen und verschiedene Berufsfelder kennenlernen. Diese praktischen Erfahrungen können den ersten Schritt ins Berufsleben sein und sie sind häufig eine erste wichtige Referenz im Lebenslauf. Das Angebot im Treibhaus hat sich seit dem Jahr 2008 mehr als verdreifacht. Über 280 Veranstaltungen im letzten Jahr und das mit denselben finanziellen Mitteln wie damals. Zusätzlich sind sich die Bedürfnisse der Jugendlichen ständig am Verändern. Diese Entwicklungen sind für die Stadt Luzern sehr zentral. Im Treibhaus werden diese konkret und greifbar. An der letzten Ratssitzung z. B. wurde viel über den heutigen Medienkonsum gesprochen. Gerade darum sind analoge Treffpunkte wichtig. Orte, wo echte Begegnungen stattfinden, wo man sich austauscht und vernetzt. Zusammengefasst: Eine gesunde Jugend braucht viel Vertrauen und Eigenverantwortung. Aber es braucht auch Begleitung und Unterstützung. Die muss gerade im Hinblick auf das wachsende Angebot wie auch die sich verändernden Bedürfnisse ausgebaut werden. Daher tritt die SP/JUSO-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonder- wie auch dem Nachtragskredit zu.

Timo Lichtsteiner: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den sorgfältig ausgearbeiteten Bericht und Antrag zum Geschäft «Treibhaus der Zukunft». Im Namen der SVP-Fraktion möchte der Sprechende der Leitung und dem gesamten Team des Jugendkulturhauses Treibhaus ihren Dank aussprechen. Seit über 20 Jahren wird dort mit grossem Engagement, Professionalität und Verantwortung hervorragende Jugendarbeit geleistet. Aus Sicht der SVP-Fraktion gilt: «Jugend ist unsere Zukunft». Die langjährige Arbeit zugunsten junger Menschen anerkennt die Fraktion mit Respekt und Wertschätzung. Das Jugendkulturhaus Treibhaus etablierte sich als wichtiger Ort, wo junge Menschen Verantwortung übernehmen, praktische Erfahrungen sammeln und kulturelle Projekte umsetzen können. Für die SVP-Fraktion ist aber auch klar, dass zusätzliche Stellenprozente und neue Ausgaben in finanziell guten Zeiten, wie auch in finanziell anspruchsvollen Zeiten gut begründet sein müssen. Die beantragte Pensenerhöhung um 100 % sowie den Sonderkredit und den Nachtragskredit prüfte die SVP-Fraktion daher kritisch und hinterfragte diese. Dabei anerkennt die SVP-Fraktion ausdrücklich, dass das Treibhaus in den vergangenen Jahren mit unveränderten personellen Ressourcen eine stark wachsende Zahl an Veranstaltungen sowie zusätzliche Aufgaben bewältigte. Eine deutliche Zunahme der Anlässe seit dem Jahr 2008 zeugt von grossem Einsatz des bestehenden Teams. Vor diesem Hintergrund erscheint eine gezielte personelle Entlastung sinnvoll, um auch künftig einen sicheren, verlässlichen und qualitativ guten Betrieb sicherzustellen. Für die SVP-Fraktion ist entscheidend, dass die zusätzlichen Ressourcen klar auf den Kernauftrag ausgerichtet sind. Im Zentrum steht da insbesondere die Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung, und gute Betreuung bei Veranstaltungen – gerade im Hinblick auf die jüngsten tragischen Vorkommnisse. Eine saubere Ausbildung, sowie eine verlässliche Begleitung von Praktikantinnen und Praktikanten und eine konsequente Fokussierung auf Jugend- und Kulturarbeit, ohne unnötigen Ausbau des Betriebs. Unter diesen Voraussetzungen ist die SVP-Fraktion bereit, auf das Geschäft einzutreten und dem Bericht und Antrag zuzustimmen. Die SVP-Fraktion unterstützt sowohl den Sonderkredit wie auch den Nachtragskredit, im Bewusstsein, dass es einer Stabilisierung des bewährten Angebots dient. Die SVP-Fraktion erwartet, dass das Treibhaus auch künftig wirtschaftlich, verantwortungsvoll und im Interesse der gesamten Stadt Luzern geführt wird.

Anna-Lena Beck: Die GLP-Fraktion dankt ebenfalls für die Arbeit und das Engagement des Treibhauses für junge Menschen in der Stadt Luzern und aus anderen Gemeinden. Das Treibhaus ist wahrlich ein lebendiger Treffpunkt, der für fast jede und fast jeden etwas zu bieten hat. Die Sprechende war im Treibhaus schon an Filmabenden, Uni-Veranstaltungen, Feierabendbieren und einfach auch schon für

ein hitziges Töggeliturnier. Unter den jungen Menschen in der Stadt kennt jede und jeder eine junge Person oder eine begeisterte Band, die im Treibhaus ein Konzert gegeben oder sogar eine Platte getauft hat. Nur schon in diesem Raum kennen alle Christov Rolla.

Der Bericht und Antrag zeigt den Erfolg des Treibhauses auch in Zahlen. Die durchgeführten Veranstaltungen haben sich seit dem Jahr 2008, also vier Jahre nach der Eröffnung des Jugendkulturhauses, verdreifacht. Dieses Wachstum wurde mit konstant gleichbleibenden Stellenprozenten abgefangen – bis heute. Im Bericht werden die aktuellen Herausforderungen treffend aufgeführt. Seit der Gründung des Jugendkulturhauses hat sich einiges verändert, in der Stadt, im Treibhaus selbst und bei den Jugendlichen. Insbesondere die quantitative Zunahme der Veranstaltungen mit dem Wunsch nach gleichbleibender Qualität und modernen Ansprüchen an Inklusion, Sicherheit sowie die Kontaktpflege mit kulturellen Netzwerken und der Nachbarschaft wie auch die adäquate Betreuung von Jugendlichen legen eine Aufstockung der Stellenprozente nahe. Gemäss Bericht und Antrag werden diese teilweise auch auf bestehende, bereits erfahrene Mitarbeitende gelegt, was natürlich erfreulich ist und bestehende Netzwerke und Know-how beibehält und erweitert.

Die Aufstockung ist in den Augen der GLP-Fraktion verhältnismässig und gut begründet, ebenso ist der erhöhte Sachaufwand für Schulungen von freiwillig engagierten Personen im Treibhaus gut eingesetzt und sinnvoll. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit sowie dem Nachtragskredit zu.

Senad Sakic-Fanger: Auch die Mitte-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag und dankt vor allem auch dem Team des Treibhauses für die geleistete Arbeit. Die Bedeutung der Jugendförderung ist gross und es braucht Orte, wo junge Menschen Halt, Perspektiven, Gemeinschaft und Entwicklungsmöglichkeiten finden. Im Bericht werden die zusätzlichen Ressourcen mit zwei Punkten begründet: Erstens die Weiterentwicklung und zweitens die Konsolidierung. Die Mitte-Fraktion unterstützt den Sonderkredit und auch den Nachtragskredit, weil die Grundrichtung stimmt und der Bericht plausibel aufzeigt, dass der Betrieb heute an die Belastungsgrenze kommt und die Qualität der Begleitung abgesichert werden muss – auch weil die Anforderungen gestiegen sind. Die Mitte-Fraktion verbindet die Zustimmung aber auch mit einer gewissen Erwartung, nämlich, dass man versucht die bestehende Zielgruppe zu erweitern. Dass man versucht auch Jugendliche zu erreichen, welche den Weg in solche Treffpunkte aktuell nicht finden. Das mag vielleicht am Standort liegen, mag vielleicht auch an der Altersgrenze 16 Jahre liegen. Es gibt heute viele, die sich auch bereits zwischen 12 und 15 Jahren als Jugendliche finden – daher macht der Sprechende bereits jetzt etwas Werbung für das Postulat 117, «Lücke schliessen – Offener Jugendtreff für 12- bis 15-Jährige im Stadtzentrum», bei dem man das gerne wieder diskutieren kann. Somit tritt die Mitte-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt den Krediten zu.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Es ist für den Stadtrat, die Mitarbeitenden und die zahlreichen freiwillig Engagierten des Treibhauses sehr schön zu hören, wie breit das Treibhaus als Ort der Jugendkultur, Bildung und Begegnung, beim Parlament und auch in der Bevölkerung abgestützt ist. Und, dass die jungen Menschen als wichtiger Teil der Gesellschaft, als ihre Zukunft, wahrgenommen werden.

Wie bereits in den Voten erwähnt, wird im Treibhaus auch der Einstieg ins Berufsleben gefördert, es werden aber auch erste Erfahrungen im Nachtleben gesammelt. Es ist ein wichtiger Treffpunkt, auch analog, eine Begleitung ist möglich, falls nötig und erwünscht, Integration, Inklusion und Diversität werden gefördert. Eine weitere wichtige Funktion wurde erwähnt: Die Funktion des «Fiebersmessers», also was die Jugendlichen in der Stadt Luzern beschäftigt. Aber, und das wurde auch gesagt: Es ist auch wichtig, dass unterschiedliche Jugendliche den Weg ins Treibhaus finden.

Die vorgesehene Pensenerhöhung erachtet die Sprechende als sehr wichtig, insbesondere für eine kontinuierliche und verlässliche Begleitung der Jugendlichen und der Menschen, die dort arbeiten. Dabei ist es auch dem Stadtrat und dem Treibhaus wichtig, die vorhandenen Mittel und das Personal zielgerichtet einzusetzen. Gerne fordert die Sprechende die Mitglieder des Parlaments auch auf, altersunabhängig vielleicht auch ab und zu im Treibhaus vorbeizuschauen und beispielsweise ein leckeres Zmittag zu einem angemessenen Preis zu geniessen.

Der Bericht und Antrag ist wichtig für eine gute Ausgangslage, um das aktuelle Angebot beizubehalten und sich den verändernden Bedingungen anzupassen. Aber das Treibhaus will selbstverständlich nicht stehenbleiben. Die Ansprüche aller Beteiligten wie auch die Jugendlichen verändern sich stetig. Der Stadtrat beobachtet das und dankt auch in Zukunft für die weitere Unterstützung.

Der Grosse Stadtrat ist somit auf den B+A 52/2025: «Treibhaus der Zukunft. Zusätzliche Personalressourcen. Sonder- und Nachtragskredit» eingetreten.

DETAILBERATUNG

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 47:0:1 Stimmen für die Pensenerhöhung der soziokulturellen Animation Treibhaus sowie für den zusätzlichen Sachaufwand einen Sonderkredit von 1,525 Mio. Franken, und für die Erhöhung der Pensen der soziokulturellen Animation Treibhaus sowie für den zusätzlichen Sachaufwand im Jahr 2026 für das Budget 2026 ein Nachtragskredit von Fr. 76'000.–.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 52 vom 10. Dezember 2025 betreffend

Treibhaus der Zukunft
– **Zusätzliche Personalressourcen**
– **Sonder- und Nachtragskredit,**

gestützt auf den Bericht der Sozial- und Sicherheitskommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Pensenerhöhung der soziokulturellen Animation Treibhaus sowie für den zusätzlichen Sachaufwand wird ein Sonderkredit von 1,525 Mio. Franken bewilligt.
- II. Für die Erhöhung der Pensen der soziokulturellen Animation Treibhaus sowie für den zusätzlichen Sachaufwand im Jahr 2026 wird für das Budget 2026 ein Nachtragskredit von Fr. 76'000.– bewilligt.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

10 Interpellation 85, Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 10. Juni 2025:
Konsequenzen aus dem Bericht des kantonalen Datenschutzbeauftragten

Adrian Häfliger verlangt eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Adrian Häfliger: Die Interpellanten sind mit der Antwort auf die Interpellation nur teilweise zufrieden. Sie bedanken sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Interpellation. Die Erläuterungen sind ausführlich und informativ. Sie zeigen, wie herausfordernd es ist, eine digitale Infrastruktur zu betreiben, welche den gewünschten Gewinn für die Effizienz bietet und gleichzeitig Anforderung an Sicherheit und Datenschutz erfüllen. Die Antwort zeigt auf, dass die Stadt viel unternimmt, um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Interpellanten danken dem Stadtrat auch für die Veröffentlichung der Stellungnahme der kantonalen Datenschutzbeauftragten in der Medienmitteilung vom 16. Januar 2026. In der Interpellation wird nach dem Umgang mit Daten auf der M365-Cloud von Microsoft gefragt, nach dem sich die kantonale Datenschutzbeauftragte in mehreren Stellungnahmen kritisch dazu äusserte. Es geht darum, ob auch Daten bis zur Stufe «vertraulich», wozu auch besonders schützenswerte Personendaten gehören, in der Cloud von Microsoft bearbeitet werden sollen. Nach Auffassung der kantonalen Datenschutzbeauftragten ist es klar nicht zulässig. Sie schreibt in ihrer Stellungnahme: «Die blossе Möglichkeit, dass der Anbieter gesetzlich verpflichtet werden könnte, Daten anders zu bearbeiten, als es dem öffentlichen Organ erlaubt wäre, genügt, um den Einsatz für sensitive Personendaten als unzulässig zu qualifizieren.» Die Stadt hingegen möchte auch solche sensiblen Daten auf der amerikanischen Cloud bearbeiten. Als Entgegnung auf die gegenteilige Empfehlung der Datenschutzbeauftragten zählt sie einen ganzen Strauss an Massnahmen auf. Aber keine dieser Sicherheitsmassnahmen führt dazu, dass das Risiko eines Zugriffes durch amerikanische Behörden nicht mehr besteht. Der Sprechende versucht das mit einer Analogie zu veranschaulichen. Eine Hausbesitzerin lässt ihr Haus von der Diebstahlversicherung prüfen. Die Versicherung weist darauf hin, dass die Hintertür nicht abgeschlossen sei. Die Hausbesitzerin entgegnet, dass die Vordertüre ein doppeltes Schloss habe, alle Fenster mit Sicherheitsglas versehen sind und eine Alarmanlage installiert wurde. Die Versicherung wiederholt, dass die Hintertüre nicht abgeschlossen ist. Darauf fügt die Hausbesitzerin an, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass jemand durch die Hintertüre kommen würde. Dass es bei ihr so oder so nichts zu holen gäbe, und dass sie eine Vereinbarung mit der Einbrecher*innen-Vereinigung habe, dass sie nicht durch die Hintertüre einbrechen würden. Auch das überzeugt die Versicherung nicht. Die Hintertür ist und bleibt nicht abgeschlossen. Das Haus ist nicht versicherbar. Das Vorhaben der Stadt, Daten bis zur Stufe «vertraulich» und somit auch besonders schützenswerte Personendaten auf der M365-Cloud zu bearbeiten, steht im offensichtlichen Widerspruch zur Empfehlung der kantonalen Datenschutzbeauftragten. Dass die Empfehlung der Datenschutzbeauftragten ignoriert wird, wird mit keinem Wort begründet. Das ist kein vertrauensbildender Umgang mit dem Datenschutz. Die GRÜNE/JG-Fraktion reicht darum eine Motion ein, welche eine Überarbeitung des städtischen Datenschutzreglements verlangt. Das bestehende Reglement ist aus dem Jahr 2006 – also gut 20 Jahre alt und wird den gesetzlichen und technologischen Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht. Das revidierte Reglement soll sicherstellen, dass sich die Stadt mindestens erklären muss, wenn sie die Empfehlungen der Datenschutzbeauftragten nicht befolgt.

Martin Huber ergänzt zum Votum seines Vorredners, dass der Aspekt des Datenschutzes nur ein Teil der Betriebssicherheit von Informatiksystemen der Stadt ist. Auch über Betriebssicherheit liest man in der Antwort auf die Interpellation keine wirkliche Beruhigung. Das Risikomonitoring wird zwar angesprochen, aber wird mit einer Basisabschätzung irgendwo alleingelassen. Das sogenannte Business Continuity Management wird in einem Satz irgendwo kurz erwähnt. Es wird nicht darauf eingegangen, inwiefern auch kostentreibende Massnahmen der Anbieter abgedeckt werden sollen. Der Vendor Lock-in wird zwar thematisiert, aber in den Augen der GLP-Fraktion ungenügend. Das führt zur Frage, warum sich die Stadt Luzern nicht anders vernetzt. Als deklarierte Smart City hat die GLP-Fraktion den Eindruck, müsste ein Beitritt zu einem schweizerischen Netzwerk für digitale Souveränität mindestens angedacht sein. Die

GLP-Fraktion vermisst das aktuell und sie ist der Ansicht, dass es auch hier Lösungen für die angesprochenen Themen und Probleme gäbe. So ein Netzwerk würde sicherstellen, dass man sich gemeinsam für Lösungen einsetzen kann, weil der Stadtrat zurecht festhält, dass man allein als Stadt Luzern gegenüber Tech-Konzernen in diesem Ausmass sicher ausgeliefert wäre. Was aber nicht dagegenspricht, dass man sich vernetzt, und andere Verwaltungen haben diesen Schritt bereits gemacht. Das motiviert die GLP-Fraktion zu einem Vorstoss, welcher die Stadt Luzern auffordert, dem Netzwerk für digitale Souveränität beizutreten.

Adrian Albisser: Nachdem nun die akustische Souveränität wieder zurück ist (*es gab technische Probleme im Saal für 10 Minuten*), sagt der Sprechende gerne noch etwas zur Interpellation, bei der es um die digitale Souveränität geht. Der Sprechende dankt für die Einreichung dieser Fragen und auch für die Antworten des Stadtrates, welche 2-3 Nachfolgefragen auslösten. Die digitale Souveränität ist zurzeit ein Dauerbrenner. Für das sorgen Beispiele von ausserhalb. Am 20. August des letzten Jahres z. B. hat die US-Regierung das E-Mail-Konto des Chef-Anklägers des internationalen Gerichtshofes blockiert. Dänemark hat schon vor mehr als einem Jahr aus Entscheid des digitalen Ministeriums entschieden, sich von den marktbeherrschenden US-Plattformen zu verabschieden. Eine Folge davon sieht man jetzt – die geopolitischen Fragen spitzen sich zu. Vor einer Weile hat ein Mitglied des Zürcher Zivil- und Strafgerichts öffentlich kommuniziert, dass das Zürcher Zivil- und Strafgericht Mitglied wird, in dem von Martin Huber erwähnten Netzwerk für eine souveräne digitale Schweiz. Das hat wiederum den Berater der schweizerisch-amerikanischer Handelskammer dazu veranlasst, den Entscheid anzugreifen und zu behaupten, und der Sprechende zitiert: «Sie verlassen ihre Rolle als neutraler Schiedsrichter und werden zum politischen Akteur.» - also, wenn sich eine öffentliche Institution einem Netzwerk anschliesst, welches sich um digitale Souveränität kümmert. Das sagt mehr über die Haltung und Sichtweise der US-amerikanischen Interessenvertretern als über das effektiv politische Handeln. In der Antwort des Stadtrates werden die verschiedenen Punkte, was den Datenschutz anbelangt, oder auch das Risikomanagement beantwortet. Auch wird gesagt, dass aktuell ein defacto Standard herrscht auf der Anwendungsebene – das ist Microsoft 365. Es gibt aber auch im Hintergrund auf Infrastrukturseite einen defacto Standard, bei dem auch in der Schweiz Serverstrukturen von US-amerikanischen Unternehmen betrieben werden. Und im Hintergrund wirkt der sogenannte Cloud-Act, welcher schlicht und einfach den Zugriff auf die Daten erlaubt, wenn es die amerikanische Regierung fordert oder notwendig sieht. Daher, dessen ist man sich bewusst und das sagt auch der Stadtrat, ist eine zukunftsfähige Lösung sicher kein einfaches Unterfangen. Es ist ein komplexer Entscheid. Das Betriebsmodell wird nicht einfach besser, wenn man sich loslöst und sagt, man macht nun alles allein. Die Schweizer Verwaltungen sind nicht darauf ausgelegt, eigene Infrastrukturen zu betreiben. Es ist aber durchaus so, dass man hier etwas aktiver Alternativen prüfen kann. Der Datenschützer sagt, das Risiko, dass Behörden Daten an Microsoft ausliefern müssen, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden. Dem stimmt auch der Stadtrat zu. Was unter digitaler Souveränität zu verstehen ist, ist durchaus Interpretationssache – vom Bundesrat gibt es aber mittlerweile eine Definition, welche sagt, dass der Staat über die erforderlichen Kontroll- und Handlungsfähigkeiten im digitalen Raum verfügen muss, damit er seine staatlichen Aufgaben erfüllen kann. Das setzt auch voraus, dass die Kontrolle über den Zugriff auf die Daten staatlich reguliert und kontrolliert wird. Aktuell ist man in einer Situation, wo die Abhängigkeit von Microsoft und Amazon zementiert wird. Das kann man gleichsetzen mit einem Verlust von digitaler Souveränität. Und hier gibt es in der Antwort des Stadtrates 2-3 Lichtblicke –, z. B. dass man sich dafür interessiert, dem Netzwerk Digitale Verwaltung Schweiz, beizutreten, und dass man unabhängig davon Ausstiegsszenarien erarbeiten und prüfen möchte. Hier wünscht sich die SP/JUSO-Fraktion klar eine aktive Rolle. Hier wünschen sie sich mehr Engagement, um schlicht und einfach das staatliche Handeln, welches hier zwar auf einer kommunalen Ebene stattfindet, aber nichtsdestotrotz genauso wichtig ist, sicherzustellen und selbst zu verantworten. Insofern ist die SP/JUSO-Fraktion mit den Antworten teilweise zufrieden – aber wie man schon hörte, werden weitere politische Vorstösse folgen, welche z. B. eine Exit-Strategie fordern.

Stadtpräsident/Bildungsdirektor Beat Züsli dankt für die interessante Diskussion und die kritische Würdigung der Antwort des Stadtrates. Die Diskussion, welche hier im Rat geführt wird, findet im Moment auch in ähnlicher Form in anderen Städten statt – auch auf kantonaler Ebene und bei anderen

Verwaltungen. Dabei geht es häufig, und heute auch, um die Thematik von Datensicherheit und Datenschutz auf der einen Seite und auf der anderen Seite um die Frage der Abhängigkeit, bzw. Souveränität. Hier gibt es aber auch Zusammenhänge zwischen diesen zwei Themen. Um die Situation der Luzerner Verwaltung besser nachvollziehen zu können, hat der Stadtrat die Fragen der Interpellation mit einer Auslegeordnung ergänzt, was zu einer umfangreichen Interpellations-Antwort führte – was der Thematik aber auch geschuldet ist. Unbestritten ist, das wurde auch mehrfach gesagt, dass es sich um eine komplexe Materie handelt, welche durch die aktuelle politische Situation in den USA verschärft wurde, und zu vielen Fragen führt. Auch der Stadtrat ist gegenüber den bestehenden Abhängigkeiten sehr kritisch – das legte er in den Antworten auch dar. Die politische Verantwortung sieht der Stadtrat primär darin, dafür zu sorgen, dass man organisatorisch und personell gut aufgestellt ist, um die komplexen Themen gut bearbeiten zu können und der laufenden Entwicklung, welche sehr rasant ist, zu folgen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen und entsprechende Massnahmen einzuleiten. Zum Datenschutz: Im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden ist Luzern mit den entsprechenden Fachpersonen und der Fachstelle und ihrem aktuellen Know-how gut aufgestellt. Es wird die Haltung vertreten, und da besteht sicher eine Differenz zur kantonalen Datenschutzbeauftragten, dass die Nutzung von Cloud-Services von US-Anbietern, wie z. B. Microsoft, in Übereinstimmung mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgen kann. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er mit den bisher getroffenen und den laufend optimierten Massnahmen ein hohes Schutzniveau gewährleisten kann und die Datenschutzrisiken angemessen reduzieren kann. Zur Analogie von Adrian Häfliger: Der Stadtrat kümmert sich sehr wohl auch um die Hintertüre, aber man muss auch immer prüfen, dass nicht irgendwo ein Fenster offensteht. Ein Null-Risiko gibt es nicht und es ist eine Herausforderung, welche der Stadtrat aber wahrnimmt. Die Mitarbeitenden der Verwaltung werden auch immer auf dem aktuellen Stand der Entwicklungen gehalten.

Immer mehr in den Fokus der Diskussion tritt die Frage der Abhängigkeit, welche mit dem Einsatz von M365 verbunden ist – wie es auch heute Thema wurde. Lösungen in der Frage zur Unabhängigkeit sind nur in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen möglich – sei das auf kommunaler, kantonomer oder nationaler Ebene oder auch im internationalen Verbund. Ein Alleingang der Stadt Luzern ist absolut nicht möglich. Deshalb ist die Stadt Luzern mit ihren Fachpersonen in verschiedenen Organisationen und Gremien bereits heute vertreten und sucht auch den entsprechenden Austausch. So hat z. B. die Organisation Digitale Verwaltung Schweiz Anfang November 2025 in Zusammenarbeit mit dem Programm Swiss Government Cloud eine neue Arbeitsgruppe lanciert, worin die Stadt Luzern auch vertreten ist. Ein anderes Beispiel: Smart City führte gerade diese Woche eine Veranstaltung zum Thema Open Source in der öffentlichen Verwaltung durch. Dabei ging es um Praxisbeispiele, um Potenzial und Perspektiven aus kommunaler Sicht. Der städtische CDO Urs Truttmann ist Co-Präsident des Smart City Hubs. Zu weiteren Organisationen, wie z. B. dem Netzwerk SDS (Souveräne Digitale Schweiz) bestehen gute Kontakte. Die Stadt Luzern ist nicht, oder noch nicht Mitglied. Die Beteiligungen ermöglichen die laufenden Entwicklungen eng zu verfolgen und die für die Stadt Luzern wichtigen Massnahmen auf ihre Tauglichkeit zu prüfen. Man wird auch zukünftig gut darauf achten, wo das Engagement allenfalls noch verstärkt werden sollte.

11 Interpellation 120, Adrian Häfliger vom 23. September 2025: Datenschutzsituation App «Bontrebo» für Soziale Dienste

Adrian Häfliger verlangt eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Adrian Häfliger ist mit der Antwort überhaupt nicht einverstanden. Trotzdem bedankt er sich für die Antwort auf die Interpellation – sie bringt viel Klarheit.

Zuerst hält der Sprechende fest, dass es für den Sprechenden und die ganze Fraktion ein wichtiges Anliegen ist, dass den Menschen, welche auf die Hilfe der Sozialen Dienste angewiesen sind, unkompliziert und kompetent geholfen wird. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ohne grosse Hürden zu

kommunizieren. Weil sich diese Menschen oft in prekären Lebenssituationen befinden und besonders vulnerabel sind, hat die Stadt ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung. Dazu gehört auch der Umgang mit ihren Daten. In der Interpellation fragt der Sprechende, ob die Verwendung dieser App «Bontrebo» nach dem Datenschutzgesetz zulässig ist. Alle Informationen, welche zur Beantwortung dieser Frage notwendig sind, sind in der Interpellationsantwort enthalten. In der Antwort wird gesagt und festgehalten, dass über diese App auch besonders schützenswerte Personendaten übermittelt werden. Die App wird zwar von einer Schweizer Firma entwickelt und betrieben, läuft aber auf der Azure Cloud von Microsoft. Somit sind die Daten nicht vor dem Zugriff durch amerikanische Behörden geschützt. Das Risiko eines solchen Zugriffs wird in der Antwort beschönigend als theoretisch bezeichnet. Das haben Risiken so an sich – dass sie theoretisch sind. Bis zu dem Moment, wo sie sich als Schaden manifestieren. Dass Stadtpräsident Beat Züsli zuvor sagte, es gebe kein Null-Risiko, mag stimmen, aber man muss festhalten, dass das Datenschutzgesetz genau das fordert: Es braucht ein Null-Risiko. Es muss ausgeschlossen werden können, dass die Daten für andere Zwecke verwendet werden, oder dass andere Zugriff auf diese Daten haben. Es geht nicht darum, das Risiko zu minimieren, sondern es geht darum, dass man es ausschliessen kann. Das wird verlangt.

Nach der kantonalen Datenschutzbeauftragung, es wurde schon mehrfach zitiert, ist die Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten nicht zulässig, wenn der Zugriff durch Unbefugte nicht ausgeschlossen werden kann. Sie sagt auch ganz explizit, dass die Bearbeitung solcher Daten daher auf der Cloud von amerikanischen Anbietern nicht zulässig ist. Die Antwort ist also ganz klar. Die «Bontrebo» App ist nicht mit dem Datenschutz zu vereinbaren. Ihre Verwendung verstösst gegen das Datenschutzgesetz. Wie der Stadtrat mit genau diesen Informationen, welche in der Antwort enthalten sind, zu einem gegenteiligen Schluss kommt, ist für den Sprechenden unverständlich. Leider wurde die App nicht in der kantonalen Datenschutzbeauftragung zur Überprüfung vorgelegt – es scheint aber ausgeschlossen, dass sie sie als zulässig beurteilt hätte. Dass die Benützung der App freiwillig sei, wie der Stadtrat in der Antwort ebenfalls erwähnt, ändert nichts daran. Viel mehr ist der Verweis auf die Freiwilligkeit irritierend und zeugt von einem fragwürdigen Rechtsverständnis. Die Stadt darf nicht gegen Gesetze verstossen – auch dann nicht, wenn sie allenfalls von der Bevölkerung Zustimmung zu einem Verstoß erhält. Es gibt aus technischer Sicht keinen Grund, so eine App nicht über eine schweizerische Cloud-Infrastruktur zu betreiben. Dass eine Schweizer Firma ihre App für den Einsatz der Sozialen Dienste über eine amerikanische Cloud laufen lässt, zeugt von fehlendem Bewusstsein für die Problematik. Es zeigt aber auch ganz klar, dass von Seiten Politik und der öffentlichen Verwaltung zu wenig darauf gepocht wird, dass die eingekauften Lösungen dem Datenschutz genügend Rechnung tragen. Es ist aber dafür nie zu spät. Der Sprechende hofft, dass die Stadt die Weiterverwendung dieser App an die Bedingung knüpft, dass sie gesetzeskonform ist, und damit auch zur Stärkung einer souveränen digitalen Infrastruktur beiträgt.

Adrian Albisser dankt für das Einreichen der Fragen und die Beantwortung. Die SP/JUSO-Fraktion teilt in einem grösseren Bereich die eher kritische Einschätzung von Adrian Häfliger. Hier hat man ein explizites Beispiel, wo ein Schweizer Anbieter eine Dienstleistung anbietet, welche in den Sozialen Diensten zur Anwendung kommt und im Hintergrund zur Speicherung der Daten aber auf einen US-amerikanischen Anbieter zurückgreift, und somit sämtliche Fragen des Datenschutzes wieder auf den Prüfstand stellt. Dass man im Kontext der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten im Bereich der Sozialen Dienste besonders aufpassen muss, führte Adrian Häfliger gut aus. Da ist der Drang schützenswerte Daten auszutauschen sehr hoch. Es geht um nichts anderes als um persönliche Schicksale und Fragen zur Unterstützung. Daher bietet es sich klar an, dass die Stadt eine weitere Verwendung dieser App an eine Auflage bindet, welche überhaupt nicht unmenschlich ist, sondern schlicht und einfach lautet, dass ein nachfolgender Einsatz der «Bontrebo»-App klar damit verbunden ist, dass die Daten bei einem Schweizer Anbieter nach Schweizer Datenschutzgesetz gespeichert werden und der unbefugte Zugriff ausgeschlossen werden kann – was man bei einem US-amerikanischen Anbieter nicht kann.

Stadtpräsident/Bildungsdirektor Beat Züsli möchte sich nicht wiederholen, weil vieles, dass er zuvor zur Interpellation 85 sagte, auch hier gilt. Er weist einfach darauf hin, dass der Stadtrat klar darlegte, dass aus seiner Sicht die Nutzung der App «Bontrebo» aus datenschutzrechtlichen Gründen konform ist und

die Bearbeitung der Personendaten im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben erfolgt. Es wurde eine andere Interpretation gemacht – das nimmt der Sprechende so zur Kenntnis – aber der Stadtrat ist hier nicht im illegalen Bereich unterwegs.

Zum Begriff «Null-Risiko»: Den Begriff nannte der Sprechende zuvor im Zusammenhang mit der Nutzung durch Personen, durch allfällige Fehlanwendungen – das ist nie zu 100 % auszuschliessen. Der Sprechende ist aber auch der Meinung, dass es aus technischer Sicht versucht werden muss, dass Risiko auf null zu reduzieren.

**12 Interpellation 89, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. Juni 2025:
Strategische Entwicklung von LuzernPlus**

Claudio Soldati ist nicht mehr Mitglied im Grossen Stadtrat. Daher wird das Wort an Miriam Gasser erteilt.

Miriam Gasser dankt für die Antworten – die SP/JUSO-Fraktion ist damit zufrieden. Die Sprechende betont noch einmal, wie wichtig es ist, dass die Gemeindedelegierten bei LuzernPlus ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen. Bei ständig wechselndem Personal muss hingeschaut und nachgefragt werden. Die Sprechende kennt aus ihrem persönlichen Umfeld einen Fall übler Grenzverletzungen in der Geschäftsstelle von LuzernPlus. Die vielen Personalwechsel weisen wohl darauf hin, dass es nicht der einzige war. Das darf nicht mehr passieren. Sie SP/JUSO-Fraktion möchte auch anregen, dass die in der Antwort erwähnten internen Regeln über die Zusammensetzung des Vorstandes öffentlich werden sollten. Sie könnten eine Signalwirkung auf andere regionale Entwicklungsträger haben.

**13 Interpellation 106, Anna-Sophia Spieler namens der FDP-Fraktion vom 30. Juli 2025:
Kürzung der Bundesmittel bei Jugend+Sport: Welche Folgen hat dies für Luzerner Vereine
und den städtischen Jugendsport?**

Anna-Sophia Spieler ist mit der Beantwortung zufrieden. Der Stadtrat zeigt nachvollziehbar auf, dass Kürzungen bei Jugend+Sport-Beiträgen spürbar negative Folgen für die Vereine, Kinder, Jugendliche und auch für Familien hätte, verzichtet aber verständlicherweise mangels Umsetzung der Kürzung auf weitergehende Massnahmen. Positiv zu würdigen ist aber, dass sich die Stadt Luzern im Rahmen des Städteverbandes frühzeitig klar gegen die Kürzung im Sportbereich positionierte.

**14 Postulat 102, Karin Pfenninger namens der SP/JUSO-Fraktion, Martin Huber namens der
GLP-Fraktion und Christov Rolla namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 22. Juli 2025:
Zentrales Standortmodell Logopädie**

Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat erklärt somit das Postulat 102 erheblich.

15 Postulat 111, Marta Lehmann und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. August 2025:
Barrierefreier Kurzhalteplatz direkt am Haupteingang des Bahnhofs Luzern – für einen gleichberechtigten Zugang von Personen mit Mobilitätseinschränkungen

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Marta Lehmann ist mit der Antwort des Stadtrates eindeutig nicht einverstanden.

Rückmeldungen von Menschen mit Behinderungen zeigen deutlich, wie wichtig hindernisfreie Parkplätze direkt beim Bahnhofsingang sind. Gleichzeitig wird sichtbar, dass die neue Y-Haltekannte zwar für Bahnersatzbusse sinnvoll ist, aber für PWs und spezialisierte Transportdienste für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht geeignet ist. Und genau hier liegt das Problem.

Wenn direkt vor dem Haupteingang die beste Infrastruktur entsteht, Menschen mit Einschränkungen aber an einen deutlich ungünstigeren Ort verdrängt werden, ist klar: Ihre Bedürfnisse wurden nicht angemessen berücksichtigt.

Parkplätze an der Frohburgstrasse sind zwar in unmittelbarer Nähe des Bahnhofsingangs, befinden sich jedoch an einem stark frequentierten Verkehrsknoten mit zahlreichen Querungen, wie der Veloverkehr zur Velostation, die Zu- und Wegfahrt zum Parkhaus, die SBB-Logistik, sowie Kurierfahrzeuge der Post – und viele Fussgänger*innen auf dem Weg zum oder vom Bahnhof.

Diese Querungen seien sicher und zumutbar, weil Zufussgehende dort vortrittsberechtigt seien. Doch Rollstuhlnutzende sind keine Fussgänger*innen. Ihre Sicherheit auf ein formales Vortrittsrecht zu reduzieren – genau dort liegt der Widerspruch.

Der junge Mann, der nach einem Gleitschirmunfall auf einen Elektrorollstuhl angewiesen ist, kann an Querungen weder abrupt bremsen noch schnell ausweichen – auch nicht, wenn ein Cargo-Lieferwagen seitlich ausschwenkt. Und diese Frau mit einer Sehbehinderung, die die Sprechende ebenfalls kontaktiert hat, wird regelmässig bei der Frohburg mit dem Taxi abgesetzt. Für sie ist der Weg zum Bahnhofseingang alles andere als sicher. Jede zusätzliche Distanz und jede unübersichtliche Querung erhöht ihr Sturzrisiko deutlich – auch wenn dort formal keine baulichen Hindernisse bestehen.

Die Wege zu den Behindertenparkplätzen im P1 und P2 sind lang, unübersichtlich und voller Hindernisse. Wer nicht schnell reagieren oder ausweichen kann, ist dort stärker gefährdet.

Der Stadtrat anerkennt die Bedeutung der Barrierefreiheit – verschiebt konkrete Verbesserungen aber auf den Masterplan Raum Bahnhof Luzern und den späteren DBL. Für die Betroffenen heisst das: Weiter warten. Echte Inklusion entscheidet sich im Alltag. Denn Barrierefreiheit beginnt nicht erst beim Lift auf dem Perron, sondern beim Zugang zum Bahnhof.

Die SP/JUSO-Fraktion hätte sich auch eine teilweise Entgegennahme vorstellen können, weil dies nicht möglich ist, beantragt sie eine vollständige Erheblicherklärung des Postulats.

Daniel Lütolf: Das Anliegen der Postulantinnen Marta Lehmann und Zoé Stehlin, den Zugang zum Bahnhof Luzern für Personen mit Mobilitätseinschränkungen zu verbessern, unterstützt die GLP-Fraktion im Grundsatz.

Die vorgeschlagene Lösung – ein Kurzhalteplatz direkt an der neuen Haltekannte – ist jedoch betrieblich kaum machbar. Der Platz wird für den Bahnersatzverkehr benötigt und kann nicht sinnvoll doppelt genutzt werden. Auch baulich ist er für den Ein- und Ausstieg ungeeignet.

Die rollstuhlgerechten Parkplätze an der Frohburgstrasse sind ein Fortschritt gegenüber früher. Klar nicht zu 100 % ideal, aber doch funktional – auch wenn der Weg zum Bahnhof etwas länger ist. Wichtig ist nun, diese Parkplätze besser sichtbar zu machen und einfache Verbesserungen der Wegführung zu prüfen. Diese Wegstrecke ist, wie der Stadtrat darlegt, grundsätzlich sicher und hindernisfrei.

Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Das Ziel ist im Grundsatz richtig – der Weg aber nicht praktikabel.

Chiara Peyer dankt den Postulantinnen für die Einreichung des Postulats und dem Stadtrat für die Beantwortung. Alle wissen, dass rund um den Bahnhof viele Ansprüche an den öffentlichen Raum bestehen. Dass dieser Raum und insbesondere der Bahnhof für Personen mit Mobilitätseinschränkungen möglichst vollwertig zugänglich sind, muss sichergestellt werden.

Zu den einzelnen Forderungen respektive zur Antwort des Stadtrates sagt die Sprechende Folgendes:
Zum 1. Punkt, dass die Haltekante Y bei Nichtgebrauch als Kurzhalteplatz für Personen mit Mobilitätseinschränkungen genutzt werden soll: Für die GRÜNE/JG-Fraktion ist schlüssig, dass eine Mehrfachnutzung dort schwierig ist. Hinzu kommt, wie auch der Stadtrat schildert, dass die neue Haltekante, durch die Kurvenlage und des Randsteins auch ungeeignet wäre für Personen mit Mobilitätseinschränkungen. Das kann die GRÜNE/JG-Fraktion ebenfalls nachvollziehen.
Eine gute Anbindung der Behindertenparkplätze, wie sie auch in der 2. Forderung verstärkt werden will, ist essentiell. Zu den vom Stadtrat geschilderten Folgekosten und dem hohen Mehraufwand bei einer vollwertigen Optimierung hätte sich die GRÜNE/JG-Fraktion mehr Infos und Ausführungen gewünscht. Das man hier auf den Masterplan Raum Bahnhof Luzern wartet, um zu optimieren, ist ein Stück weit einleuchtend, wenn auch etwas enttäuschend.
Die GRÜNE/JG-Fraktion kann die Argumentation bzw. die Ablehnung des Stadtrates zu den Punkten 1 und 3 nachvollziehen. Die Argumentation unter Punkt 2 ist weniger schlüssig. Genau hier hätte der Stadtrat die Möglichkeit gehabt für eine verbesserte Zugänglichkeit zu sorgen, bzw. hätte er die Möglichkeit gehabt, seine Argumente besser zu Begründen.
Es ist wichtig und es ist auch Aufgabe der Stadt, die Stadt und insbesondere öffentliche Gebäude möglichst hindernisfrei erreichbar und nutzbar zu machen.
Im vorliegenden Fall ist es aber nicht zielführend, wenn das Postulat 111 in dieser Form vollständig erheblich erklärt wird. Die GRÜNE/JG-Fraktion folgt daher dem Stadtrat. Eine teilweise Erheblicherklärung hätte sie sich vorstellen können.

Senad Sakic-Fanger: Für die Mitte-Fraktion ist klar, dass sie das Ziel vollumfänglich unterstützt. Die Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe. Gleichzeitig sieht die Mitte-Fraktion aber auch, dass der Bahnhofplatz sehr belastet und betrieblich stark eingeschränkt ist. Am besten wäre es, wenn die Parkplätze gleich bei den Gleisen wären – aber die Gegebenheiten ermöglichen das aktuell nicht. Der Vorschlag, bei Nichtgebrauch die Kante Y als Kurzhaltezone zu nutzen wirkt auf den ersten Blick pragmatisch. Der Stadtrat zeigt aber klar nachvollziehbar auf, dass diese Fläche aufgrund der betrieblichen Abläufe und der baulichen Situation nicht zuverlässig und sicher im Wechsel als Kurzhaltezone betrieben werden kann. Ein solche Lösung hätte aber auch das Risiko in der Praxis, dass man es nicht richtig kontrollieren könnte und der Platz zweckentfremdet werden könnte – wie es früher auch schon der Fall war. Daher ist die Mitte-Fraktion grundsätzlich bereit, die Linie des Stadtrates mitzutragen – also das Postulat in dieser Form abzulehnen. Wichtig ist aber auch, dass die Ablehnung kein Stillstand bedeutet – also, dass wenn nicht bereits erfolgt, dass man die Signalisation zu den Ersatzparkplätzen verbessert und den Weg für Rollstuhlfahrende so gut wie möglich optimiert, damit alle sicher zum Bahnhof kommen.

Chantal Brauchli: Der Bahnhof Luzern ist für viele Menschen ein wichtiger Ort. Gerade für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ist entscheidend, ob sie selbstständig und sicher ankommen können. Der Stadtrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass er schon sehr viel daransetzte, dass das verbessert wird. Das schätzt die FDP-Fraktion sehr. Die Kosten für eine erneute Umgestaltung des Bahnhofes sind für die FDP-Fraktion eine schwierige Sache und daher schliesst sie sich dem Stadtrat an und lehnt das Postulat ab.

Marko Hotz: Auch die SVP-Fraktion folgt vollumfänglich den Ausführungen des Stadtrates und lehnt das Postulat ab. Auch die SVP-Fraktion unterstützt die Anliegen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und ist daher dankbar für die Lösung, die es nun gibt. Zum einen gibt es die Haltekante, wo man auch mit einer Mobilitätseinschränkung gut den ÖV benutzen kann, weil man dort möglichst hindernisfrei zum Bahnhof kommt. Zum anderen gibt es die Parkmöglichkeiten an der Frohburgstrasse – wo man in 50 Metern hindernisfrei zum Bahnhof gelangt.
Marta Lehmann sprach die Zufussgehenden beim Haupteingang an. Dort besteht ein hoher Druck zu Stosszeiten, wenn dort viele Leute ein- und ausgehen. Selbst als nicht mobilitätseingeschränkte Person, wenn man zu den hinteren Gleisen 10 bis 14 möchte, nutzt man besser den Osteingang, damit man sich nicht durchquetschen muss – von daher sind die Parkplätze an der Frohburgstrasse vielleicht doch die

bessere Lösung, als wenn man beim Haupteingang etwas versucht einzuplanen. Entsprechend folgt die SVP-Fraktion dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Regula Müller findet es sehr befremdlich, dass das Parlament offenbar öffentliche Parkplätze direkt vor dem Haus braucht, weil die Partnerin in Zug arbeitet, obwohl man den Arbeitsplatz dann auch sehr gut mit dem ÖV erreichen könnte, aber wenn es um barrierefreie Kurzhalteparkplätze geht, und es etwas komplexer in der Umsetzung wird, lehnt man den Parkplatz ab. Die Sprechende fragt: Ernsthaft?

Marta Lehmann freut sich, dass alle Fraktionen sagen, dass Hindernisfreiheit und Inklusion wichtig seien und man Menschen mit Einschränkungen möglichst den Zugang zum Bahnhof erleichtern müsse. Und in der Umsetzung soll es dann doch nicht so sein. Nur eine Signalisierung vom Bahnhofsausgang zu den Parkplätzen an der Frohburgstrasse bringt doch nichts. Die Querungen sind das Problem. Um nochmals auf Rollstuhlnutzende oder Menschen mit einer Sehbehinderung einzugehen: Die weissen Striche, welche es im Bahnhof gibt, bei denen man sich mit dem Blindenstock orientieren kann, fangen nicht an der Frohburgstrasse an. Die Sprechende fragt sich, ob Behindertenorganisationen in die Planung der Verschiebung der Parkplätze einbezogen wurden – auch wenn es nur um 50 Meter geht. 50 Meter, wenn man eine Einschränkung hat, fühlen sich an wie 1 Kilometer. Die Sprechende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung ihrer Frage.

Marco Müller hat ebenfalls noch ein Anliegen. Er ist der Präsident von FahrFlex. Das ist ein Fahrdienst für Menschen mit Beeinträchtigung im Raum Horw, Kriens und Luzern. Für die Fahrerinnen und Fahrer, welche sehr viele Fahrgäste zu Untersuchungen im Bahnhof bringen müssen, ist es jedes Mal ein «Eiertanz». Sie müssen schauen, wo sie das Fahrzeug parkieren können und gleichzeitig haben die Leute manchmal noch Demenz und sind weglaufgefährdet. Der Sprechende hat einen grossen Respekt vor den Leuten, die jemanden an den Bahnhof bringen. Hier besteht wirklich Handlungsbedarf, welcher zu wenig anerkannt wird.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt zuerst für die Diskussion und auch die Rückmeldungen. Der Sprechende musste etwas schmunzeln, weil man zuvor gerade noch den Planungsbericht Autoparkierung und Parkplatzabbau diskutierte und es sich nun zeigt, dass man je nachdem, wer betroffen ist, auch eine ganz andere Haltung einnehmen kann. Gerade von Seiten SP-Fraktion überraschte es den Sprechenden, dass man mit dem Postulat einen Prüfauftrag erteilen möchte, dass mehr Parkplätze geschaffen werden – gerade im Zentrum rund um den Bahnhof. Das heisst aber natürlich nicht, dass das Anliegen nicht berechtigt wäre. Aber defacto heisst es, wenn man das Postulat überweist, müsste man prüfen, wo man rund um den Bahnhof neue Parkplätze schaffen könnte. Seit Jahren wird dieses Thema ausführlich diskutiert. Gerade rund um den Bahnhof hat es einfach zu wenig Fläche und einen hohen Nutzungsdruck. Daher möchte man zum einen eine Entlastung beim MIV erreichen, indem nicht mehr alle mit dem Auto an den Bahnhof fahren, und so auch ermöglichen, dass gewisse Flächen anders genutzt werden können.

Der Sprechende respektiert das Anliegen. Es ist wichtig, dass auch mobilitätseingeschränkte Personen weiterhin Zugang zum Bahnhof haben. Der Sprechende widerspricht aber der Sprechenden der SP/JUSO-Fraktion, dass es aktuell zu wenig Parkplätze habe. Der Stadtrat führte das in seiner Stellungnahme aus. Es gibt eine Verlagerung der Kurzzeitparkplätze von vor dem Bahnhof rüber zum Uni-Gebäude. Dort sind vier Parkplätze ausschliesslich für mobilitätseingeschränkte Personen reserviert, und der Weg von 50 Metern kann auch für diese Menschen noch als verhältnismässig betrachtet werden. Es ist auch ausgewiesen, dass es ein gewisses Optimierungspotenzial gibt. Die Defizite können aber momentan nicht behoben werden – das muss im Rahmen des Masterplans und im weiteren Prozess des DBL angegangen werden. Aber natürlich fliessen solche Überlegungen heute schon ein und es war dem Stadtrat wichtig, dass abzubilden.

Wenn sich irgendwo zeigt, dass Sofortmassnahmen vor dem Masterplan ausgelöst werden können, wird das auch gemacht. Aktuell sieht der Stadtrat die Möglichkeit nicht, weil es einfach keinen Platz hat, um noch irgendwo auf den beschränkten Flächen weitere Nutzungen zu ermöglichen. Ausser bei der Rampe sieht der Stadtrat auch keine Möglichkeiten für bauliche Massnahmen, welche eine Verbesserung ermöglichen.

Dem Sprechenden ist es wichtig zu betonen, dass die Haltekante Y dem Busersatzverkehr dienen soll und sie behindertengerecht ausgestaltet ist. Auch aus dem Bus kann man als mobilitätseingeschränkte Person komfortabel aussteigen und in den Bahnhof kommen. Hier sieht der Sprechende auch den Mehrwert. Das ist wichtig und der Sprechende betont, dass mobilitätseingeschränkte Personen sehr davon profitieren. Die bisherige Situation vor dem Bahnhof war auch nicht zufriedenstellend. Es herrschen sehr enge Verhältnisse vor Ort, es hat sehr wenig Platz und auch die Kurzzeitparkplätze waren nicht behindertengerecht. Daher ist es in diesem Sinne ein Vorteil, dass man nun vor dem Uni-Gebäude reservierte Plätze hat und gleichzeitig noch die Möglichkeit hat, im P1 und im P2 ebenfalls komfortabel in den Bahnhof zu kommen, wenn man dort parkiert.

Der Stadtrat wird das Thema sicher weiter beobachten, er wird im Rahmen des Masterplans schauen, was man optimieren kann, aber er ist nicht bereit, nun im Umfeld des Bahnhofes neue Parkplätze zu schaffen und daher lehnt er das Postulat ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 111 ab.

**16 Postulat 92, Elias Steiner namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 23. Juni 2025:
Beleuchtung für Menschen statt für Autos**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Elias Steiner ist nicht mehr Mitglied im Grossen Stadtrat. Daher wird das Wort an Chiara Peyer erteilt.

Chiara Peyer: Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt für die Beantwortung des Postulats 92, auch wenn sie nicht in ihrem Sinne ausfällt.

Die GRÜNE/JG-Fraktion anerkennt, dass die Stadt bereits Belichtungskonzepte hat. Trotzdem ist sie mit der aktuellen Situation nicht zufrieden, insbesondere bei den Quartierstrassen.

Man montiert Seilleuchten auf Höhe des 4. Stocks für die Autos und die Lastwagen und nicht für die Quartierbewohnenden oder die Zufussgehenden oder allgemein für den Langsamverkehr. Die Leuchten sind weit oben angebracht, das Licht wird dann schwummrig und weit gestreut. Das ist weder ästhetisch noch förderlich für die Verminderung der Lichtverschmutzung.

Die Sprechende schaute auch noch im Plan Lumière nach. Da steht zum Beispiel unter dem Punkt Quartierstrassen, dass dort relativ hohe Lichtpunkte geplant sind. Geplant ist dabei auch eine Vereinheitlichung der Lichtpunkthöhen, welche sich momentan oder als der Bericht geschrieben wurde, zwischen 3.5 und 10 Meter befinden. Eine grosse Spanne also. Es zeigt sich also auch, dass auch eine Lichtpunkthöhe von 3.5 Meter bei Quartierstrassen möglich ist.

Die 3 Meter Höhe, welche im Vorstoss als Beispiel genannt wurde, wurde bei der Beantwortung etwas gar genau genommen. Wie bereits gesagt, es war ein Beispiel und die GRÜNE/JG-Fraktion hätte sich auch mit einer bisschen höheren Höhe zufriedengegeben.

Es ist wichtig, dass dieses Thema mehr Beachtung bekommt und stärker verankert wird. Die GRÜNE/JG-Fraktion hält am Postulat fest und freut sich über Unterstützung.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion dankt dem Postulanten für seinen Vorstoss bzw. den Impuls. Die Beleuchtung der Stadt soll den Menschen dienen – nicht dem Blech. Das unterstützt die GLP-Fraktion im Grundsatz. Gutes Licht trägt zu Sicherheit, Lebensqualität und Atmosphäre bei. Und ja: Weniger Lichtverschmutzung ist auch ein Beitrag zum Klima- und Naturschutz.

Der Grundgedanke des Postulats überzeugt, doch der konkrete Vorschlag zur generellen Absenkung der Beleuchtungshöhe ist nicht überall realistisch. Wie der Stadtrat richtig ausführt, sind über Fahrbahnen gewisse Höhen aus Sicherheitsgründen notwendig. In Fussgängerzonen, Parks und an Seeufern hingegen sind tiefere Lichtpunkte schon heute Standard – und das ist gut so.

Die GLP-Fraktion begrüsst, dass bei allen neuen Projekten die Lichtgestaltung mitgedacht wird – wie es der Stadtrat ausführt. Genau das ist der richtige Weg: Situationsgerechte, energieeffiziente und nutzerorientierte Beleuchtung – statt starrer Vorgaben.

Die GLP-Fraktion folgt dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Kurt Zibung: Der Postulant suggeriert in seinem Postulat, dass die Stadt Luzern nicht für Autos, sondern für Menschen konzipiert wurde. Mit einem Augenzwinkern kann man aber sagen, dass auch Autofahrerinnen und Autofahrer Menschen sind und die Stadt Luzern wurde mit ihrer Verkehrsinfrastruktur sehr wohl und auch ganz offensichtlich für den MIV konzipiert. Wichtig dazu ist zu erwähnen, dass auch der MIV in der Nacht gut beleuchtete Strassen benötigt – was wiederum der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger zugutekommt. Das kann aber nur mit Beleuchtungen und einer Lichtstreuung ab einer gewissen Höhe optimal erreicht werden. Eine tiefere Anordnung bedingt mehr Lichtquellen, um die gleiche Ausleuchtung und Lichtstreuung zu erreichen. Die Rechnung ist relativ einfach gemacht. Eine niedrigere Höhe ergibt weniger Ausleuchtung, das bedingt mehr Lichtkörper, um die gleiche Ausleuchtung zu erreichen, das bedeutet höhere Investitions- und Betriebskosten, wie auch einen höheren Energieverbrauch. Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme zum Postulat darlegt, wurden in der Vergangenheit diverse Massnahmen ergriffen, unter anderem Plan Lumière, Werterhaltung und der Einsatz von energieeffizienten Technologien, welche die Forderungen aus dem Postulat bereits abdecken. Damit werden insbesondere auch die Sicherheitsaspekte umfassend berücksichtigt. Der Stadtrat legt auch dar, dass die Montagehöhe aus baulicher und verkehrstechnischer Sicht nach unten begrenzt ist. Es benötigt somit keine weiteren Anpassungen. Auch die SVP-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat 92 deshalb ab.

Zoé Stehlin: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Anliegen dieses Postulats, dass das Beleuchtungskonzept der Stadt Luzern nicht nur auf Autos, sondern insbesondere auch auf Velofahrer*innen und Fussgänger*innen ausgelegt sein soll. Dies kann beispielsweise durch die im Postulat vorgeschlagene Senkung der Höhe von Lampen auf 3 Meter statt 5 Meter, wo technisch umsetzbar, erreicht werden.

Der Stadtrat konnte aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion in seiner Stellungnahme überzeugend darlegen, dass die im Postulat geforderten Aspekte bezüglich des Sicherheitsgefühls, der Aufenthaltsqualität und der Lichtverschmutzung bei Neugestaltungsprojekten bereits berücksichtigt werden und aktuell kein weiterer Handlungsbedarf besteht.

Die SP/JUSO-Fraktion wird deshalb das Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Diel Schmid Meyer: Die Mitte-Fraktion dankt für die nachvollziehbare Antwort auf das Postulat 92 und hat dem nichts hinzuzufügen. Die Mitte-Fraktion wird dem Stadtrat folgen und das Postulat ablehnen.

Chantal Brauchli kann sich Diel Schmid nur anschliessen. Auch die FDP-Fraktion wird dem Stadtrat folgen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt für die grossmehrheitliche Unterstützung der beantragten Ablehnung. Der Sprechende kann es verstehen, dass sich der Stadtrat vielleicht zu sehr an den 3 Metern orientierte. Der Sprechende muss aber auch ehrlich sein: Viel mehr Anhaltspunkte gab es im Postulat auch nicht. Daher hat sich der Stadtrat an diesen 3 Metern orientiert und die Antwort darauf ausgelegt.

Der Sprechende bittet den Rat ganz allgemein: Wenn man sich etwas anderes wünscht, auf das eingegangen werden soll, dann sollte das entsprechend genau ausformuliert werden, damit der Stadtrat auch weiss, auf was sich die Stellungnahme beziehen soll.

Der Sprechende dankt, wenn das Postulat abgelehnt wird. Er ist der Ansicht, dass der Stadtrat gut aufzeigte, dass das Thema bei jedem Strassenprojekt berücksichtigt wird. Es wird nicht nur für Autos geplant, sondern es wird natürlich auch immer der Fussverkehr mitberücksichtigt.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 92 ab.

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Wie am Vormittag angekündigt ist heute Nachmittag die höchste Luzernerin, Gisela Widmer-Reichlin, zu Gast im Grossen Stadtrat. Sie ist die aktuelle Kantonsratspräsidentin, seit dem Jahr 2022 Kantonsrätin und gleichzeitig ist sie seit dem Jahr 2019 in Adligenswil Gemeinderätin und leitet dort das Ressort Bau, Umwelt und Sicherheit. Die Sprechende begrüsst die Kantonsratspräsidentin, freut sich, dass sie heute hier ist und übergibt ihr das Wort.

Kantonsratspräsidentin Gisela Widmer-Reichlin:

«Sehr geehrte Frau Präsidentin des Grossen Stadtrates,
Sehr geehrte Grossstadträtinnen und Grossstadträte
Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates, sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte
Sehr geehrte Gäste und Medienvertretung

Mir ist es heute eine besondere Ehre Ihre Geschäfte mitzuverfolgen – oder das, was davon noch übrigbleibt. Ich hörte, dass sie sehr schnell waren. Der Kantonsrat hat anfangs Woche getagt, somit schätze ich den Perspektivenwechsel umso mehr.

Heute kann ich ganz in der Beobachterinnenrolle ihre Gepflogenheiten studieren.

Jedes Parlament hat so seine Eigenheiten. Vielleicht kann das alt-etablierte Parlament des Kantonsrates auch noch etwas dazulernen. Mit ihrem Tempo bei der Vorstossbehandlung, kann sich der Kantonsrat sicher ein Vorbild nehmen – obwohl Debatten sind auch wichtig. Momentan können wir nämlich nicht mit diesem Tempo mithalten.

Unser Kanton ist stark geprägt durch eine grosse Vielfalt, die Abstimmung zum Kinderbetreuungsgesetz haben die Perspektivenvielfalt gut aufgezeigt.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2050 zeigen deutlich auf, dass die Region rund um die Stadt Luzern einige Herausforderungen mit sich bringt.

Die Stadt Luzern wird ein starker Motor bleiben und ist von grosser Bedeutung für die Gesamtentwicklung des ganzen Kantons.

Wir sind alle gefordert den Sozial-, Wirtschafts-, Wohn- und Lebensraum im ganzen Kanton miteinander weiterzuentwickeln, die richtigen Massnahmen miteinander auszuhandeln. Die Stadt Luzern und der Kanton stehen immer wieder in Wechselwirkung. Nicht nur im Zusammenhang mit dem Theater oder dem DBL. Es braucht dabei stabile, dauerhafte Entscheide für alle.

Wir verfolgen als Politikerinnen und Politiker eigentlich alle das gleiche Ziel:

Wir wollen unseren Lebensraum noch lebenswerter machen, wir setzen uns ein für ein gelingendes Zusammenleben. Welches die probaten Mittel dazu sind, gilt es jeweils immer wieder neu auszuhandeln.

Das Motto «zäme wachse – zämewachse» begleitet mich und die Regierungspräsidentin Michaela Tschuor im Präsidentialjahr 2025/2026.

«Zämewachse» steht für Zusammenhalt, Teilhabe, Inklusion und Chancengleichheit – für eine starke, vielfältige Gesellschaft, die einander trägt und unterstützt – und nicht ausgrenzt.

«Zäme wachse» unterstreicht die Bedeutung des Zusammenwirkens unterschiedlichster Institutionen, Interessensgruppen und Organisationen auf Gemeinde- und Kantonsebene.

Sie sind alle Teil des Luzerner Zusammenhalts, übernehmen als gewählte Vertreterinnen und Vertreter im Namen der Stadt Luzerner Bevölkerung Verantwortung für die Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Lebens-, Wohn- und Arbeitsraumes.

Sie entwickeln miteinander eine politische Kultur, welche klare Positionen zulässt, sich aber abgrenzt von linken und rechten Extremen, nach Lösungen sucht, manchmal vielleicht auch anstrengende Debatten führt, dabei aber auch immer den Dialog pflegt.

Ich werde in der verbleibenden Präsidentialzeit bis Ende Juni alle Parlamente im Kanton besuchen, der Einwohnerrat Ebikon hat letzte Woche diese Besuchsreihe eröffnet, heute Morgen habe ich die Debatten im Einwohnerrat Kriens mitverfolgt.

Jetzt freue ich mich auf Ihren Ratsbetrieb. Gerne geniesse ich den Blick auf ein versammeltes Parlament, ohne dabei die Sprechzeit und die Traktandenabfolge im Griff haben zu müssen.

Gerne möchte ich einen Dank und eine Einladung aussprechen:

Ich danke Ihnen im Namen des Luzerner Kantonsparlaments für Ihr Engagement – für ein weiteres «zämewachse» und «zäme wachse» im Kanton.

Gerne lade ich Sie ein, die kantonalen Geschäfte von der Tribüne aus mitzuverfolgen. Unter lu.ch finden sie alle Sessions-Termine, gerne begrüsse ich Sie im Regierungsgebäude, Sie sind herzlich willkommen.

Für das bevorstehende Politjahr wünsche ich Ihnen viel Erfolg, faire Debatten, interessante Begegnungen und viel Freude an der politischen Arbeit.»

Applaus

Ratspräsidentin Mirjam Fries dankt auch Gisela Widmer-Reichlin für ihre Arbeit. Es gibt auch einen Podcast von Michaela Tschuor und Gisela Widmer-Reichlin, mit dem man ihre Tätigkeit verfolgen kann. Die Sprechende überreicht der Kantonsratspräsidentin noch ein kleines Geschenk aus der Stadt Luzern. Honig aus der Stadt – die Sprechende wusste selbst auch lange nicht, dass es das gibt, aber er ist sehr lecker und sie kann ihn nur empfehlen.

- **Postulat 152, Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion:
Mediale Grundversorgung als Basis einer intakten direkten Demokratie**

Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung

Marko Hotz: Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.

Aus Sicht der SVP-Fraktion ist die mediale Grundversorgung in der Schweiz auch mit einer Abgabe von Fr. 200.– pro Haushalt gewährleistet. Die Behauptung, dass eine funktionierende Demokratie nur mit einem aufgeblähten und milliardenschweren SRG-Apparat möglich ist, ist schlichtweg falsch und unnötig dramatisiert. Die SRG verfügt heute über einen Gebührenertrag von über 1.2 Milliarden Franken. Bei einer Reduktion auf Fr. 200.– pro Haushalt, heisst das nicht automatisch, dass die regionale Berichterstattung, die Demokratie oder gar die Meinungsbildung zusammenbricht. Wer das behauptet, ist für die SVP-Fraktion einfach nicht glaubwürdig. Was hier verteidigt wird, ist nicht die Grundversorgung, sondern ein überdimensionierter Staatsbetrieb mit ineffizienten Strukturen. Mediale Grundversorgung bedeutet sachliche Information, neutrale Berichterstattung, politische Grundinformation in allen Landessprachen. Sie bedeutet nicht: Unterhalt im Übermass, Doppelspurigkeit mit privaten Medien, ständig wachsende Strukturen auf Kosten der Gebührenzahlenden. Weniger Geld heisst nicht weniger Demokratie, sondern zwingt einzig zur Prioritätensetzung, zwingt zu Effizienz und Fokus auf den eigentlichen Auftrag. Das ist gesund, auch für die SRG. Dass der Stadtrat aufgefordert wird, sich öffentlich gegen eine eidgenössische Volksinitiative zu positionieren, erachtet die SVP-Fraktion zudem als politisch fragwürdig. Die Bevölkerung entscheidet am 8. März 2026. Eine staatliche Einflussnahme des Stadtrates als Exekutivgewalt im Kollegialitätsprinzip zu Gunsten des Status quo erachtet die SVP-Fraktion fehl am Platz. Das ist Sache der politischen Parteien. Die SVP steht zu einer starken und direkten Demokratie, aber auch zu Kostenwahrheit, Eigenverantwortung und Medienvielfalt. Das alles wird durch die SRG-Initiative nicht geschwächt, sondern gestärkt. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Regula Müller: Dass die SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag stellen muss, war der Sprechenden sehr bewusst, und dass sie für die Initiative noch etwas Werbung machen, war auch zu erwarten. Die Sprechende erlaubt sich das im Anschluss auch noch für das Nein-Lager.

Glücklicherweise sieht es der Stadtrat aber anders und empfiehlt die Erheblicherklärung des Postulats und dafür dankt die Sprechende. Mit der gleichzeitigen Abschreibung sind die Postulanten aber nicht einverstanden. Im Postulat wurde verlangt, dass sich der Stadtrat öffentlich gegen die Halbierungsinitiative ausspricht. Dass die einzelnen Stadträtinnen und Stadträte ins Nein-Komitee eingetreten sind, genügt nicht, und ist nicht das, was die Postulanten verlangten. Ausserdem musste die Sprechende feststellen, dass bis jetzt leider Marco Baumann noch nicht in einem Nein-Komitee zu finden ist. Die Halbierungsinitiative erfüllt aber aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion die Kriterien dafür, dass sich der Stadtrat positionieren kann. Denn die Stadt ist direkt von der Halbierungsinitiative betroffen. Die Medienvielfalt in Luzern ist gefährdet. Die Initiative wurde vorgestern auch im Kantonsrat diskutiert und da hat sich, Fabian Peter, notabene ein FDP-Politiker, unmissverständlich geäussert, dass das SRF-Studio und auch das Regionaljournal in der heutigen Form nicht mehr möglich wären. Aber für die Kommunalpolitiker*innen ist es eben sehr wichtig, dass das Regionaljournal berichtet. Über die Ratsdebatten berichtet das Regionaljournal präzise, ausgewogen und sachlich – verschiedene Meinungen kommen zu Wort. Für die Stadtluzerner Bevölkerung ist das eine enorme Unterstützung in der Meinungsbildung. Und gerade bei den Wahlen auf kommunaler Ebene braucht es eine SRG, welche darstellt, welche Leute sich zur Wahl stellen möchten. Ein Ja zu dieser Initiative ist ein Nein zum regionalen Journalismus. Angesichts der Tragweite der Auswirkungen, welche eine Annahme haben würde, ist die Sprechende enttäuscht, dass der Stadtrat sagt: Einzelpersonen sind in Komitees und die Antwort auf das Postulat ist die öffentliche Stellungnahme. Es steht die Demokratie auf der Kippe. Es ist jetzt wichtig, dass der Stadtrat nun den Mut hat, hinzustehen, und sich in den Abstimmungskampf einmischt – und zwar noch bis zum 8. März. Danach ist es wirklich zu spät. Und das gilt auch für all die, welche das Privileg haben, am 8. März abzustimmen. Wer sich angesichts des Weltgeschehens ohnmächtig fühlt, oder wer schockiert ist, wie Donald Trump wütet, oder wer Angst vor der Zukunft hat, der hat am 8. März die Möglichkeit, für die Demokratie einzustehen und endlich zu handeln. Und zwar indem er ein Nein in die Urne legt.

Rieska Dommann möchte hier im Rat nicht über die Initiative diskutieren. Die FDP-Fraktion wird das Postulat aber ablehnen.

In der Abstimmung über die eidgenössische Initiative «200 Franken sind genug!» ist die Stadt Luzern nicht stärker betroffen als alle anderen Regionen in der Schweiz. Es ist generell fraglich, ob sich der Stadtrat bei dieser Abstimmung besonders engagieren müsste. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es insbesondere Aufgabe der Parteien, über die Auswirkungen der Initiative zu informieren, und das passiert ja auch. Es wurden verschiedene Komitees gegründet – für und gegen die Initiative – welche über die Vor- und Nachteile einer Annahme dieser Initiative informieren und auch in den Medien wird rege über dieses Thema berichtet. Kollegin Regula Müller und Kollega Benji Gross konnten sich offenbar zu dieser Initiative bereits eine Meinung bilden – sie lehnen sie ab – wie der Sprechende übrigens auch – auch er wird Nein stimmen – und sie verlangen vom Stadtrat, dass er ihre Meinung teilt. Dass er ihre Meinung vertritt, und zwar alle Mitglieder des Stadtrates, wie man gerade hörte. Wenn sich jemand nicht in ein Komitee einträgt, wird das kritisiert. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es aber nicht Aufgabe der Exekutive die Haltung einer Mehrheit der Legislative zu einer nationalen Abstimmung zu vertreten. Der Stadtrat kann sich, wenn er das möchte, selbstverständlich zu diesem Thema eine eigene Meinung bilden, er kann die auch publizieren, wie es der Luzerner Regierungsrat machte. Wohin käme man denn, wenn man in Zukunft bei jeder Volksinitiative als Parlament verlangen würde, dass der Stadtrat jeweils die Haltung des Parlaments dazu vertritt?

Monika Weder: Im Namen der GRÜNE/JG-Fraktion bedankt sich die Sprechende bei den Postulanten für den Vorstoss «Mediale Grundversorgung als Basis einer intakten direkten Demokratie». Die Fraktion dankt auch dem Stadtrat für die Bereitschaft Stellung zu beziehen. Die Initiative will die Mittel der SRG halbieren und somit eines der wichtigsten Teile des demokratischen Handelns schwächen. Gerade in einer vielfältigen, urbanen Gesellschaft sind unabhängige, verlässliche und qualitativ hochstehende Medien unverzichtbar.

Die SRG leistet weit mehr als Unterhaltung. Sie informiert sachlich, kritisch und ausgewogen. Sie schafft Orientierung, gerade in Zeiten von Desinformation, Polarisierung und wachsender gesellschaftlicher

Unsicherheit. Wer die Finanzierung der SRG halbiert, nimmt bewusst in Kauf, dass Informationsangebote ausgedünnt, regionale Berichterstattung abgebaut und kulturelle Inhalte verdrängt werden.

Die Initiative trifft zudem nicht den Staat, sondern die Bevölkerung. Und vor allem auch die, die auf ein barrierefreies, mehrsprachiges und öffentlich zugängliches Medienangebot angewiesen sind.

Das Argument, es gäbe ja bereits genügend Medien, Plattformen und Kanäle, die gut informieren, ist reines Wunschdenken.

Newsplattformen und sogenannte soziale Netzwerke deren Hauptzweck es ist, Konsumierende möglichst lange auf der Plattform zu halten, sind primär auf Gewinn ausgerichtet und zielen nicht auf die sachgerechte Vermittlung von Informationen ab. Definitiv kein Ersatz sind Angebote, die gezielt mit Desinformationen gefüttert werden, mit der Absicht, Staaten zu destabilisieren.

Eine starke Demokratie braucht starke unabhängige Medien. Wer Vielfalt, Zusammenhalt und eine informierte Bevölkerung will, darf die SRG nicht schwächen. Die Berichterstattung der SRG ist eine wertvolle Ergänzung zu den regionalen Medien.

Die GRÜNE/JG-Fraktion unterstützt die Erheblichkeit, stimmt der Stellungnahme des Stadtrates zu, wünscht sich, dass er diese auch markant vertritt, und ist mit der Abschreibung nicht einverstanden.

Stadtpräsident/Bildungsdirektor Beat Züsli: Der Stadtrat konnte seine Haltung in der Antwort sehr klar darstellen. Man kann sich fragen, ob Städte stärker betroffen sind. Der Städteverband ist ganz klar der Meinung, dass die SRG eine ausserordentliche Rolle bei der Information in der demokratischen Gesellschaft spielt. Diese Meinung teilt der Stadtrat. Im urbanen Umfeld ist man darauf angewiesen, qualitativ gute Medien zu haben, welche eine Breite in der Bevölkerung erreichen können. Man muss auch davon ausgehen, dass man bei einer solch massiven Kürzung, wie es jetzt mit dieser Initiative angedacht wäre, insbesondere eben genau die dezentrale Information, Berichterstattung, Recherchen usw. stark abgebaut würden und die mediale Berichterstattung leiden würde.

Zur angesprochenen Abschreibung: Der Stadtrat ist der Meinung, dass er eine klare Haltung bekundet hat, welche auch kommuniziert werden kann und ist daher der Meinung, dass das Postulat damit abgeschrieben werden kann.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat 152 erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

17 Interpellation 91, Christian Hochstrasser namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 20. Juni 2025:

Übergangslösungen bei der Umsetzung der klimafreundlichen Heizlösungen

Christian Hochstrasser ist mit der Beantwortung nur teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Christian Hochstrasser: Das übergeordnete Thema dieser Interpellation lautet «Geht es genug schnell voran?». Eine Frage, die sich in der Politik wohl alle einmal gestellt haben und einen immer wieder beschäftigt. Und trotzdem sagt der Sprechende: Dranbleiben lohnt sich meistens. Manchmal braucht es einen langen Atem. Gerade gestern nahm der Sprechende erfreut zu Kenntnis, als der Bundesrat grünes Licht für den DBL gab. Eine über Jahrzehnte auf Eis gelegte Idee, welche die GRÜNE/JG-Fraktion im Jahr 2008/2009 durch eine Initiative in der Stadt Luzern wieder auf das politische Parkett brachte. Hier geht es um Klima und Energie – aber auch hier lohnt es sich, dranzubleiben. Und auch hier schaute der Sprechende ein wenig in die Vergangenheit. Im Dezember 2015 – also vor ziemlich genau 10 Jahren – wurde hier im Parlament der Richtplan Energie beschlossen. Das war noch ein paar Jahre vor der Klima- und Energiestrategie. Da hat der Stadtrat unter anderem darübergeschrieben, warum man weiterhin eine Erdgasinfrastruktur in der Stadt Luzern braucht und warum die Netze nicht zurückgebaut werden sollen. Es ging unter anderem darum, dass es bei Wärmekraftkoppelungen sehr effizient ist, weil Erdgas in Gebieten, wo es keine guten lokalen erneuerbaren Energien hat, Heizöl substituieren kann, und einen Beitrag zur CO₂-Emissionen leisten kann. Und wichtig ist: Aus Sicht des Stadtrates damals, ist

sicherzustellen, dass die Investitionen für die ewl gut amortisiert werden können. Im Protokoll des Grossen Stadtrates aus dieser Sitzung stellte der Sprechende auch fest, dass er damals mit dem FDP-Sprecher Rieska Dommann darüber stritt, wie man mit der ewl und der Amortisierung des Gasnetzes umgehen soll. Und auch damals waren sie sich im Grundsatz einig, in einzelnen Punkten aber nicht ganz. Kurz: Die GRÜNE/JG-Fraktion stellte den Klimaschutz schon damals über die betriebswirtschaftliche Amortisation fossiler Technologien. In derselben Ratssitzung im Jahr 2015 wurde auch zum letzten Mal vor dem Entscheid über die Boden-Initiative ein städtisches Grundstück verkauft – nämlich das Land Mattenhof 2, wo heute die Pilatus Arena steht – notabene zu einem Schnäppchenpreis. Und auch wurde darüber beschlossen, dass die Stadtverwaltung neu über das Internet telefoniert, anstatt über die alten Kabeltelefone – und damit schliesst der Sprechende den Rekurs.

Zurück zum Thema Energie: In der Zwischenzeit wurde in der Klima- und Energiestrategie das Netto-Null-Ziel verankert. Es ist viel passiert. Der Sprechende betont: Die Stadt und die ewl haben sich massiv bewegt bei dieser Thematik. Trotzdem bleiben ein paar Herausforderungen bestehen. Z. B. wann und wo kommt die Seeenergie oder die Fernwärme? Wie können Übergangslösungen geplant werden? Was kann die Stadt und die ewl jetzt dazu beitragen? Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer brauchen Planungssicherheit. Mit der Energieplanung 2.0 wurde hier bereits ein wichtiger Schritt gemacht, aber man weiss immer noch nicht ganz konkret, wann die Seeenergie kommt, und ob sie wirklich kommt. Es geht auch darum, wie man bei eigenen Investitionen umgeht – z. B. bei Nachfolgelösungen der alten fossilen Heizkessel. Soll man sich ans Seeenergienetz anschliessen? Ist es ideal, wenn man einen Luft-Wärmetauscher macht? Oder allenfalls Geothermie, also Erdsonden? Es besteht eine gewisse Gefahr von falschen Investitionen. Es besteht die Gefahr, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, egal ob sie natürliche Personen oder Unternehmen sind, in falsche Übergangslösungen investieren, oder allenfalls sehr teure Übergangslösungen haben. Es besteht auch weiterhin Unklarheit in der Preisgestaltung der Seewärme. Das ist wichtig für Investitionsentscheide der Eigentümerinnen und Eigentümer.

Gerade gestern sprach der Sprechende mit einem Geschäftsleiter einer Unternehmung, welcher genau an diesem Punkt steht – eine alte Gasheizung, welche kurz vor dem Aussteigen ist und bereits jetzt ständig resettet werden muss. Unklarer Zeitpunkt, wann die Seeenergie wirklich kommt, Unsicherheiten bei den Übergangslösungen und Unsicherheiten bei den Preisen für die Seeenergiewärme. Folge: Wahrscheinlich investieren sie in eine eigene Luftwärmepumpe, obwohl das Objekt höchstwahrscheinlich mit Seeenergie erschlossen wird. Ein nachträglicher Anschluss ans Seeenergienetz ist eigentlich unwiederbringlich vorbei, wenn man so investiert und das ist wiederum für die Attraktivität des Seewärmenetzes suboptimal.

Der Sprechende dankt für die Beantwortung der Interpellation, ist zufrieden mit der Transparenz der Antworten, aber nicht ganz zufrieden mit dem Stand bezüglich Planungssicherheit und Kommunikation und vor allem beim konkreten Mitnehmen derjenigen, welche investieren. Hier bittet die GRÜNE/JG-Fraktion, dass man dem bei der ewl und der Stadt mehr Augenmerk schenkt. Die GRÜNE/JG-Fraktion hofft, dass die Politik, wenn man dann 10 Jahre zurückschaut, feststellt, dass man das vorausschauend erkannt und angesprochen hat, dass man die Probleme lösen konnte und in der Zwischenzeit die Heizlösungen CO₂-neutral oder mit Netto-Null-Ziel kompatibel umgesetzt hat.

Rieska Dommann: Christian Hochstrasser hat es gerade bewiesen. Es lohnt sich, ab und zu in alten Protokollen nachzulesen. Dann kann man Kollegen daran erinnern, was sie damals sagten, oder man weiss wieder, was für Protokollbemerkungen bereits überwiesen wurden.

Die FDP-Fraktion dankt für die interessanten Fragen zu einem ausgesprochen wichtigen Thema. Der Stadtrat hat die Fragen korrekt und gut beantwortet, trotzdem kann man noch ein paar Bemerkungen dazu anbringen.

Der Stadtrat führt bei der Frage 1 aus, dass die Energieplanung 2.0 abgeschlossen und die Ergebnisse auf der Website klimafreundlichheizen.ch öffentlich gemacht wurden. Auch weist der Stadtrat darauf hin, dass es sich um eine rollende Planung handelt.

Die Antwort des Stadtrats ist korrekt. Die Energieplanung 2.0 ist abgeschlossen und wurde präsentiert. Anzumerken ist, dass die Aktualisierung der Website zuweilen lange braucht. Neue Erkenntnisse werden erst mit Verzögerung publiziert und die angekündigte Aktualisierung erfolgte letztes Jahr mit mehreren

Monaten Verspätung, ohne, dass auf der Website darüber informiert wurde. Es ist wichtig, dass nicht nur die Planung rollend ist, sondern auch der Informationsfluss.

Ebenfalls zur Frage 1 erläutert der Stadtrat, dass Übergangslösungen zulässig sind und diese auch durch die Heizungsbranche realisiert werden können. Der Stadtrat betont auch, dass die ewl und die Stadt ein grosses Interesse an einer hohen Anschlussdichte haben. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist eine hohe Anschlussdichte ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Umsetzung des Fernwärmenetzes. Umso mehr ist die Fraktion über das defensive Vorgehen der ewl überrascht, um nicht zu sagen irritiert. Während andere Anbieter von Fernwärme ganz unterschiedliche Angebote an zukünftige Kundinnen und Kunden machen, welche bis zu sogenannten «Sorglospaketen» gehen, verhält sich die ewl diesbezüglich sehr defensiv. Eine der grössten Sorgen von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern ist, dass die Heizung eines Tages aussteigt und nicht mehr repariert werden kann. Dann drohen teure Provisorien und ein hoher Druck für rasche und allenfalls voreilige Entscheidungen. Also werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer rechtzeitig eine andere Lösung umsetzen wollen, falls die Fernwärme noch nicht verfügbar ist. Wer aber einmal in eine Erdsonden-Wärmepumpe investiert hat, ist als Kunde für die Fernwärme auch langfristig verloren. Für diese Menschen sind Angebote anderer Anbieter, wie das erwähnte «Sorglospaket», ein wichtiger Faktor bei der Entscheidungsfindung.

Dass der Aufbau von Fernwärmenetzen anforderungsreich ist, wie der Stadtrat bei der Antwort auf die Frage 4 schreibt, ist unbestritten. Auch die FDP-Fraktion hat dafür ein gewisses Verständnis. Allerdings muss man auch nicht übertreiben.

Im September 2022 haben die Stimmberechtigten der Stadt Luzern über die Klima- und Energiestrategie abgestimmt. Teil der damaligen Vorlage war auch ein Investitionsbeitrag über 6 Mio. Franken an die ewl Rohrnetz AG für das Projekt «See-Energie Würzenbach». Das ist nun bereits 3 Jahre und 4 Monate her. Für die Hauseigentümer im Quartier hat sich seither jedoch nichts verändert. Die ewl hat auf Drängen des Quartiersvereins an einer öffentlichen Veranstaltung immerhin zugegeben, dass es ein Fernwärmeprojekt gibt. Vielmehr war bisher nicht zu erfahren, obschon der Quartiersverein immer wieder nachfragt. Die FDP-Fraktion würde sich da viel mehr Kommunikation und Begleitung der Kundinnen und Kunden wünschen. Es handelt sich auch nicht um ein Quartier im Stadtzentrum und die Komplexität kann nicht ewig als Ausrede dienen.

Benjamin Gross hat nicht so eine fachliche Meinung wie Rieska Dommann, und ist dankbar für diese Ausführungen. Der SP/JUSO-Fraktion geht es aber noch um etwas grundsätzlicheres. Man hat die Energieplanung, und die ist abgeschlossen, die thermischen Netze werden vorangetrieben – das sieht man auch überall in der Stadt an den offenen Böden. Übergangslösungen sind grundsätzlich möglich. Eigentlich könnte man hier schon einen Punkt machen. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber trotzdem sehr dankbar für die Interpellation, weil sie aufzeigt, wo der Knackpunkt liegt – nämlich bei der Umsetzung im Alltag. Bei Häusern, bei denen die Heizung ausfällt, ist es nicht entscheidend, ob ein Netz geplant wurde, sondern ob es eine realistische und bezahlbare Lösung für die nächsten Jahre gibt. Das ist kein Vorwurf an die Verwaltung, im Gegenteil. Die SP/JUSO-Fraktion anerkennt die komplexe Arbeit. Es ist ein sehr grosses Vorhaben. Die Wärmewende ist ein zentraler Umbau der Energieversorgung der Stadt Luzern. Übergangslösungen sind aber die Voraussetzung dafür, dass die Wärmewende auch gelingt. Nicht das es nur ein Netz gibt, sondern auch genügend Kundinnen und Kunden, welche das auch nutzen. Daher ist es wichtig, richtig und notwendig, dass auch die Politik immer mal wieder nachfragt, und den Stand der Dinge politisch begleitet. Die SP/JUSO-Fraktion ist froh um die Diskussion in diesem Saal und ist auch froh, dass sie hinausgetragen wird – damit die Leute besser wissen, warum es in der Stadt so viele Baustellen gibt und warum es sich lohnt, darauf zu warten, dass die Seewärme in den kalten Wintermonaten genutzt werden kann. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht sich, dass die Diskussion weiterhin in der Politik am Leben bleibt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann dankt zuerst für die Interpellation. Es wurden spannende Fragen gestellt und der Sprechende kann versprechen, dass man sich auch tagtäglich intensiv mit denen auseinandersetzt, und es das oberste Ziel des Stadtrates und der ewl ist, dass die notwendige Planungssicherheit gerade für die Grundeigentümerschaften, welche den Heizungsersatz planen müssen, bald angeboten werden kann.

Es ist einfach so, und der Sprechende hörte, dass man das auch verstehe, dass die Herausforderung mit der Planungssicherheit bei den eigenen Projekten es nicht ganz einfach macht. Für die ewl und die Stadt Luzern besteht die Herausforderung der Standortsicherung – also ohne Zentralen können auch keine Leitungen gebaut und auch nicht einzelne Liegenschaften erschlossen werden. Man ist mit Hochdruck daran – und es stimmt, dass das nun schon länger dauert – die Standorte zu sichern. Verschiedene Beispiele wurden hier im Rat bereits diskutiert. Es zeigt sich, dass die Standorte zentral sind, nah am See, es gibt viele bestehende Nutzungen auf diesen Grundstücken und daher macht es die Sicherung dieser Zentralen auch nicht ganz einfach. Das führt dazu, dass man in der ganzen rollenden Planung immer wieder Rückschritte hat – man verliert Zeit, was man eigentlich nicht möchte. Das bedeutet dann leider, dass man auch den Grundstückseigentümern die Planungssicherheit nicht früher geben kann. Man ist aber laufend daran, die Informationen auf klimafreundliche.ch zu publizieren. Die letzte Aktualisierung wurde im November vorgenommen. Damals konnten viele Neuigkeiten publiziert werden, welche wieder mehr Planungssicherheit geben. Man ist mit der ewl zusammen daran auch auszuweisen, in welchen Gebieten sich welche Lösung eignet. Es heisst nicht, dass alles mit Seeenergie erschlossen werden muss – es gibt auch sehr gute Alternativen. Aber, da wo man Seeenergie-Leitungen plant, macht es sicher Sinn, dass man eine hohe Anschlussdichte hat, damit das Ganze auch rentabel betrieben werden kann.

Die Überlegungen und die Motivation dahinter hat auch die ewl. Sie treibt das ebenfalls mit Hochdruck voran. Die Planungssicherheit soll geschaffen werden und man möchte zusammen auch die Kommunikation vorantreiben, sodass man bald die Klarheit hat.

Für die Aussicht: Demnächst wird ein Konzessionsvertrag mit der ewl für die thermischen Netze finalisiert. Dieser wird dann ins Parlament gebracht und das Parlament wird darüber diskutieren können. Ein Teil wird Übergangslösungen betreffen. Auch die ewl ist interessiert daran, dass man eine möglichst gute Übergangslösung bieten kann, damit man diese Grundeigentümern später als langfristige Kunden gewinnen kann. Das ist auch im Sinne der Stadt, damit man nicht Übergangslösungen vorantreibt, welche nicht der Klima- und Energiestrategie entsprechen.

Der Sprechende dankt weiterhin für das Verständnis und hofft, dass in den nächsten Monaten der gewünschte Durchbruch bei den einzelnen Standorten geliefert werden kann und bis dahin braucht es noch etwas Geduld.

**18 Postulat 95, Marco Müller und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion
vom 26. Juni 2025:
Elektrische Löschfahrzeuge für die Luzerner Feuerwehr**

Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung

Marco Müller ist mit der Erheblicherklärung natürlich einverstanden, aber mit der Abschreibung nicht, und verlangt daher eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Marco Müller: Die GRÜNE/JG-Fraktion bittet im Postulat den Stadtrat, die Fahrzeugflotte der Feuerwehr zügig zu elektrifizieren und dafür die Ladeinfrastruktur anzupassen.

Die Antwort ist sehr ausführlich und fundiert ausgefallen. Dank dieser kennt man nun den Stand der Elektrifizierung der Feuerwehr in der Stadt Luzern. Man sieht vor allem, dass es gewisse Bereiche gibt, wo die Technologie ausgereift ist und der Einsatz des Škoda Enyaq, welche viele private Haushalte im Einsatz haben, auch für die Feuerwehr geeignet ist – das ist relativ klar.

Es ist interessant zu lesen, dass bei den Fahrzeugen, bei denen es um Autodrehleitern geht, die Technologie noch nicht ausgereift ist und auf dem Markt tatsächlich erst Prototypen vorhanden sind. Man kann aber gleichzeitig lesen, dass gerade bei den Löschfahrzeugen Fahrzeuge im Einsatz sind, welche zwar einzelne Softwareprobleme haben, aber funktionieren. Man konnte auch in den Medien lesen, dass Feuerwehren, welche solche Fahrzeuge im Einsatz haben, noch punktuell von Herausforderungen

betroffen sind. Alle, die ein privates Elektroauto aus der 1. und 2. Generation haben, wissen, dass es solche Probleme mit der Software zwischendurch geben kann, und dann muss man eine Lösung finden. Es gibt Punkte in der Antwort, welche die GRÜNE/JG-Fraktion etwas stutzig machten. In der Antwort steht, dass bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge der ökologische und der ökonomische Aspekt gewichtet werden muss. Selbstverständlich muss man in der Nachhaltigkeit alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Für die GRÜNE/JG-Fraktion ist klar, dass ein Spezialfahrzeug, welches mit Benzin oder Diesel angetrieben wird, welches erst vor ein paar Jahren angeschafft wurde, nicht sofort durch ein Elektrofahrzeug ersetzt wird. Aber es gibt gewisse Fahrzeuge in der Flotte, welche man durchaus ersetzen könnte. Gerade die Stadt Luzern ist in der Situation, dass man nicht krampfhaft jeden Rappen zweimal umdrehen muss und daher ist die GRÜNE/JG-Fraktion der Meinung, dass die Feuerwehr schrittweise beginnen soll, gerade mit einer höheren Gewichtung der Ökologie, einzelne Fahrzeuge zu elektrifizieren. Das ist wichtig.

Erfreulich ist, dass bis Ende 2028 16 der 37 Fahrzeuge, welche im Besitz der Feuerwehr der Stadt Luzern sind, elektrifiziert werden sollen. Es irritiert aber, dass die Thematik der Löschfahrzeuge, bei denen darauf hingewiesen wird, dass es einzig Softwareprobleme gibt und dass diese auf dem Markt verfügbar sind, kein Plan besteht, wann diese konkret ersetzt werden sollen. Der Sprechende weist darauf hin, dass der Titel des Vorstosses lautet: «Elektrische Löschfahrzeuge für die Feuerwehr der Stadt Luzern». Wenn man in der Antwort liest, dass man das Schritt für Schritt machen möchte, es aber zu den Löschfahrzeugen keine Antwort gibt, ist das irritierend. Es steht bis 2040 möchte man diese ersetzen und schreibt das Postulat daher ab. So fühlt sich die GRÜNE/JG-Fraktion in diesem Punkt nicht ganz ernstgenommen. Denn 2040 bedeutet Netto-Null in der Stadt Luzern. Auch ohne, dass dieser Vorstoss eingereicht worden wäre, müssten die Fahrzeuge bis dann CO₂-neutral sein. Hier würde die GRÜNE/JG-Fraktion von der Sozial- und Sicherheitsdirektorin gerne hören, was den noch konkreter angestrebt wird – gerade bei den Löschfahrzeugen. Wenn man zwar weiss, was in den nächsten 2-3 Jahren geplant ist, aber zu den Spezialfahrzeugen keine Aussage gemacht wird, ist die GRÜNE/JG-Fraktion der Meinung, dass das Postulat so noch nicht abschreiben werden kann. Die Forderung war, dass das zügig umgesetzt werden soll. Zügig ist in der Politik ein dehnbarer Begriff – aber zügig abschreiben und umsetzen erst bis 2040 – das ist nicht ganz stimmig.

Timo Lichtsteiner dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme. Als ehemaliger Feuerwehrmann der Stadt Luzern weiss er wie es ist, wenn Fahrzeuge nicht so funktionieren wie sie sollen. Der Sprechende erzählt von einem Erlebnis, als bei einem Brand bei -15 Grad Celsius die damals neuen LED-Displays bei den Tanklöschfahrzeugen nicht funktionierten und die Feuerwehr dann das Wasser auf herkömmliche Weise mit dem Hebel holen mussten.

Abschreiben befürwortet die SVP-Fraktion, weil die Antwort des Stadtrates aufzeigt, dass sie das Schritt für Schritt angehen möchten. Die Tanklöschfahrzeuge, bzw. Löschfahrzeuge, wie sie vorher genannt wurden, sind keine 5 Jahre alt. Vom gesamten Paket her, sind Fahrzeuge, welche ersetzt werden: Mannschaftstransporter und Pikett-Fahrzeuge. Es gibt Fahrzeuge in der Garage, welche älter sind, aber noch keine 1'000 Kilometer auf dem Tacho haben. Die werden dann ausgewechselt, wenn sie den Zenit des Alters erreicht haben.

Besonders wichtig ist die ökologische Überlegung. Nicht zulasten der Einsatzfähigkeit, sondern von der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit. Unter diesen Voraussetzungen unterstützt die SVP-Fraktion die Haltung des Stadtrates und ist bereit das Postulat erheblich zu erklären und das ganze als erledigt abzuschreiben.

Benjamin Gross: Gerade vorher wurde über einen grossen Hebel der Klimapolitik gesprochen – mit dem Fernwärmenetz kann man ganze Quartiere dekarbonisieren. Aber auch Kleinvieh macht Mist. Hier geht es aber eher um ein Symbol. Symbole sind wichtig. Symbole löschen aber keine Feuer. Selbstverständlich ist die Elektrifizierung der städtischen Fahrzeuge wichtig und selbstverständlich hat auch die Feuerwehr eine Vorbildfunktion – gerade als öffentlicher Betrieb. Dass kleinere Einsatzfahrzeuge bereits heute elektrisch unterwegs sind, ist erfreulich. Das Blaulicht sorgt dafür, dass man es noch besser sieht. Aber im Ernstfall zählt nicht die CO₂-Bilanz des Fahrzeuges, sondern die Frage, ob die Feuerwehr rechtzeitig da ist. Experimente sollte man nicht mit unausgereiften Antrieben machen und zuletzt bei der Feuerwehr testen. So gerne die SP/JUSO-Fraktion die Feuerwehr heute

schon mit E-Mobilen sehen würde, ist es ihr doch noch wichtiger, dass sie rechtzeitig ankommt. Solange nötig auch mit Diesel.

Nicht-Abschreiben schadet dem Stadtrat nicht. Es ist alles in Bewegung und es ist gut, wenn man dranbleibt und es weiter beobachtet. Aus diesem Grund unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Postulantinnen und die Postulanten und stimmt gegen die Abschreibung.

Branka Kaiser dankt dem Stadtrat für die Antwort auf das Postulat. Eigentlich hat die Sprechende kein Votum vorbereitet, weil sie dachte es wäre eine klare Sache. Offensichtlich nicht. Die Sprechende findet die Antwort des Stadtrates gut – dass man die Fahrzeuge ersetzt, welche ersetzt werden müssen. Es ist nun mal so – die Technik hat ihre Tücken. Die Sprechende ist selbst Technikerin und arbeitet in einem Entwicklungslabor und sie weiss, worüber sie spricht. Dass alles braucht immer seine Zeit. Man kann nicht einfach etwas erzwingen, was nicht richtig funktioniert. Und auch im privaten Haushalt: Wenn man etwas Geldreserven hat, gibt man das nicht gleich sofort wieder aus. Man ersetzt nur, was zu ersetzen ist und macht nicht alles auf einmal. Das ist vernünftig – im Privatleben und auch in der Gesellschaft. Die FDP-Fraktion unterstützt die Antwort des Stadtrates – und somit die Erheblicherklärung und die gleichzeitige Abschreibung.

Anna-Lena Beck dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zum Postulat. Die Antwort zeigt ausführlich, dass das Anliegen bereits in Angriff genommen wurde und dass wo ökonomisch und ökologisch sinnvoll, bereits elektrische Fahrzeuge erworben wurden und in Zukunft erworben werden. Für die Arbeit der städtischen Feuerwehr ist die Anschaffung von modernen und reibungslos funktionierenden Fahrzeugen von grosser Notwendigkeit. Die schrittweise Umstellung ist im Hinblick auf die Lebens- und Amortisationsdauer der Fahrzeuge und auf die Anschaffungskosten eines neuen Fuhrparks im Rahmen der E-Mobilität aus finanzpolitischer und somit auch aus GLP-Sicht zu befürworten. Die GLP-Fraktion unterstützt die Weiterführung der Beschaffungspolitik bei den Feuerwehrfahrzeugen und unterstützt auch die Erheblicherklärung des Postulats und stimmt für die Abschreibung.

Senad Sakic-Fanger: Die Mitte-Fraktion unterstützt den Stadtrat und ist mit der gleichzeitigen Abschreibung einverstanden.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz ist nicht wahnsinnig gut darauf vorbereitet, aber versucht ihr Bestes.

Im Zusammenhang mit der Ökologie und den Vorgaben der nachhaltigen Beschaffung und der Klima- und Energiestrategie ist es wichtig zu beachten, dass die hochspezialisierten Fahrzeuge der Feuerwehr nicht einfach irgendwo abgegeben und Occasion verkauft werden können, sondern andere Feuerwehren übernehmen diese Fahrzeuge in der Regel. Und aktuell – vielleicht kennt das jemand aus dem Privaten – werden Elektrofahrzeuge noch nicht so gerne Occasion übernommen. Das sind Herausforderungen, denen sich alle Feuerwehren aktuell in der Schweiz bewusst sind. Man möchte seine gebrauchten Fahrzeuge gerne weitergeben, um möglichst nachhaltig und ökologisch den Fuhrpark bewirtschaften zu können.

Es wurde gewünscht, dass die Sozial- und Sicherheitsdirektorin mitteilt, bis wann diese Fahrzeuge ersetzt werden. Bei der Autodrehleiter z. B. – also auch kein Löschfahrzeug, aber auch ein wichtiges Fahrzeug der Feuerwehr – gibt es heute noch keine wirklich guten Fahrzeuge, welche als Ersatz genommen werden können. Da wird es vielleicht bis in die 40er-Jahre dauern. Aber bei den anderen Fahrzeugen beabsichtigt der Stadtrat, diese vor 2040, wie versprochen, zu ersetzen. Ob das nun im Jahr 2033 oder 2035 der Fall sein wird, kann die Sprechende aktuell noch nicht sagen. Man ist hier darauf angewiesen, dass die Entwicklung wirklich fortschreitet und die bisherigen Fahrzeuge möglichst gut weitergegeben werden können, damit ein möglichst langer Lebenszyklus erzielt werden kann. Ob das Postulat abgeschrieben wird oder nicht – der Stadtrat bleibt so oder so dran.

Marco Müller: Beim Sprechenden überwiegt definitiv die Freude, dass man vorwärts machen möchte, weist aber noch auf etwas hin. Bei der Antwort des Stadtrates steht: «Tanklöschfahrzeuge, technisch weit fortgeschritten, betriebsstauglich, ergonomische Vorteile, jedoch noch vereinzelte Softwareprobleme». Der Sprechende findet es schade, dass es kein einziges Signal in der Antwort gibt, dass man vorhat, das in

der nächsten Zeit umzusetzen. Weil dem Sprechenden das Jahr 2040 definitiv zu spät wäre, und er nicht einen weiteren Vorstoss einreichen möchte, würde er sich freuen, wenn man das Postulat noch nicht abschreiben würde. Sobald es Anzeichen gibt, dass ein erstes Löschfahrzeug in Beschaffung ist, wäre es für den Sprechenden in Ordnung, wenn das Postulat abgeschrieben würde.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat 95 erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

**19 Postulat 88, Marco Müller und Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion
vom 12. Juni 2025:
Notfallplätze für städtische Kinder und Jugendliche im Utenberg**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Marco Müller dankt für die Stellungnahme des Stadtrates.

Das Schöne an der Politik ist, dass man ab und zu so richtig staunen darf, wie kleine Kinder vom Zauber des Christkinds. Warum?

In der Stellungnahme zur Motion 370 der GRÜNE/JG-Fraktion sagte der Stadtrat im Jahr 2024, dass die Schaffung und Finanzierung zusätzlicher Notfallplätze in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) durch die Stadt Luzern eine kommunale Möglichkeit sei, um mit eigenen Angeboten die psychiatrische Versorgung zu verbessern und die langen Wartezeiten im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Luzern zu optimieren.

Jetzt, also gut ein Jahr später, sagt der gleiche Stadtrat plötzlich, dass er den eigenen Vorschlag nicht mehr umsetzen will. Er argumentiert, dass dies auf kantonaler Ebene abgehandelt werden soll, und die Stadt nicht zuständig ist. Hier merkt man, wie schnell der ganze Zauber des Christkinds damit verloren geht, und der Stadtrat nicht mehr an die eigene Antwort glaubt. Das ist irgendwie komisch.

In der Antwort weist der Stadtrat darauf hin, dass bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen das Problem oft bei qualitativen Passungsproblemen – also bei der fehlenden Eignung bestehender Angebote für bestimmte Zielgruppen – liegt, und dass nicht nur Kriseninterventionsplätze, sondern auch individuelle Betreuungssettings als Anschlusslösungen benötigt werden.

Der Sprechende weist darauf hin, dass das zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind. Wenn ein Kind oder ein Jugendlicher in einer Krise ist, sucht man natürlich eine langfristige Lösung, aber in ganz vielen Situationen braucht es eine Sofortmassnahme, etwas Kurzfristiges, was einem hilft. Die meisten haben z. B. einen Hausarzt, und wenn der nicht das ist, und man einen Notfall hat, dann geht man halt zur Permanence. Das ist nicht die passgenaue Lösung, man hat nicht die individuelle Betreuung, die man braucht, aber es ist eine Notsituation und dann wird einem geholfen. Der Stadtrat argumentiert in seiner Antwort, dass man primär darauf achten muss, dass passgenaue Angebote und Anschlusslösungen da sein müssen. Man hört aber immer wieder, dass erstens im Sinne der Gesundheitsversorgung ein Problem besteht, dass es in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Engpässe hat und dass zweitens in Notsituationen immer wieder Kinder, Jugendliche und ihre Eltern nicht wissen, wo das sie hingehen können und wo sie gut betreut werden. Man hört auch mantramässig von der KESB, dass sie in Fällen des Kinderschutzes immer Notfallplätze suchen. Der Sprechende glaubt, dass es allen, also den Eltern und den Jugendlichen und auch der KESB, in Notfallsituationen nicht um eine passgenaue Lösung, sondern um einen Notfallplatz geht. Das ist das, was die Postulanten fordern, und das, was der Stadtrat vor einem Jahr auch noch eine passable Lösung fand.

Die zweite Argumentation läuft auf der Schiene, dass es sich eher um eine kantonale Angelegenheit handle und dass man dort eine Lösung finden sollte. Das ist sicher so – es handelt sich um eine kantonale Aufgabe und auch die Finanzierung der Kinder- und Jugendsiedlung ist eine Spezialfinanzierung und es ist eine kantonale Angelegenheit. Aber die Stadt Luzern hat die Möglichkeit zu sagen, dass wenn Kinder und Jugendliche aus der Stadt Luzern in einer Notsituation sind, sie in einer Einrichtung, in welcher Angestellte der Stadt Luzern nach einer kantonalen Verordnung oder nach kantonomer Regelung arbeiten, untergebracht werden können.

Die Postulanten finden es daher falsch, wenn man einfach sagt, dass müsse der Kanton lösen. Alle wissen, wie lange es manchmal geht, bis solche Projekte aufgegleist werden und hier hat man die Möglichkeit für eine schnelle Lösung. Weiter wird darauf hingewiesen, dass es eine Herausforderung mit den Räumen im Utenberg gibt und es wird darauf hingewiesen, dass es allfällige Anpassungen bei den gesetzlichen Gegebenheiten brauchen würde.

Alle wissen, dass Utenberg in der nächsten Zeit so oder so weiterentwickelt und umgebaut wird. Überall, wo Notfallplätze geschaffen wurden, wurde das zu Beginn als Pilotprojekt gemacht. Der Sprechende ist überzeugt, dass man im Utenberg, wenn man möchte, Räume findet, wo das umgesetzt werden kann, und er ist auch überzeugt, dass man eine Möglichkeit finden würde, solche zusätzlichen Plätze sicherzustellen und die Gesetzgebung trotzdem eingehalten wird.

Aus diesen Gründen bedauern die Postulanten sehr, dass der Stadtrat eine solche Kehrtwendung macht und sie hoffen, dass es trotzdem eine Möglichkeit gibt und dass das Parlament das unterstützt. Das Parlament hat es nun in der Hand ein konkretes Angebot bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie, nämlich die Schaffung von Notfallplätzen, umzusetzen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausführungen in der Antwort auf das Postulat. Zugegeben hört sich das zu Beginn gut an. Kindern und Jugendlichen soll in der Not geholfen werden. Wenn man aber genauer hinschaut, gerade in Bezug auf die Antworten des Stadtrates, muss man einfach sagen, dass das adressierte Problem mit dem Vorstoss nicht gelöst wird. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass man zwar eine gute Auslastung hat, aber die Notplätze nicht immer voll sind, aber man trotzdem zum Teil Kinder und Jugendliche abweisen muss, weil man nicht die richtigen Betreuungsformen vor Ort hat. Aus diesem Grund ist die Antwort des Stadtrates schlüssig. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man keine Plätze auf Vorrat schaffen soll, sondern dass man dann, wenn es nachweislich einen Bedarf gibt – und gemäss Stadtrat ist das aktuell nicht der Fall – dass man dann interveniert und dann schaut, welche Lösung die richtige ist.

Die SVP-Fraktion lehnt daher das Postulat ab.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion hat das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten geprüft und anerkennt die Bedeutung einer verlässlichen, qualitativ hochstehenden Betreuung für Kinder und Jugendliche in akuten Krisensituationen. Der Schutz und die rasche Unterstützung junger Menschen in Notlage sind zentrale Aufgaben der öffentlichen Hand und verdienen höchste Priorität. Nach Auswertung der vorliegenden Unterlagen und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Stadtrates kommt die FDP-Fraktion jedoch zum Schluss, dass die Forderung nach drei städtisch finanzierten Notfallplätzen in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg zurzeit weder zielführend noch realistisch ist. Einerseits zeigen die Abklärungen des Kantons deutlich, dass die bestehenden Schwierigkeiten primär qualitativer Natur sind. In vielen Fällen fehlt nicht der Platz an sich, sondern ein Betreuungssetting, welches der spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Kinder gerecht wird. Das Problem liegt damit weniger in der Quantität vorhandener Plätze, als in der Passung zwischen Bedarf und Angebot. Andererseits stehen der kurzfristigen Schaffung zusätzlicher Plätze objektive Hindernisse entgegen. Die räumlichen Kapazitäten des Utenbergs sind bereits vollständig ausgeschöpft und gesetzliche Vorgaben bezüglich Mindestflächen und Gruppengrössen lassen gegenwertig keine Erweiterungen zu. Ein Ausbau wäre erst im Rahmen des geplanten Sanierungsprojekts möglich, welches gemäss Stadtrat in diesem Jahr konkretisiert und gemeinsam mit dem Kanton evaluiert werden soll.

Schliesslich ist auch die finanzielle Dimension zu berücksichtigen. Drei freizuhaltende Notfallplätze würden jährlich Fixkosten von über einer halben Million Franken verursachen – ohne, dass dadurch die bestehende strukturelle Herausforderung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig gelöst werden könnte.

Die FDP-Fraktion unterstützt daher die Einschätzung des Stadtrates und lehnt das Postulat ab. Sie befürwortet stattdessen eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Fachstellen, um langfristig geeignete spezialisierte Angebote und flexible Übergangslösungen zu schaffen. Die Priorität soll eine bedarfsgerechte, qualitativ differenzierte Versorgung haben, nicht die schlichte Ausweitung von Plätzen.

Sophia Müller: Notfälle sind ja eben nicht planbar, und darum werden freie Plätze gebraucht.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit psychischer und sozialer Mehrfachbelastung nimmt zu. Viele kommen aus konflikthafter oder gewaltbelasteter Familiensituationen. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen in akuten Krisen sofort Schutz. Das erlebt die Sprechende regelmässig im Pikettdienst, wenn mitten in der Nacht notfallmässige Platzierungen gemacht werden müssen, was oft sehr schwierig ist. Häufig landen solche Fälle in der Akutstation der Luzerner Psychiatrie. Obwohl die vor allem für akut suizidale Jugendliche gedacht ist und oft sehr stark ausgelastet ist. Sie haben häufig zusätzliche Betten, welche in irgendwelche kleinen Zimmer gestellt werden müssen, um weitere Jugendliche aufzunehmen. Für Jugendliche, welche nicht akut suizidal sind, ist das Umfeld nicht immer passend. Daher ist der Gedanke für Notfallplätze mit freier Kapazität, also ohne Vollausslastungsdruck aus finanziellen Gründen, sehr wichtig. Eine Auslastung von rund 90 Prozent scheint sehr hoch. Ablehnungen wegen Platzmangel oder sogenannten Passungsproblemen sind extrem belastend – insbesondere in den akuten Notlagen, wo man rasch eine Lösung finden muss.

Trotzdem kann die SP/JUSO-Fraktion auch die Argumentation des Stadtrates, warum eine Umsetzung solcher Notfallplätze im Utenberg aktuell nicht möglich ist, nachvollziehen. Die Fraktion verweist auf den anstehenden Planungsbericht zur Sanierung, welcher in diesem Jahr noch behandelt wird.

Aus diesem Grund stimmt eine Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion der Ablehnung zu. Trotzdem ist es wichtig zu betonen, dass die Stadt in der Verantwortung steht, gemeinsam mit dem Kanton, rasch Lösungen zu finden, um allen Jugendlichen gerecht zu werden und entsprechende Plätze zu schaffen. Wichtig bleiben mehr Möglichkeiten für notfallmässige Platzierungen, vor allem bei komplexer Belastung, aber auch niederschwellige Angebote, wie z. B. eine Notschlafstelle für Jugendliche. Die SP/JUSO-Fraktion hat dazu ein Postulat eingereicht.

Die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion schliesst sich der Haltung des Stadtrates an und lehnt das Postulat ab.

Senad Sakic-Fanger dankt für den Vorstoss. Die Mitte-Fraktion gibt den Postulanten in der Grundsorge recht. Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nimmt zu und die Versorgung ist vielerorts unter Druck. Das zeigt sich nicht nur gefühlt, sondern wird auch schweizweit breit diskutiert. Der Sprechende erläutert das Thema aus einer anderen Perspektive: Es ist immer die Rede von der Umsetzung der Istanbul-Konvention – es geht um Gewalt gegen Frauen und es geht um den Schutz von Opfern im Bereich häuslicher Gewalt. Kernpunkte der Istanbul-Konvention sind Schutz und Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt. In der Konvention gibt es einen umfassenden Ansatz – einen 4P-Ansatz. Es geht um Prävention, Schutz, Strafverfolgung und koordinierte Massnahmen. Wenn man das Postulat anschaut, sind zumindest zwei «P» gegeben – der Schutz und konkrete Massnahmen. Der Kanton Luzern hat aktuell eine Aktion zum Massnahmenplan erarbeitet. Der Sprechende weiss nicht, ob spezifisch dieser Punkt auch inkludiert wurde. Aber gerade aus Sicht der Polizei ist es aktuell eine grosse Herausforderung. Bei Einsätzen, insbesondere im Bereich der häuslichen Gewalt, sind Kinder fast immer mitbetroffen und in eskalierten Situationen braucht es manchmal sofort eine Unterbringung, welche die Polizei auch anordnen kann. Der Sprechende erlebt es als Polizist immer wieder, dass in solchen Fällen nicht einfach schnell ein geeigneter Platz in der Region gefunden wird, sondern es kommt vor, dass Kinder und Jugendliche durch die ganze Schweiz gefahren werden müssen, weil man kurzfristig in der Zentralschweiz keine passenden Plätze hat. Das ist für die Betroffenen belastend und auch für die Behörden und Einsatzkräfte eine enorme operative Herausforderung. Im Bericht wird ausdrücklich festgehalten, dass in erster Linie qualitative Passungsprobleme und nicht eine generelle Platzknappheit bestehe – das mag in gewissen spezialisierten Bereichen zutreffen – z. B. bei Jugendlichen mit komplexen psychischen Problemlagen oder herausforderndem Verhalten. Aber bei Notfallbetten, bzw. der sofortigen Krisenunterbringung zeigt sich in der Praxis häufig genau das Gegenteil. Wenn es akut ist, nützt die statistische Auslastungsprognose wenig. Der Stadtrat spricht von Phasen tiefer Belastung – diese Phasen spürt die Polizei in konkreten Akutsituationen nicht zuverlässig, sondern da zählt, ob es einen Platz hat, oder nicht. Weiter steht im Bericht auch klar, dass die Notaufnahme nicht für jede Krisensituation die adäquate Institution sei. Es gibt auch gewisse Ausschlusskriterien, welche man im Bericht entnehmen kann. Das ist fachlich sicher nachvollziehbar – aber dann muss man genau dort ansetzen. Wenn die Realität zeigt, dass ein relevanter Anteil der Akutfälle nicht passt, dann muss man das Angebot und die Schnittstellen so weiterentwickeln, dass in Zukunft mehr der Krisensituationen

abgedeckt werden können. Sei es durch ergänzende Settings, oder durch eine bessere verbindliche Akutkoordination. Hinzukommt, dass der Stadtrat schreibt, dass in den aktuellen räumlichen Gegebenheiten keine zusätzlichen Plätze geschaffen werden können – dies wegen den gesetzlichen Mindestanforderungen und Gruppengrössen. Das ist ein harter, aber auch ein wichtiger Hinweis. Wenn es im Bestand nicht geht, muss man eine Alternative prüfen – das ist nicht Bestandteil dieses Vorstosses, aber sicher ein Hinweis darauf, dass man allenfalls mit einem anderen Vorstoss etwas in diese Richtung optimieren kann.

Es ist so, dass die Zuständigkeit beim Kanton liegt und der Stadtrat zeigt auf, dass der Kanton den Handlungsbedarf erkannt hat und die Massnahmen am Ausarbeiten ist. Die Mitte-Fraktion möchte aber auch, dass es schneller vorwärtsgeht. Wenn es in der Praxis derart schwierig wird in Akutsituationen eine Lösung zu finden, braucht es nicht nur auf kommunaler Ebene Engagement, sondern eben auch auf kantonaler. Die Mitte-Fraktion wünscht sich ausdrücklich, dass die Stadt Luzern gegenüber dem Kanton konsequent dranbleibt und dort spürbar Druck macht. Die Mitte-Fraktion nimmt diese Sorgen sehr ernst und unterstützt den Handlungsdruck, aber wegen der Zuständigkeit folgt die Fraktion dem Stadtrat, weil das Postulat in dieser Form aktuell nicht umsetzbar ist.

Anna-Lena Beck dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zum Postulat 88. Das Postulat greift ein Thema auf, mit welchem sich das Parlament dringend beschäftigen muss. Auf die Möglichkeit der Schaffung von Notfallplätzen für städtische Kinder und Jugendliche wurde in der Motion 370 verwiesen, und nun wird die Sache konkret. Die Stellungnahme zu dem jetzigen Postulat ist noch differenzierter in Bezug auf städtische Plätze. Von qualitativen Passungsproblemen wird mehr gesprochen als von quantitativer Not an Unterbringungsplätzen.

Eine Schaffung von Notfallplätzen stösst schnell auf weitere Probleme, besonders gravierend bleibt die Raumsituation in der KJU.

Es bleibt weiter fraglich, ob die halbe Million Franken pro Jahr tatsächlich gut investiertes Geld für die Kinder und Jugendlichen ist, wenn die Fachstellen selbst nicht unbedingt davon ausgehen, dass die bestehenden Platzierungsprobleme durch eine Erweiterung der Unterbringungskapazitäten gelöst werden können. Die GLP-Fraktion ist gerne bereit, in die Sicherheit und das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu investieren und die Situation wäre eine andere, wäre vom Stadtrat und den betroffenen Stellen ein akuter Bedarf an diesen Plätzen festgestellt worden. Da dem nicht so ist, folgt die GLP-Fraktion dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Schön, wenn es noch Menschen gibt, die ans Christkind glauben. Politik und die Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen ist aber kein Kindergeburtstag, das weiss wohl auch das Kinder- und Jugendparlament.

Auf kommunaler Ebene könnte geprüft werden, ob in der KJU zwei oder drei zusätzliche Plätze geschaffen werden können, um die Versorgungssicherheit für Kinder und Jugendliche in der Stadt Luzern zu verbessern. Der Stadtrat hat versprochen, dass er das prüft. Die Sprechende ist der Ansicht, dass das sehr ausführlich geprüft wurde in dieser Antwort. Es wurde nicht versprochen, dass zusätzliche Plätze geschaffen werden – das möchte die Sprechende noch festhalten.

Es ist dem Stadtrat wichtig, dass die Versorgungssicherheit der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Luzern, aber auch im ganzen Kanton Luzern verbessert wird.

Zum Vergleich mit der Permanence weist die Sprechende darauf hin, dass die Kinder nicht einfach ein Pflaster oder ein Medikament erhalten und danach wieder gehen. Die Kinder und Jugendlichen, welche untergebracht werden müssen, müssen unter Umständen länger bleiben – über Tage oder gar Wochen. Da ist es wichtig, dass man die Betreuung bereitstellen kann, welche die Kinder und Jugendlichen nötig haben. Es muss auch immer geprüft werden, ob das Kind in eine Gruppe passt und man muss auch Rücksicht nehmen, auf die Kinder, welche bereits in einer Gruppe sind.

Für «einfachere Fälle» hat es grundsätzlich Platz – das hat der Stadtrat relativ deutlich ausgeführt – aber, vielleicht bräuhete es zwischen den Institutionen und den zuweisenden Stellen manchmal noch eine bessere Kommunikation und Koordination.

Die bereits erwähnte Motion 370 wie auch das vorliegende Postulat waren aber sehr wichtig. Es hat einiges ausgelöst. Der Kanton hat mit unterschiedlichen Anspruchsgruppen Gespräche geführt und hat versucht herauszufinden, was genau die Punkte sind, die fehlen, und wie das verbessert werden kann. In

Zusammenarbeit mit dem Kanton hat der Stadtrat auch versucht, eine ausgeglichene und fachlich fundierte Antwort zu liefern.

Die Sprechende weist darauf hin, dass nicht der Kanton das Problem lösen muss – die Stadt ist hier auch in der Pflicht – das gemeinsam mit dem Kanton und allen Beteiligten (seien das Familien, Kinder, aber auch die zuweisenden Stellen, wie die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) gemeinsam zu lösen.

Bezahlt werden die Institutionen durch den Kanton und den Bund.

Man muss vorwärtsmachen – das ist klar – und man muss auch die KJU auf den neusten Stand bringen.

Ausserdem ist es zwingend nötig, die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen zu fördern und vielleicht auch manchmal die Aufnahmebereitschaft zu verbessern. Dazu ist es wichtig, dass man die Mitarbeitenden unterstützt und ihnen genügend Ressourcen bietet, damit sie auch einmal notfallmässig jemanden aufnehmen können.

Die Skepsis gegenüber den kantonalen und städtischen Fachstellen, die das geprüft und die Antwort verfasst haben, nimmt die Sprechende mit und hofft, dass man gemeinsam mit der KJU und anderen benötigten Plätzen im Kanton Luzern vorwärts machen kann – gemeinsam mit den kantonalen Stellen.

Marco Müller: Zum ersten Punkt – für was sind Notfallorte da? Also eine Permanence, oder eine andere Notfalllösung ist nicht nur für einfache Sachen, wie ein Pflaster da. Es gehen Leute dorthin, bei denen sich dann herausstellt, dass sie eine Blinddarmentzündung haben, oder gar einen Herzinfarkt – es ist einfach eine niederschwellige, einfache Anlaufstelle.

Wenn es etwas ist, was der Sprechende in den acht Jahren aus der Sozial- und Sicherheitskommission mitnahm, ist es, dass die KESB immer und immer wieder sagt, dass Notfallplätze fehlen. Immer wieder gibt es Situationen, wo Kinder und Jugendliche notfallmässig platziert werden müssen. Der Sprechende möchte von Melanie Setz wissen, was denn die Lösung bei Notsituationen ist. Manchmal kann man einfach nicht mehr warten und braucht jetzt eine Lösung. In sehr vielen dieser Fälle, welche geschildert wurden, sind es gerade komplexe Situationen. Dass es in komplexen Situationen schwierig ist, notfallmässig eine gute Lösung zu finden, ist klar, aber das ist gerade der Moment, wo es am wichtigsten ist, und es gibt diverse andere Situationen, wo es einfach darum geht, dass entweder eine Anlaufstelle da ist, wo man sich melden kann, und die organisiert dann Notfallplätze, oder es gibt sogenannte Triagen, welche Leute in Notsituationen aufnehmen. Für den Sprechenden wäre es wichtig, dass man eine Lösung für Kinder und Jugendliche und für die KESB hat – dass man weiss, wo Kinder und Jugendliche in komplexen Notsituationen in der Stadt Luzern rasch vorübergehend an einem Ort betreut werden können.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Das ist genau die Krux. Marco Müller spricht von komplexen Notfallsituationen und von Notfallsituationen. Das ist ein grosser Unterschied. Ja, es braucht Plätze für komplexe Notfallsituationen – das hat der Stadtrat auch ausgeführt und das möchte er auch unbedingt entwickeln. Aber für Notfallsituationen, welche nicht so komplex sind, gibt es meistens genügend Platz – aber hier braucht es eine bessere Koordination und Absprache unter den Institutionen – auch von der KESB gegenüber einer Institution. Ideen dafür sind da – beispielsweise vom Kanton – dass eine verbesserte Koordination stattfinden kann. Das ist die Hauptsache. Und ja, vielleicht muss man manchmal durch die ganze Schweiz fahren. Das ist sehr unangenehm. Das ist für die Familie unangenehm, für die Kinder unangenehm und auch für die zuweisenden Stellen. Aber die Schweiz ist doch relativ kleinräumig – und das ist dann die Permanence, wo man hinget, und wenn es ein bis zwei Tage später wieder im Kanton Luzern einen Platz gibt, kann das Kind oder die Jugendliche wieder zurückkommen. Es ist sicher eine Problematik, aber es ist ja auch komplex. Es gibt komplexere Situationen und einfachere Situationen und man versucht für alle Fälle einen Platz zu finden.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 88 ab.

- 20 Motion 109, Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion, Chantal Brauchli und Yolanda Ammann-Korner namens der FDP-Fraktion sowie Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 11. August 2025:**
Ausbau und Weiterentwicklung der SIP Luzern im Kontext aktueller Herausforderungen im öffentlichen Raum

Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung als Postulat

Senad Sakic-Fanger ist mit der Erheblicherklärung als Postulat einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

Somit erklärt der Grosse Stadtrat die Motion 109 als Postulat erheblich.

- 21 Postulat 99, Selina Frey und Marco Müller namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Marta Lehmann und Patricia Almela namens der SP/JUSO-Fraktion, Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion vom 16. Juli 2025:**
Schliessfächer für die Gepäckaufbewahrung für obdach- und wohnungslose Menschen

Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.

Die FDP-Fraktion anerkennt das Engagement der Postulantinnen und Postulanten, die Lebensbedingungen von obdach- und wohnungslosen Personen zu verbessern. Dennoch spricht sich die Fraktion grossmehrheitlich gegen die Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats aus.

Aus Sicht der FDP-Fraktion trägt das geforderte Angebot von kostenlosen Schliessfächern nicht zu einer nachhaltigen Lösung der bestehenden sozialen Problematik bei. Vielmehr besteht die Gefahr, dass durch ein solches Angebot unerwünschte Nebeneffekte entstehen. Insbesondere im städtischen Zentrum könnte ein Anstieg des sogenannten Drogentourismus begünstigt werden, wenn ein kostenloses, betreutes Schliessfachsystem zusätzliche Anreize für Personen aus anderen Regionen schafft, sich in Luzern aufzuhalten. Damit würde die Stadt einmal mehr mit unverhältnismässigen Zentrumslasten konfrontiert, was die bestehenden Sozial- und Sicherheitsstrukturen zusätzlich belasten könnte. Zudem zeigen Erfahrungen aus anderen Städten, dass die Einrichtung und der Betrieb solcher Schliessfachsysteme hohe organisatorische und personelle Anforderungen mit sich bringen. Angesichts der bereits angespannten Situation im öffentlichen Raum und der zunehmenden Herausforderung im Umfeld des Drogenkonsums sieht die FDP-Fraktion die Umsetzung eines weiteren betreuungsintensiven Angebots als nicht zielführend an.

Die FDP-Fraktion unterstützt stattdessen gezielte Integrations- und Unterstützungsmassnahmen, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände von Betroffenen abzielen – namentlich Wohn- und Arbeitsintegrationsprogramme in Kooperation mit bestehenden Institutionen wie Jobdach oder Tragwerk Luzern.

Aus den dargelegten Gründen lehnt die Mehrheit der FDP-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Selina Frey ging nicht davon aus, dass sie dieses Votum halten müsse. Die Sprechende bedankt sich beim Stadtrat für die positive Aufnahme des Postulats. Der Ablehnungsantrag zeigt einmal mehr, wie weit gewisse Parlamentsmitglieder von der Bevölkerung entfernt sind. Dass man keine Solidarität mit obdach- und wohnungslosen Menschen zeigen kann, erschüttert die Sprechende zutiefst. Solidarität mit Menschen in schwierigen Lebenslagen sollte in einem Sozialstaat eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Postulanten bedanken sich beim Stadtrat für die Unterstützung des Postulats und bitten um eine rasche Umsetzung. Dem Parlament danken sie für eine breite Unterstützung bei der Erheblicherklärung des Postulats.

Senad Sakic-Fanger: Die Mitte-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung. Das Anliegen ist sehr konkret und alltagstauglich. Für die meisten ist ein sicherer Ort für persönliche Gegenstände selbstverständlich – für obdach- und wohnungslose Menschen ist das aber oft nicht möglich. Wer sein ganzes Hab und Gut ständig mittragen muss, verliert schnell wichtige Dokumente, wird häufiger bestohlen und hat im Alltag zusätzliche Hürden. Der Stadtrat anerkennt den Bedarf ebenfalls – das ist begrüssenswert. Gleichzeitig sagt er zu Recht, dass ein solches Angebot nur funktioniert, wenn es betreut und institutionell eingebettet ist. Ein anonymes, unbeaufsichtigtes Schliessfachsystem wäre in der aktuellen Situation auch wegen Diebstahl und Hygienearisiken kaum verantwortbar. Gerade deswegen ist das Postulat sinnvoll. Es verlangt ja nicht, dass man einfach irgendwo Schliessfächer hinstellt, sondern dass die Stadt gemeinsam mit Fachstellen (wie Tragwerk Luzern und Jobdach) prüft, wo ein zentrumnahes Angebot sinnvoll wäre, wie die Betreuung organisiert würde und welche Kosten für die Anschaffung und den Betrieb entstehen.

Heute geht es um Menschen, welche am Rande der Gesellschaft leben. Der Sprechende selbst kommt aus der Repression, aber kann versichern, dass diese Menschen nicht einfach so der Sucht verfallen sind, sondern durch schwierige Umstände. Allen, welche das heute nicht unterstützen, empfiehlt der Sprechende den Film des Tragwerks Luzern – vielleicht entwickeln diese dann etwas mehr Verständnis für diese Gruppe Menschen. Es ist schlecht, wenn diese Menschen noch stigmatisiert werden. Es sind auch Luzernerinnen und Luzerner. Ein Schliessfach ist keine Belohnung, sondern ein Mindestmass an Würde und Stabilität.

Anna-Lena Beck: Die GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats, so wie sie es bisher auch bereits mitunterzeichnet hat. Der Stadtrat stellt in seiner kurzen Antwort fest, dass der Bedarf an Schliessfächern klar vorhanden ist – eine Haltung, die auch vom Tragwerk Luzern und dem Jobdach bekräftigt wird. Eine betreute, institutionalisierte Umsetzung dieses Projekts ist sinnvoll. Die Frage, ob diese Schliessfächer permanent zugänglich sein werden, bleibt an dieser Stelle offen. Die GLP-Fraktion folgt dem Stadtrat und hofft, dass eine sinnvolle Lösung umgesetzt wird, die niederschwellig von obdach- und wohnungslosen Menschen genutzt werden kann.

Marta Lehmann kann nicht nachvollziehen, dass man das wenige, was Menschen noch bei sich tragen, wenn sie auf der Gasse leben, nicht schützen soll. Diese Menschen haben Angst, dass das gestohlen werden oder verloren gehen könnte. Für Menschen, welche ohnehin in einer sehr verletzlichen Lebenssituation leben, ist ein sicherer Ort für die wenigen Habseligkeiten mehr als nur praktisch, es ist ein Schutz der Würde und ein Stück Menschlichkeit. Genau darauf weisen Fachinstitutionen hin – es gibt einfach kein spezialisiertes Angebot für obdach- und wohnungslose Menschen – obwohl der Bedarf klar bestätigt ist. Diese Menschen, wenn sie auf einer Bank übernachten, können nicht ihr ganzes Hab und Gut irgendwo deponieren. Die Sprechende kann sich nicht vorstellen, dass man das nicht unterstützt. Gerade das betreute Schliessfachangebot kann ihre schwierige Alltagssituation spürbar entlasten. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt selbstverständlich der Erheblicherklärung zu.

Marko Hotz macht es kurz und knapp. Auch die SVP-Fraktion diskutierte die Argumentation der FDP-Fraktion und kam zum Schluss, dass sie dem Stadtrat folgt. Sie sieht einen gewissen Bedarf. Wichtig ist, dass das Ganze in betreuter Form und in Kooperation stattfindet – was auch der Stadtrat in seinem Fazit ausführt, und dementsprechend wird die SVP-Fraktion dem Stadtrat folgen.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Menschlichkeit, Schutz und Würde, das Parlament hat schon viel ausgeführt, was auch der Stadtrat dazu bewegte, das Postulat erheblich zu erklären. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag und der Stadtrat prüft nun, wer das z. B. umsetzen könnte. Die Umsetzung steht noch aus, dafür ist man auch auf Organisationen angewiesen, die das Anliegen aufnehmen und Hand bieten zu einer für die betroffenen Menschen würdigen und nachhaltigen Lösung.

Der Grosse Stadtrat erklärt entgegen dem Antrag der FDP-Fraktion das Postulat 99 erheblich.

22 Interpellation 112, Mirjam Fries und Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion vom 20. August 2025:

Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes – Barrierefreiheit für hörbehinderte Menschen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Luzern

Senad Sakic-Fanger ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden. Die Stadt zeigt, dass die Nutzung der bestehenden Anlagen sehr gering ist – das kann auch daran liegen, dass die Betroffenen nicht wissen, wo diese Anlagen sind. Vielleicht sind sie auch nicht gut signalisiert oder die Funktion ist nicht immer zuverlässig. Daher sind neben der Technik vor allem auch die Kommunikation, die Beschilderung und regelmässige Tests wichtig. Das wäre wünschenswert.

Verabschiedung Judit Aregger

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Judit Aregger ist seit September 2024 Mitglied des Grossen Stadtrates. Sie war seit Beginn Mitglied in der Bau-, Umwelt- und Mobilitätskommission und auch Mitglied der Verkehrskommission. Das ist nicht selbstverständlich. Eines ihrer wichtigsten Themen war der Veloverkehr und die Sicherheit der Velofahrenden. Judith Aregger hat ihre Voten immer sehr authentisch und von persönlichen Erfahrungen geprägt vorgetragen. Die Stadt Paris nahm sie immer als Vorbild und das ist der Sprechenden geblieben. Die Sprechende möchte auch wieder einmal nach Paris reisen – die Stadt hat sich seit ihrem letzten Besuch wahrscheinlich stark verändert. Leider hat Judit Aregger beschlossen per 4. März 2026 aus dem Parlament zurückzutreten. Die Sprechende dankt Judit Aregger für ihren Einsatz im Stadtparlament und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. Als Dank erhält Judit Aregger einen Glasteller.

Applaus

Verabschiedung Branka Kaiser

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Branka Kaiser ist seit Dezember 2023 Mitglied des Grossen Stadtrates. Seit September 2024 bis heute ist sie Mitglied in der Sozial- und Sicherheitskommission. In ihrer politischen Arbeit liess sie sich immer von einem klar liberalen Kompass leiten. Leider hat auch Branka Kaiser beschlossen per 4. März 2026 aus dem Parlament zurückzutreten. Sie wird aber die Politik nicht ganz aufgeben, sondern noch Präsidentin der FDP-Frauen des Kantons Luzern bleiben und sich dort für die Förderung und Vernetzung der Frauen in der Politik einsetzen. Die Sprechende dankt Branka Kaiser für ihren Einsatz im Stadtparlament und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. Als Zeichen des Dankes erhält auch sie einen Glasteller.

Applaus

Ratspräsidentin Mirjam Fries: Die nächste Sitzung findet am 5. März 2026 im Rathaus am Kornmarkt statt. Es wird eine ganztägige Sitzung sein, aber sie wird erst um 09.30 Uhr beginnen, weil zuvor noch eine Sitzung der Geschäftsleitung stattfindet.

Schluss der Sitzung: 15.05 Uhr

Luzern, 06. April 2026

Die Protokollführerin:


Nadine Mathis

Eingesehen von:


Michèle Bucher, Stadtschreiberin